EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1991

EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1991

Herausgeber
Editeur

Eidg. Bankenkommission
Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11
Telefax 031 61 69 26

Vertrieb

Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
3000 Bern

Diffusion

Office central fédéral des imprimés et du matériel
3000 Berne

3.92 5000 20A58854

Inhaltsübersicht Seite

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse
(Revisionsstellen, Anlagefonds und Rundschreiben) 89

Französische Fassung 189

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes
(institutions de revision, fonds de placement et circulaires) 89

Version française 189

Inhaltsverzeichnis Seite

Abkürzungen 9

Bankenkommission und Sekretariat 10

I. Einleitung 11

II. Wesentliches in Kürze 12

III. Wirtschaftliches Umfeld / Aktuelle Probleme der Banken 14

1. Zinsniveau / Immobilienmarkt 14
2. Auswirkungen auf die Banken 14

IV. Aufsicht über die Banken 17

1. Rundschreiben 17
   - 1.1 Verbot der VSB-Formulare B 17
   - 1.2 Optionen und Financial Futures 18
   - 1.3 Geldwäscherei-Richtlinien 21
   - 1.4 Aufhebung von Rundschreiben 21
2. Omni Holding / W. K. Rey 22
3. Spar- und Leihkasse Thun 26
4. Solvenzprobleme 29
5. Praxis der Aufsichtsbehörde 31
   - 5.1 Unterstellung grosser Finanzintermediäre 31
   - 5.2 Anlagevorschriften für bankähnliche Finanzgesellschaften 32
   - 5.3 Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit 33
   - 5.4 Geldwäscherei-Richtlinien 33
   - 5.5 Ausländisch beherrschte Banken 36
     - 5.5.1 Gegenrecht 36
     - 5.5.2 Japan und Südkorea 37
     - 5.5.3 Datenfernverarbeitung im Ausland 38

5.5.4 Bank of Commerce and Credit International (BCCI)/Banque de Commerce et de Placements 40
5.6 Eigenmittel/Anrechnung nachrangiger Schulden 41
5.7 Rechnungslegung 42
5.7.1 Rundschreiben «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» 42
5.7.2 Bewertung von Hypothekarkrediten 43
5.7.3 Verbuchung von Aktionärszuschüssen 44
5.8 Länderrisiken 45
5.9 Organisationsvoraussetzungen des Bankengesetzes 46
5.9.1 Funktionentrennung 46
5.9.2 Mindestanforderungen an Kreditdossiers 47
5.10 Revisionswesen 48
5.10.1 Kritische Haltung der Revisionsstellen 48
5.10.2 Revisionsbericht: Form und Inhalt 50
5.10.3 Revisionsstellenwechsel 51
5.11 Kantonalbanken 53
5.11.1 Kompetenzaufteilung Bankenkommission/Kantone 53
5.11.2 Probleme einzelner Kantonalbanken 56

6. Beziehungen zu Behörden und Verbänden 58
6.1 Behörden des Bundes 58
6.2 Vernehmlassung zum Börsengesetz 60
6.3 Gesetzgebung über Finanzdienstleistungen 61
6.4 Nationalbank 62
6.5 Verbände 62
6.6 Revisionsstellenkonferenz 63

7. Internationale Angelegenheiten 63
7.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht 63
7.2 Europäische Gemeinschaft 65
7.3 Dreiländertreffen 66
7.4 International Organization of Securities Commissions 66
7.5 Financial Action Task Force on Money Laundering 67
7.6 Internationale Amtshilfe 68

8. Behandelte Geschäfte (Statistik) 70
8.1 Sitzungen 70
8.2 Verfügungen 70
8.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen 71

9. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften 72
9.1 Bestand Ende 1991 72
9.2 Erteilte Bewilligungen 72
9.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit 74

V. Aufsicht über die Anlagefonds 78

1. Revision des Anlagefondsgesetzes 78

2. Praxis der Aufsichtsbehörde 78
2.1 Immobilienanlagefonds 78
2.1.1 Kommissionen an nahestehende Immobiliengesellschaften 78
2.1.2 Verkehrswertschätzung von Immobilien 79
2.1.3 Europrogramme 81
2.2 Wertschriftenanlagefonds 81
2.2.1 Warrant-Fonds 81
2.2.2 Übertragung von Schweizer Anlagefonds nach Luxemburg 82
2.2.3 Übereinstimmung des Fondsnamens mit der Anlagepolitik 83

3. Behandelte Geschäfte 83

4. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1991 84

VI. Aufsicht über das Pfandbriefwesen 86

VII. Interna 87

1. Bankenkommission 87

2. Sekretariat 87

3. Rechnung 87

4. Organigramm 88

Verzeichnisse 89

Anerkannte Revisionsstellen
- für Banken und Anlagefonds
- nur für Anlagefonds

Schweizerische Anlagefonds
Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz

Liste der gültigen Banken-Rundschreiben
Liste der gültigen Anlagefonds-Rundschreiben

Abkürzungen

ABV	Verordnung (der Eidg. Bankenkommission) vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz (SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds (SR 951.31)
AFV	Verordnung vom 20. Januar 1967 über die Anlagefonds (SR 951.311)
AuslAFV	Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds (SR 951.312)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BankV	Verordnung vom 17. Mai 1972 über die Banken und Sparkassen (SR 952.02)
PfG	Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (SR 211.423.4)
PfV	Pfandbriefverordnung vom 23. Januar 1931 (SR 211.423.41)
ROG-EBK	Reglement vom 4. Dezember 1975 über die Organisation und Geschäftsführung der Eidg. Bankenkommission (SR 952.721)
VSB 87	Vereinbarung vom 1. Juli 1987 über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken

Eidgenössische Bankenkommission

Präsident

Dr. iur. Hermann Bodenmann, Brig (bis 31. Dezember 1991)
Dr. iur. Silvio de Capitani, Zürich (ab 1. Januar 1992)

Vizepräsident

Dr. rer. pol. Amilcare Berra, Montagnola (bis 31. Dezember 1991)
Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel (ab 1. Januar 1992)

Mitglieder

Dr. iur. Silvio de Capitani, Zürich (bis 31. Dezember 1991)
Prof. Dr. rer. pol. Bruno Gehrig, Winterthur (ab 1. Januar 1992)
Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel (bis 31. Dezember 1991)
Prof. Dr. rer. publ. Peter Nobel, Zürich
Flavio Pedrazzoli, Lugano (ab 1. Januar 1992)
Prof. Dr. rer. pol. Hans Schmid, St. Gallen
Hans Wyer, Staatsrat, Visp

Sekretariat

Dr. iur. Kurt Hauri, Direktor
Fürsprecher Daniel Zuberbühler, stellvertretender Direktor, Rechtsdienst
Romain Marti, Vizedirektor, Bewilligungen und Anlagefonds
Kurt Lindegger, Vizedirektor, Revisorat

Adresse

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11, Telefax 031 61 69 26

I. Einleitung

Die Bankenkommission ist für die Beaufsichtigung von drei Bereichen des Finanzsektors zuständig. Es sind ihr zur selbständigen Erledigung übertragen die Aufsicht über die Banken (Art. 23 Abs. 1 BankG), die Anlagefonds (Art. 40 AFG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 BankG) sowie das Pfandbriefwesen (Art. 39 PfG). Über ihre Aufsichtstätigkeit hat die Bankenkommission dem Bundesrat mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten (Art. 23 Abs. 3 BankG). Mit dem vorliegenden Bericht kommt sie dieser gesetzlichen Pflicht für 1991 nach.

Die Berichterstattung befasst sich insbesondere mit den im abgelaufenen Geschäftsjahr behandelten wichtigen Fragen der Aufsicht sowie mit der Politik und Praxis der Bankenkommission. Der Bericht enthält überdies die Verzeichnisse der von der Bankenkommission beaufsichtigten in- und ausländischen Anlagefonds sowie die Liste der für die Revision von Banken und Anlagefonds anerkannten Revisionsgesellschaften. Dagegen werden im Jahresbericht keine detaillierten statistischen Angaben über die Entwicklung und den Stand des schweizerischen Bankwesens publiziert. Hierzu wird auf die im Sommer 1992 erscheinende umfassende Publikation der Schweizerischen Nationalbank «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1991» verwiesen, die neben der Kommentierung statistischer Unterlagen auch ein Verzeichnis der dem Bankengesetz unterstellten Banken umfasst.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht die Bankenkommission im «Bulletin» ihre wichtigsten Entscheide (1991 Heft 21).

II. Wesentliches in Kürze

Zwei Ereignisse, welche in der Öffentlichkeit ein grosses Echo auslösten, prägten das Berichtsjahr nachhaltig: die Schliessung der Spar- und Leihkasse Thun einerseits, der Zusammenbruch des Firmenkonglomerates von Werner K. Rey anderseits.

Nachdem die Spar- und Leihkasse Thun durch eine zu aggressive Expansionspolitik, namentlich in Form der Vergabe von überhöhten Krediten an Immobilienhändler ausserhalb ihres eigentlichen Geschäftsrayons, in Schwierigkeiten geraten war, musste die Bankenkommission die Bank Anfang Oktober 1991 für vierzehn Tage schliessen, um die Lage zu beruhigen und die Suche nach einem allfälligen Übernehmer zu erleichtern. Als sich jedoch nach Ablauf dieser Frist keine andere Bank zur Unterstützung bereit fand und sich immer klarer herausstellte, dass die Organe der Bank namentlich der völlig ungenügenden Kreditsituation wegen keine Gewähr mehr für eine einwandfreie Geschäftsführung boten, musste der Bank die Bewilligung am 18. Oktober 1991 endgültig entzogen werden. Die dagegen erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerde wurde vom Bundesgericht abgewiesen. Durch diesen ausserordentlich bedauerlichen Vorfall gerieten zahlreiche Kunden in Schwierigkeiten. Dabei zeigte sich insbesondere, dass der bisher von der privaten Konvention XVIII der Bankiervereinigung gewährleistete Einlegerschutz gerade in einem solchen Fall nicht zu genügen vermag, sollte doch eine Auszahlung der Gläubiger bereits nach dem Schliessungsentscheid der Bankenkommission und nicht erst nach erfolgter Konkurseröffnung bzw. gewährter Nachlassstundung erfolgen können. Auch wenn die Bankenaufsicht der fälligen Strukturbereinigung im Bankgewerbe nicht negativ gegenübersteht, versuchte die Bankenkommission in Gesprächen mit allen interessierten Kreisen, eine Wiederholung eines solchen Falles zu verhindern, um einen ungerechtfertigten Vertrauensschwund zum Nachteil der Regionalbanken auszuschliessen.

Werner K. Rey und dessen Firmenkonglomerat hinterliessen nach ihrem Konkurs Bankschulden von über 2 Mia. Franken gegenüber mehr als 50 Banken, darunter 14 Kantonalbanken. Eine von der Bankenkommission im Frühjahr 1991 veranlasste Überprüfung der Abwicklung und Handhabung der Geschäftsbeziehungen zu Rey und dessen Firmen offenbarte teilweise gravierende Missstände, wie Kompetenzüberschreitungen, eine ungenügende Kreditorganisation,

gesetzeswidrige Nichtberücksichtigung von Klumpenrisiken bzw. unzulässige Anrechnung gruppeninterner Beteiligungspapiere als Deckung. Die Bankenkommission erwartet, dass die teilweise auf die Euphorie der Hochkonjunktur zurückgehende, leichtfertige Kreditvergabe sich in dieser Form nicht wiederholt.

Im Berichtsjahr wurde ferner ein bestehendes Rundschreiben über Optionen überarbeitet, um neu namentlich auch Geschäfte mit Financial Futures zu regeln. Zudem soll mit dem neuen Rundschreiben «Richtlinien zur Verhinderung und Bekämpfung der Geldwäscherei» die Gefahr der fahrlässigen Mitwirkung an Geldwäscherei-Transaktionen erheblich vermindert und der von erstklassigen Schweizer Banken schon bisher beachtete Sorgfaltsmassstab zum allgemeinen Mindeststandard erhoben werden.

Die Expertenkommission zur Revision des Anlagefondsgesetzes hat ihre Arbeiten termingerecht abgeschlossen. Es ist zu hoffen, dass damit ein erster Schritt getan wurde, um die weitere Abwanderung der Schweizer Fonds ins Ausland aufzuhalten.

Das Eidgenössische Finanzdepartement führte die Vernehmlassung zum Expertenentwurf für ein Gesetz über Börsen und Effektenhändler durch. Bemerkenswerterweise sprach sich die überwiegende Mehrheit der angesprochenen Kreise für die Bankenkommission als zukünftige Aufsichtsbehörde in diesem Bereich aus.

III. Wirtschaftliches Umfeld / Aktuelle Probleme der Banken

1. Zinsniveau / Immobilienmarkt

Das gesamtwirtschaftliche Geschehen, das sich im Berichtsjahr abzuzeichnen begann, kann als Stagflation bezeichnet werden, die in eine Rezession auszumünden scheint. In diesem Umfeld steigerten sich die Probleme der Banken. Eine «sanfte» Strukturbereinigung ist in Frage gestellt.

Das für den schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt heute noch hohe Zinsniveau wirkt sich auf die Banken, deren primäre Funktion nach wie vor die Kreditvermittlung ist, direkt aus. Die Zinsmarge im Inland-Geschäft verengte sich stark. Eine Trendwende ist heute nicht abzusehen. Da die Schweizer Banken schon bisher mit im internationalen Vergleich geringen Zinsmargen gearbeitet haben, wird diese Entwicklung ihre Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigen. Sie sind im Gegenteil gegenüber der auch international festzustellenden Erosion der Zinsmargen gewappnet.

Mit den dringlichen Bundesbeschlüssen im Bodenmarkt wurde eine Beruhigung des überbordenden Immobilienmarktes angestrebt. Diese Bestrebungen wurden durch das anhaltend hohe Zinsniveau überholt. Die Erkenntnis, dass die Zinsen auf hohem Niveau bleiben werden, hat die Erwartungshaltung, Immobilien zu einem bedeutend höheren als dem Anschaffungspreis weiterveräussern zu können, durchbrochen und zu einem weitgehenden Erliegen des Handels, nicht nur der Spekulation, geführt. Die daraus für Immobilienhändler resultierenden Schwierigkeiten mit allenfalls massiven Verlustfolgen schlagen, da ihre Objekte in zu hohem Masse mit Bankdarlehen finanziert wurden, direkt auf die Jahresrechnungen der Banken durch. Vorgesehene Bauten können der hohen Zinse wegen nicht verwirklicht werden, bestehende neue Gebäude sind kaum mehr kostendeckend zu vermieten.

2. Auswirkungen auf die Banken

Rund 90% der von den Schweizer Banken im Inland 1990 gewährten Hypothekarkredite von 363,7 Mia. Fr. liegen innerhalb von zwei Dritteln des Verkehrswertes der Grundpfänder. Als eine der Übertreibungen der Hochkonjunktur stellte sich heraus, dass bei den

übrigen 10%, immerhin ein Kreditvolumen von 36,3 Mia. Fr. ausmachend, die Grundpfänder über diese übliche oder vorgeschriebene Belehnungsgrenze, teilweise gar über 100% des Verkehrswertes hinaus, belehnt wurden. Nicht selten wurden zudem die Verkehrswerte für heutige Verhältnisse zu hoch angesetzt. In solchen Fällen verschärften sich die Folgen des rezessiven wirtschaftlichen Umfeldes.

Der Einbruch im Immobilienmarkt hatte bei den Banken einen hohen Rückstellungsbedarf zur Folge:

- Die Verkehrswerte der den Banken verpfändeten Liegenschaften waren gesunken. Das Verlustrisiko auf Hypothekardarlehen erhöhte sich dadurch. Es mussten, sobald die Zinsen nicht mehr ordnungsgemäss bezahlt wurden, Bewertungskorrekturen der Grundpfänder nach unten vorgenommen werden. Für die Banken ergab sich damit ein gesteigerter Rückstellungsbedarf.

- Die zum Zwecke der Weiterveräusserung erworbenen Grundstücke, namentlich unbebautes Land, werfen meistens keinen Ertrag ab. Die Verzinsung der Fremdfinanzierung über eine längere als bis zum beabsichtigten Weiterverkauf dauernde Zeitspanne wurde für die Immobilienhändler untragbar. Die Gläubigerbanken von Immobilienhändlern hatten vermehrt Zinsausstände zu verzeichnen. Auch dadurch erhöhte sich der Rückstellungsbedarf.

- Die Verwertung von Liegenschaften bei notleidenden Krediten erhöhte das Angebot zusätzlich und liess ein weiteres Absinken der Preise befürchten. Um dies zu verhindern, ersteigerten die Banken in Zwangsverwertungen in zunehmendem Masse die Liegenschaften selber.

In Einzelfällen schlug der hohe Rückstellungsbedarf auch auf die erforderlichen eigenen Mittel durch. Die Einhaltung der Eigenmittelerfordernisse war nicht mehr gewährleistet. Die Möglichkeiten zur Beschaffung von eigenen Mitteln, namentlich die Erhöhung des Grundkapitals, waren fast aussichtslos. Die Anlehnung an eine stärkere Bank oder der Zusammenschluss mit andern Banken ist diesfalls oft der einzige Ausweg. Ist dies nicht möglich, droht der Bewilligungsentzug. Die Einhaltung der Eigenmittelvorschriften ist unabdingbare Voraussetzung für den Betrieb einer Bank.

Die unverhältnismässigen und überbordenden Darlehensgewährungen in den Immobilienmarkt in der Euphorie der Hochkonjunktur wurden der Spar- und Leihkasse Thun in fataler Weise zum Verhängnis (vgl. IV/3 S. 26 ff.).

Das Netz der Banken ist gemessen an den heutigen und künftigen Bedürfnissen zu dicht. Die wirtschaftliche Rückbildung und der damit verbundene Anpassungsprozess führte dies mit aller Deutlichkeit vor Augen. Eine Strukturbereinigung und Redimensionierung ist unvermeidbar und ist aus der Sicht der Bankenaufsicht nicht durch Stützungsmassnahmen aufzuhalten. Die Bankenkommission hat jedoch dafür zu sorgen, dass eine Strukturbereinigung nach Möglichkeit ohne Gläubigerverluste abläuft.

IV. Aufsicht über die Banken

1. Rundschreiben

1.1 Verbot der VSB-Formulare B

Mit der Revision des Strafgesetzbuches vom 1. August 1990 wurde über den Art. 305ter StGB (Mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften) neu eine strafrechtliche Verpflichtung begründet, mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt die Identität des wirtschaftlich Berechtigten bei der Entgegennahme von Geldern abzuklären. Die Formulare B 1 und B 2 gemäss der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB) erwiesen sich in der Folge nach Meinung der Bankenkommission als mit der neuen Strafnorm unvereinbar. Die mit diesen Formularen B seinerzeit geschaffene Ausnahme von der bankengesetzlichen Verpflichtung, die Identität des Vertragspartners und, wenn dieser mit dem wirtschaftlich Berechtigten nicht identisch ist, die Identität des wirtschaftlich Berechtigten abzuklären, stand aber auch seit ihrer Einführung in einem Spannungsverhältnis zu eben dieser Abklärungspflicht bzw. zum Erfordernis der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG). Der neue Art. 305ter StGB kam deshalb dem bereits früher geäusserten Bestreben der Aufsichtsbehörde entgegen, der Abklärungspflicht hinsichtlich der Kundenidentität vollumfänglich Nachachtung zu verschaffen. Wie im Jahresbericht des Vorjahres (Jahresbericht 1990 S. 22 f.) angekündigt, verbot deshalb die Bankenkommission gestützt auf Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG mit Rundschreiben vom 25. April 1991 die Weiterverwendung der VSB-Formulare B. Dem strafrechtlich geschützten Berufsgeheimnis der Anwälte und Notare aus Gründen der Verhältnismässigkeit Rechnung tragend, wurden für Bankkunden aus dieser Berufsgruppe vier Fälle berufsspezifischer Klientenvertretungen vorgesehen, in welchen die Banken davon befreit sind, die Identität der von den Anwälten und Notaren Vertretenen abzuklären und aktenkundig zu machen: Abwicklung von Gerichtskostenvorschüssen, Kautionen etc. sowie Zahlungen an und von Gegenparteien; hängige Erbteilungen oder Willensvollstreckungen; hängige Güterausscheidungen im Rahmen einer Ehescheidung oder Trennung; Sperr- und Hinterlegungskonten für Vorschüsse und strittige Vermögenswerte im Rahmen von ande-

ren zivilrechtlichen Forderungsstreitigkeiten oder von Schiedsgerichtsverfahren.

Die in der Öffentlichkeit viel beachtete Abschaffung der Formulare B bringt den Banken nach einer Umstellungsphase Vereinfachungen der Abklärung der Kundenidentität. Das Verbot der Formulare B wurde deshalb – nach anfänglichem Widerstand zwar – von den Banken auch nicht weiter bekämpft. Opposition dagegen wurde namentlich von Anwälten, Notaren, Treuhändern und Vermögensverwaltern vorgebracht. Zu betonen ist, dass die Abschaffung der Formulare B Inhalt und Bedeutung des schweizerischen Bankgeheimnisses in keiner Art und Weise verändert.

Die den Banken bis Ende September 1992 eingeräumte Frist zur Ersetzung der bisherigen Formulare B1 und B2 fällt mit dem Zeitpunkt zusammen, an welchem die 1987 revidierte VSB ausläuft. Sofern der Inhalt der VSB-Nachfolgeregelung befriedigt, kann die Bankenkommission die Konkretisierung der Identifikationspflichten weiterhin der Selbstregulierung der Banken überlassen und deren Standesregeln als Mindeststandard für das gesetzliche Erfordernis der einwandfreien Geschäftstätigkeit anerkennen (vgl. Ziff. 5.4 S. 33 sowie Jahresbericht 1987 S. 28). Neben verschiedenen Detailkorrekturen drängen sich vor allem zwei materielle Änderungen gegenüber der bisherigen VSB auf. Erstens dürfte kaum mehr umstritten sein, dass die Mindestgrenze für die Identifikation der Vertragspartner und wirtschaftlich Berechtigten bei Kassageschäften von 100 000 Franken auf 25 000 Franken herabzusetzen ist, um dem in der EG-Geldwäscherei-Richtlinie (vgl. Ziff. 7.2 S. 65) vorgesehenen Mindestbetrag von 15 000 ECU Rechnung zu tragen. Zweitens ist eine befriedigende Regelung zu finden für die Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten an Sammelkonten und -depots berufsmässig tätiger Finanzintermediäre (Broker, Vermögensverwalter, Treuhänder usw.), welche nicht ihrerseits als Banken von der Offenlegungspflicht befreit sind.

1.2 Optionen und Financial Futures

Am 9. November 1990 führte die SOFFEX Swiss Options and Financial Futures Exchange den Handel mit Financial Futures (standardisierte Terminkontrakte auf der Basis von Finanzinstrumenten)

ein. Aus diesem Anlass überarbeitete und ergänzte die Bankenkommission das bestehende Rundschreiben vom 2. November 1988 über Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindizes (vgl. Jahresbericht 1988 S. 20 ff.). Im neuen Rundschreiben vom 29. Mai 1991 über «Optionen und Financial Futures» werden nebst den bisher geregelten Optionsgeschäften auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindizes neu auch Financial Futures und Optionsgeschäfte auf Zinsinstrumenten, Devisen, Financial Futures und Edelmetallen erfasst.

Das Rundschreiben ist in erster Linie auf den börsenmässigen Handel mit Optionen und Financial Futures ausgerichtet. Daneben regelt es aber auch den ausserbörslichen Handel, der in verschiedenen Punkten (z. B. Organisation, Berechnung des meldepflichtigen Engagements gemäss Art. 21 BankV, Buchhaltung) eine abweichende, strengere Behandlung erfährt. Dem ausserbörslichen Handel gleichgestellt wird der Handel mit Optionsscheinen (Warrants).

Die Banken müssen über eine den Risiken des Options- und Financial-Futures-Handels angemessene Verwaltungsorganisation sowie über genügend qualifiziertes Personal verfügen. Das Rundschreiben weist in diesem Zusammenhang auf die von der Schweizerischen Bankiervereinigung am 9. November 1990 erlassenen «Richtlinien und Kommentar für den Handel mit Traded Options und Financial Futures» sowie auf die Regelungen der SOFFEX hin. Diese Grundlagen enthalten weitere elementare Grundsätze und nützliche Hinweise über den Handel mit Optionen und Financial Futures.

Aufgrund des geltenden Rechts werden für die Eigenmittelunterlegung nur ausserbörslich gehandelte Financial-Futures-Kontrakte erfasst. Nicht mit Eigenmitteln unterlegt werden müssen börsenmässig gehandelte Financial Futures sowie börsenmässig und ausserbörslich gehandelte Optionskontrakte. Die börsenmässig gehandelten Optionskontrakte sind nicht unterlegungspflichtig, weil bei diesen regelmässig eine angemessene finanzielle Sicherheit für die Erfüllung der Kontrakte durch eine an jedem Börsenabschluss als Vertragspartei oder Garantin beteiligte Clearingstelle gewährleistet ist und die Leistung einer täglich neu berechneten Margendeckung verlangt wird. Ebenso müssen nach der Bankenverordnung nur die offenen Positionen in Devisen und Edelmetallen mit Eigenmitteln unter-

legt werden. Nicht erfasst werden Zinsänderungsrisiken und die offenen Positionen in Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindizes.

Das Rundschreiben enthält sodann detaillierte Regelungen und Erläuterungen zur Anwendung der Risikoverteilungsvorschriften auf Optionen und Financial Futures. Es wird dargelegt, dass ein Engagement im Sinne der Risikoverteilungsvorschriften nur beim Kauf von Optionen auf eigene Rechnung der Bank – wobei das Risiko auf die Höhe der bezahlten Prämie beschränkt ist – und beim Schreiben von ungedeckten Calls oder Puts besteht. Weil der maximal zu erwartende Verlust bzw. der dem Kreditrisiko ausgesetzte Betrag beim Options- und Financial-Futures-Kontrakt um einiges kleiner als dessen Nominal- bzw. Kontraktwert ist, wurde für jede Kontraktart ein sich primär an der historischen Volatilität des Basiswertes orientierender Anrechnungssatz festgelegt. Beim Bestimmen der Anrechnungssätze wurde aber auch den Grundsätzen der Vorsicht und Praktikabilität Rechnung getragen. Differenzierende Anrechnungssätze kommen lediglich für Zinsinstrumente, Edelmetalle und generell für ausserbörslich gehandelte Kontrakte zur Anwendung. Bei den ausserbörslich gehandelten Kontrakten ist der Anrechnungssatz maximal doppelt so hoch wie der entsprechende Anrechnungssatz bei den börsenmässig gehandelten Kontrakten. Die Anrechnungssätze variieren zwischen 5% (Optionen und Financial Futures auf kurzfristigen Zinsinstrumenten) und 40% (verschiedene ausserbörslich gehandelte Kontrakte) des Nominal- bzw. Kontraktwertes. Die Bankenkommission diskutiert zurzeit zusammen mit Grossbankenvertretern eine alternative Berechnungsweise für die Ermittlung des Kreditrisikos bei Termingeschäften und Derivaten aufgrund des Wiederbeschaffungswertes der jeweiligen Kontrakte.

Für die Buchführung verweist das Rundschreiben im wesentlichen auf die von der SOFFEX herausgegebenen für Traded Options und Financial Futures geltenden «Grundsätze der Verbuchung, Bilanzierung und Bewertung». Verbindlich vorgeschrieben wird im Rundschreiben wie bis anhin lediglich die Bilanzierung der Margen und Optionsprämien sowie der Erträge aus Kunden- und Eigengeschäften.

1.3 Geldwäscherei-Richtlinien

Am 18. Dezember 1991 erliess die Bankenkommission das Rundschreiben «Richtlinien zur Verhinderung und Bekämpfung der Geldwäscherei», welches am 1. Mai 1992 in Kraft tritt (vgl. Ziff. 5.4 S. 33).

1.4 Aufhebung von Rundschreiben

Im Zuge der bevorstehenden Neuherausgabe ihrer Rundschreiben-Sammlung hob die Bankenkommission am 1. Juli 1991 mit sofortiger Wirkung neun Rundschreiben, zwei Richtlinien und ein Reglement, die überholt oder gegenstandslos geworden waren, auf:

- Rundschreiben Nr. 2 vom 31. Juli 1936 betreffend Fälligkeitsaufschub und Stundung
- Rundschreiben Nr. 9 vom 21. Oktober 1940/1. April 1941 über den Begriff der Handelsbank
- Rundschreiben Nr. 23 vom 22. Januar 1964 über die Weiterverpfändung von Kundentiteln/Art. 17 BankG
- Rundschreiben Nr. 27 vom 22. September 1967 über den Missbrauch von Revisionsberichten
- Rundschreiben Nr. 28 vom 4. Februar 1969 über die Innere Organisation/Stellung des Präsidenten des Verwaltungsrates
- Rundschreiben Nr. 32 vom 23. November 1971 über die bankengesetzlichen Liquiditätsvorschriften
- Rundschreiben Nr. 34 vom 10. Februar 1972 über die Gewinnverteilung/Zuweisung an den ordentlichen Reservefonds
- Rundschreiben Nr. 35 vom 30. Juni 1972 betreffend Innere Organisation/Berechnung der Mindestanforderungen an die eigenen Mittel/Bilanzierung der Devisentermingeschäfte
- Rundschreiben vom 21. Oktober 1981 betreffend Edelmetalle in der Liquiditätsberechnung
- Richtlinien vom 28. Februar 1936 betreffend Abgrenzung der Privatbankiers von Börsenagenten und Börsenfirmen, Vermögensver-

waltern, Notaren und Geschäftsagenten – Begriff der öffentlichen Empfehlung zur Annahme fremder Gelder

- Richtlinien vom 5. August 1965 betreffend Unterstellung der Finanzgesellschaften unter das Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen
- Reglement vom 9. September 1935 über die Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der von der Eidgenössischen Bankenkommission anerkannten Revisionsstellen (Aufhebung auf den 1. August 1991; AS 1991 1488)

Die in Kraft bleibenden Rundschreiben sind im Anhang (vgl. S. 178) aufgelistet.

2. Omni Holding/W.K. Rey

Der Zusammenbruch des von W.K. Rey um die Omni Holding AG aufgebauten Firmenkonglomerates im Frühjahr 1991 beschäftigte die Bankenkommission intensiv. Weil bekannt war, dass Rey bzw. die Omni Holding AG ihre Aquisitionen zum Aufbau des Omni-Imperiums über Bankkredite fremdfinanziert hatte, veranlasste die Bankenkommission in der Zeit von April bis Juni 1991 über die bankengesetzlichen Revisionsstellen Erhebungen über das Ausmass der Engagements von Banken gegenüber der Omni/Rey-Gruppe.

Diese Erhebungen ergaben, dass 50 Banken, davon 14 Kantonalbanken, mit der Omni/Rey-Gruppe Geschäftsbeziehungen aufgebaut hatten. Das Total der ausbezahlten Kredite betrug per 31. Dezember 1990 Fr. 1419,2 Mio. Darin eingeschlossen ist die private Verschuldung von W.K. Rey gegenüber schweizerischen Banken im Umfang von Fr. 305,9 Mio. Mit Fr. 752,3 Mio. wurde mehr als die Hälfte der Engagements auf Blankobasis eingegangen. Am 31. Dezember 1990 beliefen sich die dafür gebildeten Wertberichtigungen auf Fr. 243,6 Mio. Durch ins Ausland abgegebene Unterbeteiligungen von Fr. 666 Mio. erhöhen sich die Bankschulden der Omni/Rey-Gruppe gemäss den Erhebungen der Bankenkommission auf über Fr. 2 Mia.

Die gegenüber der Omni/Rey-Gruppe engagierten Banken liessen sich in der Abwicklung und Handhabung dieser Geschäftsbezie-

hungen teilweise gravierende Unzulänglichkeiten zuschulden kommen:

a) Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit

Bei acht Banken waren auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung Verfehlungen, namentlich Kompetenzüberschreitungen festzustellen, die mit der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit nicht zu vereinbaren sind. In sechs Fällen entliessen die betroffenen Banken die Verantwortlichen. Bei den zwei übrigen Banken wurden gegen die verantwortlichen Organe Gewährsverfahren eröffnet. Diese sind noch nicht abgeschlossen.

b) Ungenügende Kreditdokumentation

Nach Art. 9 Abs. 3 BankV hat die Geschäftsführung die für die Beschlussfassung und Überwachung von Krediten erforderlichen Unterlagen zusammenzustellen. Die Kreditdokumentation muss auch der bankengesetzlichen Revisionsstelle ein zuverlässiges Urteil über das Geschäft erlauben. Die Kreditunterlagen i.S. Omni/Rey genügten in allen Fällen diesen Voraussetzungen nur teilweise oder überhaupt nicht. So waren z.B. Vermögensausweise von Rey persönlich und der Omni-Gruppe nicht aktualisiert oder gar nicht vorhanden, die massiven Verpflichtungen der Omni/Rey-Gruppe gegenüber andern Banken nicht oder nur in geringem Ausmass bekannt und ferner die Kreditzwecke nur sehr allgemein umschrieben. Als eines der wichtigsten Elemente einer vollständigen Kreditdokumentation ist namentlich ein konsolidierter Ausweis über die gesamte Fremdfinanzierung des Schuldners und seiner mit ihm verbundenen Unternehmen hervorzuheben (konsolidierte Betrachtung der Schuldnerseite). Die Kreditdossiers liessen angesichts der vorerwähnten Lücken kein zuverlässiges Urteil über die Engagements der betroffenen Banken gegenüber der Omni/Rey-Gruppe zu.

Den Voraussetzungen von Art. 9 Abs. 3 BankV hat jede kreditgebende Bank für sich allein selbständig nachzuleben. Es geht deshalb nicht an, dass bei syndizierten Krediten die unterbeteiligten Banken blindlings auf eine ausreichende Prüfung der federführenden Banken vertrauen und auf jegliche Kreditdokumentation ihrerseits verzichten, wie dies bei Omni/Rey-Geschäften zum Teil der Fall war.

Auch wenn der Entscheid für die Übernahme einer Unterbeteiligung von der betreffenden Bank innert kurzer Zeit zu fällen ist und allenfalls nur eine rudimentäre Dokumentation über den Kreditnehmer zur Verfügung steht, darf eine kritische Überprüfung nicht ausbleiben. Hinsichtlich der Kreditdokumentation darf die unterbeteiligte Bank dabei einerseits auf die von der Federführerin zusammengestellten Dokumentation abstellen, hat aber andererseits auch darauf zu bestehen, dass ihr eine vollumfängliche Kopie derselben zur Verfügung gestellt wird. Unter diesen Voraussetzungen ist es unabdingbar, dass eine federführende Bank den Kreditnehmer und seine Kreditfähigkeit und -würdigkeit seriös und eingehend prüft und dokumentiert. In diesem Sinne kommt der federführenden Bank bei syndizierten Krediten eine besondere Verantwortung hinsichtlich Art. 9 Abs. 3 BankV zu.

c) Gruppeninterne Deckungen/Klumpenrisiko

Gemäss Wegleitung zu den Bilanzierungsvorschriften der Bankenverordnung (Anhang II A Ziff. 1.6 BankV) gelten Beteiligungspapiere des schuldnerischen und eines im Sinne von Art. 21 Abs. 5 BankV finanziell mit ihm verbundenen Unternehmens nicht als Deckung. Einige der gegenüber der Omni/Rey-Gruppe engagierten Banken verbuchten entgegen dieser klaren Anweisung durch gruppeninterne Sicherheiten gesicherte Kredite als gedeckt. Richtig wäre die Gewährung auf Blankobasis gewesen und die Behandlung gruppeninterner Aktien lediglich als Zusatzsicherheit, wie dies einige wenige Banken auch taten. Die falsche Verbuchung von Blankokrediten als gedeckt führte bei sechs Banken dazu, dass in der Anwendung der Risikoverteilungsvorschrift (Art. 21 BankV) vom Satz von 40% der eigenen Mittel für gedeckte Kredite ausgegangen wurde und deshalb für Klumpenrisiken auf Blankobasis vorschriftswidrig keine Meldung an die Bankenkommission erfolgte.

d) Jahresrechnungen 1991/Wertberichtigungen

Es ist nicht Aufgabe der Bankenkommission, den Banken vorzuschreiben, in welchem Umfang sie für bestimmte Engagements Wertberichtigungen vorzunehmen haben. Hierfür tragen in erster Linie die Banken die Verantwortung. Auf den Omni/Rey-Engagements muss nach dem aktuellen Kenntnisstand mit hohen Verlusten gerechnet

werden. Hohe Wertberichtigungen sind unumgänglich. Um sicherzustellen, dass die Jahresrechnung 1991 korrekt und den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend veröffentlicht wird, empfahl die Bankenkommission fünf Banken, bei welchen mit Schwierigkeiten bei der Bildung der erforderlichen Wertberichtigungen zu rechnen war, ihr die Jahresrechnung vor der Publikation vorzulegen.

Die vorstehend zusammengefassten Unzulänglichkeiten wurden, wo einzelne Banken sich solche konkret zuschulden kommen liessen, fallweise gerügt. Den übrigen betroffenen Banken wurden die festgestellten Mängel im Sinne einer Auswertung der durchgeführten Erhebung mitgeteilt. Die Bankenkommission geht davon aus, dass die nötigen Lehren aus den im Fall Omni/Rey von den Banken begangenen Fehlern gezogen werden. Die Angelegenheit Omni/Rey hat im schweizerischen Bankwesen Spuren hinterlassen. Die Leichtfertigkeit, mit welcher dem Financier Rey und seinem Firmenkonglomerat teilweise Kredite gewährt wurden, ist mit der Sorgfalt eines seriösen Bankiers nicht zu vereinbaren.

In dieser Angelegenheit haben aber nicht nur die Banken gefehlt. Gemäss Art. 44 Bst. o BankV haben die Revisionsstellen in den Revisionsberichten eindeutig Stellung zu nehmen zu Gesetzmässigkeit, Zweckmässigkeit und Funktionieren der inneren Organisation der Bank unter besonderer Berücksichtigung der Überwachung und Kontrolle der Geschäftstätigkeit und Rechnungslegung durch betriebliche Organisationsmassnahmen. Die Bankenkommission musste feststellen, dass die Revisionsstellen auf die nachträglich im Rahmen der Umfrage vom Frühsommer 1991 aufgedeckten Mängel in den Revisionsberichten der betroffenen Banken nicht oder nur ungenügend aufmerksam gemacht hatten. Die Bankenkommission beanstandete deshalb die Berichterstattung der Revisionsstellen in dieser Hinsicht als mangelhaft. Auch die Stellungnahmen zu den im Rahmen der zusätzlichen Erhebung festgestellten Mängeln waren bei einzelnen Revisionsstellen teilweise zu unkritisch ausgefallen. Es fehlten Beanstandungen zu den ungenügenden Kreditdossiers und zur unerlaubten Anrechnung von gruppeninternen Sicherheiten als Deckungen. Die Bankenkommission rief den Revisionsstellen in Erinnerung, dass nach Art. 20 Abs. 4 BankG die Revision mit der Sorgfalt eines ordentlichen und sachkundigen Revisors durchzuführen ist.

3. Spar- und Leihkasse Thun

Die Geschäftstätigkeit als Bank bedarf seit der letzten Revision des Bankengesetzes im Jahre 1971 einer Bewilligung durch die Bankenkommission. Seither hat die Bankenkommission 21 Banken die Betriebsbewilligung entzogen, was nach dem Gesetz zwingend die Liquidation zur Folge hat. Seit langem aber hat kein Bewilligungsentzug ein derartiges Echo im Publikum ausgelöst wie die mit Verfügungen vom 3. und 18. Oktober 1991 erfolgte Schliessung der Spar- und Leihkasse Thun.

Den Massnahmen der Bankenkommission ging eine Bewertung von etwas mehr als der Hälfte der Ausleihungen der Bank durch eine aussenstehende Revisionsstelle voraus. Sie ergab im günstigsten Fall einen Wertberichtigungsbedarf auf Immobilienkrediten im ungefähren Umfang der Ende 1990 anrechenbaren Eigenmittel. Die Bewertung wurde erschwert durch eine offensichtlich ungenügende Kreditdokumentation. So war in Einzelfällen nicht ersichtlich, ob das betreffende Grundstück in einer Bauzone lag oder nicht. Ebenso fehlten vielfach Kaufverträge, aktuelle Grundbuchauszüge, Verkehrswertschätzungen, Baupläne und verlässliche Kostenschätzungen.

All diese Mängel und andere Beanstandungen der gesetzlichen Revisionsstelle liessen auf eine völlig ungenügende Kreditorganisation schliessen. Die Bank unterliess es entgegen ihren gesetzlichen Verpflichtungen, Klumpenrisiken im Umfang von 30% ihrer Bilanzsumme oder 400% ihrer eigenen Mittel rechtzeitig zu melden. Nach der Praxis der Bankenkommission hätte eine solche Risikokonzentration niemals toleriert werden können. Auf Grund dieser Feststellungen musste die Bankenkommission davon ausgehen, dass die Organe der Bank keine Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit mehr boten.

Die Bankorgane versuchten trotz entsprechender Aufforderung der Bankenkommission zu spät und vergeblich, Hilfe von anderen Banken zu erlangen. Obschon einzelne Grossgläubiger einem teilweisen Forderungsverzicht zugestimmt hätten und die grosse Mehrzahl der Aktionäre letztlich bereit war, ihre Aktien zu einem symbolischen Preis abzugeben, war angesichts der hohen und nicht kalkulierbaren Risiken keine andere Bank bereit oder in der Lage, die nötigen Mittel für eine Hilfe bereitzustellen.

Angesichts dieser Situation, der nicht auszuschliessenden Überschuldung der Bank und der bereits in informierten Kreisen zirkulierenden Gerüchte konnte die Bankenkommission nicht zulassen, dass sich Gläubiger durch neue Einlagen in Gefahr brachten oder besser Benachrichtigte ihre Einlagen rechtzeitig zum Schaden der übrigen Gläubiger abzogen.

Trotz der vorauszusehenden Auswirkungen auf das übrige Bankensystem und das Zahlungssystem sowie auf die betroffenen Bankkunden ordnete die Bankenkommission deshalb am 3. Oktober 1991 die sofortige – vorerst auf 14 Tage beschränkte – Schliessung der Bank an. Ihr wurde insbesondere untersagt, irgendwelche neue Engagements einzugehen, neue Passivgelder entgegenzunehmen, Checks zu honorieren, Auszahlungen oder Überweisungen vorzunehmen. Bancomatstellen der Bank waren zu schliessen. Für Kunden eingehende Zahlungen, welche zu einer Vergrösserung der Passiven führten, mussten gesonderten Konti gutgeschrieben und den Zahlenden unverzüglich zurückerstattet werden, sofern eine andere Weisung des Begünstigten nicht unverzüglich eingeholt werden konnte. In der Folge erlaubte der von der Bankenkommission vorübergehend eingesetzte Beobachter in Übereinstimmung mit der Bankenkommission Auszahlungen im Umfang von 500 und später 3000 Franken pro Konto.

Nachdem es der Bank auch innerhalb der ihr vorerst eingeräumten Frist von 14 Tagen nicht gelang, einen Übernehmer zu finden, entzog ihr die Bankenkommission am 18. Oktober die Bankbewilligung endgültig und vollstreckte diese Verfügung sofort. Der Bewilligungsentzug war trotz eines von der Bank am Vortag beim zuständigen Richter eingereichten Gesuches um Banken- oder Nachlassstundung nötig. Nur so konnte den bisherigen Organen der Bank, welche keine Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsführung mehr boten, die Führung der Bank entzogen werden.

Eine gegen die Verfügung der Bankenkommission erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerde wies das Bundesgericht bereits am 20. November 1991 ab und bestätigte damit die Rechtmässigkeit des Vorgehens der Bankenkommission. Der Entscheid gab dem Bundesgericht Gelegenheit, das Verhältnis zwischen den Administrativmassnahmen der Bankenkommission und den Befugnissen des

Stundungs- und Nachlassrichters zu klären. Es bestätigte, dass jedenfalls ein nicht allein auf die finanzielle Situation abstellender Bewilligungsentzug durch die Bankenkommission auch noch zulässig oder geboten ist, wenn ein Stundungsgesuch bereits hängig ist. Andernfalls hätten es die Bankorgane in der Hand, mit dessen Einreichung drohende Aufsichtsmassnahmen zu unterlaufen und die Bankenkommission an der Wahrnehmung ihrer Aufsicht zum Schutze aller Bankgläubiger zu hindern. Mit Entscheid vom 18. Dezember 1991 bestätigte die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer des Bundesgerichts entgegen der Auffassung der Vorinstanz, dass einer Bank trotz des Bewilligungsentzuges durch die Bankenkommission und der daraus folgenden Liquidation eine Bankenstundung gewährt werden kann.

Die Schliessung der 125jährigen Spar- und Leihkasse Thun ist ausserordentlich zu bedauern. Auch wenn man die nicht vorhersehbare dauernde Erhöhung der Zinssätze berücksichtigt, haben nun die Aktionäre und die Gläubiger der Bank den Preis zu zahlen für ein unverhältnismässiges, leichtfertiges und unkontrolliertes Unterstützen der Immobilienspekulation durch eine Bank. Wie gross der endgültige Schaden für die Gläubiger ist und ob sie überhaupt Abstriche an ihrer Kapitalforderung in Kauf nehmen müssen, wird erst der Abschluss der Liquidation zeigen. Durch die Zahlungsbeschränkungen sind aber zahlreiche Kunden der Spar- und Leihkasse Thun in grosse Schwierigkeiten geraten. Wieweit sich einzelne Beteiligte straf- oder zivilrechtlich verantwortlich gemacht haben, werden die in die Wege geleiteten Abklärungen ergeben.

Durch Absprachen mit allen interessierten Kreisen hat die Bankenkommission versucht, eine Wiederholung eines solchen Falles zu verhindern, welche einen ungerechtfertigten Vertrauensschwund gegenüber allen Banken der entsprechenden Bankengruppe zur Folge hätte. Immerhin wird eine Verstärkung des bisher von der privaten Konvention XVIII der Bankiervereinigung gewährleisteten Einlegerschutzes zu prüfen sein. Im Rahmen dieser Konvention erklären sich die Banken bereit, im Falle eines Konkurses oder einer Nachlassliquidation einer Bank deren Spar- und Gehaltskontogläubiger im Umfang von 30000 Franken pro Kopf gegen Abtretung der geschützten Forderungen zu bevorschussen. Die 1985 geschaffene Konvention musste bis heute ihre Feuertaufe noch nicht bestehen. Der Fall

der Spar-und Leihkasse Thun zeigt nun vor allem das Bedürfnis nach einer sofortigen Auszahlung nach einem Schliessungsentscheid der Bankenkommission. Nicht erst die Konkurseröffnung oder die Gewährung der Nachlassstundung sollten die Leistungen auslösen. Zu prüfen ist auch, ob der Umfang des Schutzes genügt und besonders, ob nicht auch andere Gläubigerkategorien wie beispielsweise Kontokorrentgläubiger wie Gewerbetreibende geschützt werden müssten.

4. Solvenzprobleme

Die Überhitzungsphase der vergangenen Jahre zeichnete sich durch übertriebene Gewinnerwartungen nicht nur im überbordenden Liegenschaftsmarkt, sondern auch in anderen Bereichen der Volkswirtschaft aus. Hohe Erfolgserwartungen zogen eine grosse Risikobereitschaft namentlich auch hinsichtlich der Finanzierung der als gewinnträchtig eingestuften Unternehmungen nach sich. Die haussierende Wirtschaft verleitete auch die Banken zur Risikofreudigkeit und liess sie Unternehmen mit Geldmitteln versorgen, die bei konservativer und vorsichtiger Betrachtung nicht als kreditwürdig und -fähig hätten angesehen werden dürfen. Das Abflauen der Konjunktur begann die Folgen von unbedingtem und aggressivem Bestreben, Bilanzsumme und Gewinn um jeden Preis alljährlich massiv zu steigern, aufzudecken. Die rezessiven Erscheinungen trafen zuerst die auf nicht soliden finanziellen Füssen stehenden Unternehmen und führten zu Problemen bei einseitig bei solchen engagierten Banken. Die allenfalls vorhandene, vermeintlich sichere Deckung durch Grundpfänder erwies sich zudem als nicht mehr wertstabil (vgl. Ziff. III/2 S. 14).

Die solchermassen mit Solvenzproblemen konfrontierten Banken sehen sich zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt, Lösungen zu finden, mit welchen sie ihre Selbständigkeit wahren oder gar ihre Existenz sichern können. Hilfen von dritter Seite sind oftmals der einzige Ausweg. An Unterstützungen aus dem Kreis der Banken selbst stehen von finanziellen Beihilfen in Form von Garantien und Zuschüssen bis zur Übernahme verschiedene Szenarien zur Diskussion. Es ist aber verständlich, wenn die seriös geführten und solventen Regional-

banken nicht um jeden Preis bereit sind, aggressiven Instituten aus ihrem Sektor die Folgen ihrer Risikofreudigkeit abzunehmen. Aber auch die grossen Banken, welche zurzeit am ehesten finanziell in der Lage sind, bedrohten Banken beizustehen, sind heute nur noch in Ausnahmefällen und bei überblickbarem Risiko zu einer Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Banken bereit. Die Unterstützung wird, wenn überhaupt, zudem nur gewährt, wenn eine spätere Übernahme mit entsprechender regionaler Geschäftserweiterung ins Konzept passt. Der Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen steht deshalb im Vordergrund. Liquiditätsgarantien und Eigenmittel-Zuschüsse dienen in diesem Lichte zur Vorbereitung einer späteren Übernahme. Die Stützung einer Bank gefolgt vom Erwerb einer Kapitalmehrheit durch eine grosse Bank führt somit über kurz oder lang zum Verschwinden der bedürftigen Bank.

Ebenfalls ein Verschwinden hat die freiwillige Liquidation gestrauchelter Banken zur Folge. Auch dieses Szenario ist ein Phänomen des einsetzenden Redimensionierungsprozesses. Aus der Sicht der Bankenkommission muss es in solchen Fällen darum gehen, den Gläubigern von liquidationswilligen Banken mit Unterstützung wiederum der grossen Banken und allenfalls der Nationalbank eine verlustlose Auflösung zu garantieren. Das Ansehen des Bankenplatzes steht auf dem Spiel. Mögliche Unterstützungsformen wurden von der Bankenkommission mit den Angesprochenen bereits diskutiert.

In einigen Fällen können Fusionen mit stärkeren Banken die Lösung der sich akzentuierenden Probleme sein. Zu bedenken ist allerdings, dass Fusionen zwischen Banken, von denen bei einer die Eigenmittel nicht mehr intakt sind, in entsprechendem Umfang Reserven der übernehmenden Bank gebunden werden. Fusionen sind nur tauglich, wenn klare Aussichten auf wirtschaftlich bessere Strukturen bestehen. Vorbildfunktion kann in dieser Hinsicht die Fusion der Banken des Seelandes übernehmen, wobei sich die beteiligten Regionalbanken in geordnetem Stand zueinanderfanden und das Projekt bereits seit längerer Zeit in Bearbeitung war. Die sich allenfalls verschärfenden Probleme könnten den Entschluss zu vergleichbaren Fusionen von Banken anderer Regionen beschleunigen und althergebrachte Schranken verschwinden lassen.

5. Praxis der Aufsichtsbehörde

5.1 Unterstellung grosser Finanzintermediäre

Mit der Revision der Bankenverordnung vom 23. August 1989 wurden neu auch grosse Finanzintermediäre als Banken dem Bankengesetz unterstellt (Art. 2a Bst. b BankV). Im Berichtsjahr war die Frage zu entscheiden, ob «Konzernfinanzgesellschaften» als grosse Finanzintermediäre dem Bankengesetz unterstehen.

Zur Diskussion standen insbesondere zwei grosse schweizerische Gesellschaften, welche für ausländische Automobilkonzerne Tresorerieaufgaben wahrnehmen. Sie beschränken die Wechselkursrisiken des Konzerns durch Devisengeschäfte, wickeln den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr für die Gruppe ab und begrenzen zum Teil die Risiken auf offenen Rohwarenpositionen durch entsprechende Absicherungsgeschäfte. Daneben gewähren die Gesellschaften auch Darlehen an Gruppengesellschaften.

Mit Entscheiden vom 1. Juli 1991 verneinte die Bankenkommission die Unterstellungspflicht dieser Gesellschaften, obschon ihre Fremdfinanzierung an ausgewählten Stichtagen die von der Bankenkommission 1989 festgelegte Grenze von 500 Mio. Schweizer Franken überstieg (Jahresbericht 1989 S. 14). Für die Bankenkommission war entscheidend, dass diese Refinanzierung und auch all die kurzfristigen Anlagen der Gesellschaften ausserhalb der Gruppe in direktem Zusammenhang mit ihren Zahlstellen-, Tresorerie- und Absicherungsfunktionen für die Gruppe stehen und daneben kein selbständiges Zinsdifferenzgeschäft im Interbankmarkt betrieben wird.

Mit diesen Entscheiden wollte die Bankenkommission insbesondere auch eine Bevorteilung von Industriegruppen vermeiden, welche die gleichen Aufgaben nicht ausgegliedert in selbständigen Gesellschaften, sondern durch interne Finanzabteilungen wahrnehmen lassen.

Schliesslich unterstellte die Bankenkommission auch die schweizerische Zweigniederlassung einer ausländischen Konzernfinanzierungsgesellschaft dem Bankengesetz nicht. Neben den genannten Gründen berücksichtigte die Bankenkommission dabei, dass eine

Aufsicht über eine schweizerische Zweigniederlassung nicht praktikabel ist, wenn die Hauptniederlassung im Ausland nicht als Bank gilt und auch nicht als solche überwacht wird.

5.2 Anlagevorschriften für bankähnliche Finanzgesellschaften

Mit der Vollunterstellung der Emissionshäuser unter das Bankengesetz (vgl. Jahresberichte 1990 S. 14, 1989 S. 13) hat sich das rechtliche Umfeld für die bankähnlichen Finanzgesellschaften stark verändert. Verschiedene dieser Gesellschaften werden dem Bankengesetz voll und nicht nur wie bisher den Melde- und Kapitalexportvorschriften der Art. 7 und 8 unterstehen. Diese Diskrepanz und der bei einzelnen Gesellschaften massiv erhöhte Wertberichtigungsbedarf auf Wertschriftenpositionen Ende 1990 veranlassten die Schweizerische Nationalbank und die Bankenkommission, ihre letztmals 1987 gelockerten Mindestanlagevorschriften für bankähnliche Finanzgesellschaften gänzlich aufzuheben.

Nach dem im Einvernehmen mit der Bankenkommission verfassten neuen Rundschreiben der Schweizerischen Nationalbank vom 7. März 1991 werden Gesellschaften bis auf weiteres von der Bankenkommission als bankähnliche Finanzgesellschaften anerkannt, wenn sie

- über ein einbezahltes Grundkapital von mindestens 2 Mio. Franken verfügen (wie bisher),
- dauernd über eine Betriebsstätte in der Schweiz verfügen, d.h. eigene Geschäftsräumlichkeiten mit den erforderlichen Kommunikationsmitteln aufweisen sowie vollzeitlich verantwortliche Mitarbeiter beschäftigen (wie bisher),
- die öffentliche Empfehlung zur Annahme fremder Gelder sowie die Teilnahme am Emissionsgeschäft in den Statuten ausschliessen (Anpassung; eine schriftliche Verpflichtungserklärung bezüglich der öffentlichen Empfehlung ist nicht mehr nötig) und
- die Finanzierung einer unbestimmten Zahl von Personen oder Unternehmen, die unter sich und mit der Finanzgesellschaft keine wirtschaftliche Einheit bilden, als Gesellschaftszweck in den Statuten festhalten (neu an Stelle der Mindestanlagevorschriften).

Die Schweizerische Nationalbank hat in Aussicht gestellt, diese Vorschriften 1993 erneut zu überarbeiten.

5.3 Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit

Eine auf Vermögensverwaltung spezialisierte Privatbank stellte einem langjährigen Schweizer Kunden Gefälligkeitsbescheinigungen aus. Die Bank bestätigte zwecks öffentlicher Beurkundung, dass sie drei Grundpfanddarlehen bewilligt und in deren Umfange Kredite gewährt habe. Dies war jedoch weder geschehen noch beabsichtigt. Damit nahm die Bank in Kauf, dass die durch den Kunden vertretene liechtensteinische Gesellschaft, unter Umgehung der Generalklausel von Art. 4 Abs. 1 Bst. g des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, bezüglich der drei Liegenschaften in eine eigentümerähnliche Stellung gelangte.

Der unbeschränkt haftende Gesellschafter und die Direktoren der Bank wurden vom Gericht aufgrund dieser falschen Angaben der Widerhandlung gegen das Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland schuldig befunden und mit hohen Bussen bestraft. Von der Bankenkommission wurde das Verhalten unter dem Aspekt der Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit geprüft. Da es sich bei der betreffenden Bank, die normalerweise das Hypothekargeschäft nicht betreibt, um eine einmalige Verfehlung handelte, verfügte die Bankenkommission aus Gründen der Verhältnismässigkeit einen Verweis und die Androhung des Bewilligungsentzuges im Wiederholungsfalle. Bei der Verneinung der Gewähr gegenüber dem Hauptverantwortlichen hätte die Bank geschlossen werden müssen.

5.4 Geldwäscherei-Richtlinien

Im Jahresbericht 1990 (S. 21 f.) kündigte die Bankenkommission den Erlass allgemeiner, an alle Banken gerichteter Richtlinien zur Verhinderung und Bekämpfung der Geldwäscherei an. Ein erster Entwurf vom Februar 1991, welcher gemeinsam mit Strafrechtsexperten erstellt wurde, diente als Diskussionsgrundlage für eine gemischte Arbeitsgruppe aus Vertretern der interessierten Bankenverbände, des

Bankpersonalverbandes, der Aufsichtskommission VSB und des Sekretariates der Bankenkommission. Diese Arbeitsgruppe konnte der Bankenkommission im Herbst 1991 einen überarbeiteten Entwurf vorlegen, der auf einem weitgehenden Konsens beruhte. Nach Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens bei der Schweizerischen Bankiervereinigung, der Treuhand-Kammer, der Aufsichtskommission VSB und vier kantonalen Staatsanwaltschaften verabschiedete die Bankenkommission am 18. Dezember 1991 das Rundschreiben «Richtlinien zur Verhinderung und Bekämpfung der Geldwäscherei» (Kurztitel: «Geldwäscherei-Richtlinien»), welches am 1. Mai 1992 in Kraft tritt.

a) Zweck

Die Richtlinien verfolgen im Hinblick auf die Geldwäscherei drei Ziele. Erstens wird die bisher allgemein formulierte Praxis der Bankenkommission zur Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) und zur angemessenen Verwaltungsorganisation (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG) konkretisiert und insbesondere die nach den Umständen gebotene Sorgfalt umschrieben. Zweitens geben die Richtlinien eine Hilfe zur Auslegung der am 1. August 1990 in Kraft getretenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über vorsätzliche Geldwäscherei (Art. 305bis) und mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften (Art. 305ter), ohne allerdings die Strafverfolgungsbehörden binden zu können. Drittens werden die internationalen Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht und der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF, vgl. Ziff. 7.5 S. 67) sowie die Geldwäscherei-Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft (vgl. Ziff. 7.2 S. 65) für den Bankensektor umgesetzt, soweit hierfür nicht Gesetzesänderungen erforderlich sind.

Das Rundschreiben der Bankenkommission verzichtet hingegen bewusst auf eine eigenständige Regelung der Kundenidentifikation oder auf punktuelle Korrekturen an den Identifikationsvorschriften der Sorgfaltspflichtvereinbarung VSB. Es begnügt sich mit einem Verweis auf Art. 305ter StGB und die Standesregeln der Banken. Mit dieser klaren Aufgabenteilung sollen erneute Widersprüche zwischen Weisungen der Aufsichtsbehörde und Standesregeln der Bankiervereinigung, wie sie bezüglich des Formulars B offen zu Tage traten (vgl. Ziff.

1.1 S. 11), im Interesse der praktischen Anwendung durch die Bankangestellten vermieden werden.

b) Leitlinien und organisatorische Voraussetzungen

Das Rundschreiben fasst die wichtigsten Geschäftsführungsgrundsätze und Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit der Geldwäschereibekämpfung in Leitlinien zusammen und führt sie anschliessend im einzelnen aus. Im Sinne der FATF-Empfehlungen werden die organisatorischen Anforderungen durch die Verpflichtung zum Erlass bankinterner Weisungen, zur Personalausbildung sowie zur Bezeichnung einer bankinternen Fachstelle für Geldwäschereifragen, deren Aufgaben allenfalls auch einer externen Person oder Fachstelle (z. B. dem betreffenden Bankverband oder der bankengesetzlichen Revisionsstelle) übertragen werden können, umschrieben.

c) Verhalten bei ungewöhnlichen Transaktionen

Hauptbestandteil des Rundschreibens sind die von den FATF-Empfehlungen geforderten Richtlinien zur Erkennung von ungewöhnlichen Transaktionen und Anhaltspunkten für mögliche Geldwäscherei (vgl. Jahresbericht 1990 S. 25) sowie das Verhalten bei einem konkreten Verdacht auf die deliktische Herkunft von Vermögenswerten. Ausgehend von der Feststellung, dass es weder Aufgabe der Banken ist noch sie die Mittel haben, systematisch alle Kundentransaktionen auf einen möglichen deliktischen Zusammenhang zu untersuchen, werden diejenigen Fälle erwähnt, welche von der Bank eine besondere Aufmerksamkeit und in der Regel erweiterte Abklärungen erfordern. Es sind dies namentlich grössere Bartransaktionen sowie weitere in einem Anhang allgemein umschriebene und anhand einer Liste nicht abschliessenden praktischer Beispiele aufgeführte Anhaltspunkte. Bei den erwähnten ungewöhnlichen Transaktionen hat die Bank diejenigen Informationen zu beschaffen und auf ihre Plausibilität zu überprüfen, welche ihr eine ausreichende Beurteilung der Hintergründe erlauben.

d) Verhalten bei Verdacht auf Geldwäscherei

Gelangt die Bank zu einem konkreten Verdacht, dass Vermögenswerte eines Kunden aus einem Verbrechen herrühren, steht sie

vor der Wahl zwischen einer Meldung an die Strafverfolgungsbehörden und dem Abbruch der Geschäftsbeziehungen. Angesichts der heute noch umstrittenen Rechtslage, welche erst mit der geplanten ausdrücklichen Verankerung des Melderechts im Strafgesetzbuch zweifelsfrei geklärt wird, überlässt das Rundschreiben die Wahl zwischen diesen Alternativen dem Ermessen der einzelnen Bank und listet die hierbei abzuwägenden Interessen auf. Hingegen wird vorgeschrieben, wie eine Bank vorzugehen hat, wenn sie sich für die eine oder andere Möglichkeit entscheidet.

Geregelt werden in den Richtlinien schliesslich die Erstellung und Aufbewahrung von Belegen, namentlich der Akten über die Kundenidentifikation, sowie im Interesse der Geldwäschereiverhinderung unerwünschte Transaktionen oder Bescheinigungen.

Die gemeinsam mit den Banken erarbeiteten Geldwäscherei-Richtlinien der Bankenkommission beabsichtigen weder eine pauschale Verdächtigung oder inquisitorische Ausfragerei der Kundschaft noch sollen sie alltägliche, völlig legale Geschäfte erschweren. Von den neuen Richtlinien darf immerhin erwartet werden, dass sie die Gefahr fahrlässiger Mitwirkung an Geldwäscherei-Transaktionen erheblich vermindern und den von erstklassigen Schweizer Banken schon bisher beachteten Sorgfaltsmassstab zur Wahrung des Ansehens unseres Finanzplatzes zum allgemeinen Mindeststandard erheben.

5.5 Ausländisch beherrschte Banken

5.5.1 Gegenrecht

Folgende Staaten erfüllen aufgrund bisheriger Bewilligungsverfahren zurzeit – zum Teil jedoch mit Einschränkungen – die Gegenrechtsvoraussetzungen: Die EG-Mitglieder (wobei die Frage des Gegenrechts bezüglich Irland, Portugal und Griechenland bislang noch nicht zu entscheiden war), Finnland, Hongkong, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, die Türkei und die US-Bundesstaaten Colorado, Connecticut, Florida, Illinois,

Indiana, Kalifornien, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvania, Texas und Wisconsin.

5.5.2 **Japan und Südkorea**

Die Bankenkommission erklärte sich im Juli 1990 bereit, bis zum Sommer 1991 höchstens zehn Bewilligungsgesuche von japanischen bankähnlichen Finanzgesellschaften in der Schweiz, die wegen der Änderung der Bankenverordnung vom 23. August 1989 aufgrund ihrer Tätigkeit im Emissionsgeschäft neu dem Bankengesetz unterstehen werden, entgegenzunehmen (Jahresbericht 1990 S. 26). Den zehn eingegangenen Gesuchen wurde zwischen Oktober 1990 und Juli 1991 entsprochen und den Gesuchstellerinnen die Bewilligung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit als Bank erteilt.

In Anbetracht des Ablaufs der im Rahmen der Revision der Bankenverordnung vorgesehenen dreijährigen Übergangsfrist auf Anfang 1993 hat die Bankenkommission einen neuen Forderungskatalog formuliert und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten zur Verhandlung mit dem Ministry of Finance übergeben. Aufgrund der starken Auslastung mit innerjapanischen Problemen sind die bilateralen Gespräche vom MOF zurzeit zurückgestellt worden.

Rückblickend auf die Entwicklung seit 1986 (Jahresberichte 1990 S. 26 f., 1989 S. 37 f., 1988 S. 31 f., 1987 S. 47 f., 1986 S. 29 f.) ist festzuhalten, dass den ausländischen Banken in Japan wesentliche neue Möglichkeiten erschlossen werden konnten. Trotz dieser anerkennenswerten Fortschritte ist der freie Marktzugang noch nicht voll garantiert. Die Geschäftsmöglichkeiten ausländischer Banken in Japan sind nach wie vor eingeschränkt, insbesondere im Vergleich zum Finanzplatz Schweiz, wo japanische Banken in ihrer Geschäftstätigkeit weder durch rechtliche noch durch administrative Hemmnisse behindert werden. Diese nach wie vor bestehenden wesentlichen qualitativen Unterschiede, aufgrund derer Japan das Gegenrecht weiterhin nicht generell gewährleistet, werden Gegenstand der künftigen Gespräche und Verhandlungen mit den japanischen Behörden sein.

In Südkorea ist eine schrittweise Finanzmarktliberalisierung im Gange. Der Deregulierungsprozess im Finanzbereich ist eingeleitet worden. Die Transparenz der Marktzugangskriterien und die Gleichbehandlung der ausländischen Banken und Wertschriftenhäuser sind heute nicht gewährleistet. Aufgrund der zahlreichen und markanten Einschränkungen der Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken in Südkorea und des Interesses von südkoreanischen Gesellschaften an der Aufnahme der Geschäftstätigkeit als Bank in der Schweiz sieht sich die Bankenkommission in eine ähnliche Lage versetzt wie bei der Gesprächsaufnahme mit Japan in den frühen 80er Jahren. Es wird sich daher voraussichtlich auch bei den Verhandlungen zwischen dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den südkoreanischen Behörden ein Vorgehen Zug um Zug aufdrängen. Vorab gilt es eine gemeinsame Ausgangsbasis zu erarbeiten. Die Bankenkommission wird dann die Gegenrechtsfrage von Fall zu Fall aufgrund der konkreten Umstände und der ausgehandelten Verbesserungen für die Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken prüfen.

5.5.3 **Datenfernverarbeitung im Ausland**

Im Jahre 1990 hatte die Bankenkommission festgestellt, dass die Verarbeitung elektronischer Daten für zwei Zweigniederlassungen amerikanischer Banken in einem Rechenzentrum in Grossbritannien nicht gegen schweizerisches Recht verstösst, sofern eine Reihe von Bedingungen und Auflagen ständig erfüllt ist (vgl. Jahresbericht 1990 S. 27 f. und EBK-Bulletin 21 S. 24 ff.). Im Berichtsjahr hatte sich die Aufsichtsbehörde mit zwei weiteren, teilweise anders gelagerten Fällen zu befassen.

In einem ersten Fall entschied sie, dass die Datenverarbeitung auch für eine ausländisch beherrschte, jedoch nach schweizerischem Recht organisierte Tochterbank zulässig ist, sofern diese von einer ausländischen, im Bank- oder Finanzbereich tätigen Mutterbank beherrscht wird und deren Aufsichtsbehörde bestätigt, dass sie die konsolidierte Aufsicht unter Einschluss der Tochtergesellschaft in der Schweiz wahrnimmt. Ferner stellte die Bankenkommission fest, dass die Einwilligung der Kundschaft zur Datenverarbeitung in Grossbri-

tannien in diesem Fall nicht erforderlich war. Die betreffende Bank hatte nämlich durch personelle, organisatorische und technische Vorkehrungen sichergestellt, dass nur anonymisierte und verschlüsselte Daten ins englische Rechenzentrum gelangen, welche keine Rückschlüsse auf die Identität der Bankkunden erlauben, so dass eine Verletzung des Bankgeheimnisses gar nicht möglich ist. Die Verantwortung dafür, dass auch inskünftig Verletzungen des Bankgeheimnisses vollständig ausgeschlossen sind, liegt jedoch ausschliesslich bei der Bank.

In Ergänzung der bereits 1990 erlassenen allgemeinen Auflagen und Bedingungen verfügte die Bankenkommission, dass die in Grossbritannien verarbeiteten und dort auf Mikrofichen gespeicherten Dateien jeweils innert 24 Stunden seit Verarbeitung des der Verbuchung zugrundeliegenden Geschäftsvorfalls in die Schweiz zurückzusenden sind. Zudem hat die Bank sicherzustellen, dass zerstörte Dateien mittels sogenannten «Recovery-Fazilitäten» so zeitig wiederhergestellt werden können, dass sie innert 24 Stunden in der Schweiz in aktualisierter Form vorliegen. Im bis anhin vierten und letzten Fall, bei welchem es sich wiederum um die Schweizer Zweigniederlassung einer amerikanischen Bank handelte, stellte sich die Frage nach der Geltung des Bankgeheimnisses im Interbankgeschäft. Obwohl Banken gleichermassen wie andere Kunden den Schutz des Bankgeheimnisses geniessen, können Banken, welche dem SWIFT-System angehören, aufgrund ihrer sogenannten SWIFT-Adresse identifiziert werden. Daher sind bei der Verarbeitung von Daten anderer Banken im Ausland Rückschlüsse auf deren Identität jederzeit möglich. Da es sich dabei um eine den Banken bestens bekannte Tatsache handelt, liegt insofern ein stillschweigender Verzicht auf das Bankgeheimnis vor, so dass die vorgängige Einwilligung der betroffenen Banken zur Datenfernverarbeitung in Grossbritannien nicht eingeholt werden muss. Allerdings wurde die Gesuchstellerin angewiesen, vor Aufnahme der Datenfernverarbeitung sämtliche betroffenen Banken auf diese Tatsache ausdrücklich hinzuweisen.

Obwohl der grenzüberschreitende Datentransfer nunmehr in gewissen Fällen und unter gewissen Bedingungen bewilligt werden kann, ist nach wie vor in jedem Einzelfall vorgängig ein ausführlich begründetes Gesuch einzureichen.

5.5.4 Bank of Commerce and Credit International (BCCI) / Banque de Commerce et de Placements

Am 5. Juli 1991 schlossen Bankaufsichtsbehörden in einer konzertierten Aktion unter der Führung der Bank of England die in rund 70 Ländern der Welt tätige BCCI-Bankengruppe. Die Bank gehört mehrheitlich dem Herrscher des Emirats von Abu Dhabi. Grund für die Schliessung war ein Bericht einer Revisionsgesellschaft über langdauernde betrügerische Machenschaften der obersten Geschäftsleitung der Bank. Die Angelegenheit erregte weltweit grosses Aufsehen. In verschiedenen Ländern wie den Vereinigten Staaten und Grossbritannien wurden Untersuchungen darüber eingeleitet, ob die Aufsichtsbehörden früher hätten einschreiten müssen.

Es fragt sich, welche Lehren aus diesem Fall für die Überwachung international tätiger Banken und die internationale Zusammenarbeit unter Aufsichtsbehörden zu ziehen sind. Diese Fragen werden auch im Rahmen der Gespräche im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (vgl. Ziff. 7.1 S. 63) diskutiert. Näher untersucht werden dabei insbesondere folgende Punkte:

- wieweit müssen die Voraussetzungen zum Betrieb einer Bank noch weiter international standardisiert werden,
- ist der internationale Informationsaustausch unter Aufsichtsbehörden zu formalisieren, um auch dramatischen Situationen gewachsen zu sein,
- kann die internationale Aufsicht sinnvoll durch ein Gremium mehrerer Aufsichtsbehörden wahrgenommen werden, oder ist in jedem Fall ein einzige Behörde als hauptverantwortlich zu bezeichnen,
- dürfen Banken nur bewilligt werden, wenn die wirtschaftlichen (Ort der Verwaltung, hauptsächliche Geschäftstätigkeit) mit den rechtlichen Strukturen (Registersitz) übereinstimmen.

Ein Vertreter der Bankenkommission nahm an den Beratungen des 1988 von den luxemburgischen Aufsichtsbehörden veranlassten «Ad-hoc»-Aufsichtsgremiums zur Überwachung der BCCI-Gruppe teil. Obschon der Bankenkommission angesichts der im Konzernvergleich sehr geringen Bedeutung des schweizerischen Ablegers der BCCI, der Genfer Bank Banque de Commerce et de Placements SA,

keine Führungsrolle zukam, ergaben sich für die internationale Zusammenarbeit doch wesentliche Erkenntnisse.

Die Bankenkommission nahm an der erwähnten konzertierten Aktion teil und setzte am gleichen 5. Juli 1991 einen Beobachter über die Banque de Commerce et de Placements SA ein. In der Folge konnte die Bankenkommission von einem Bewilligungsentzug absehen, weil sich in der türkischen Cukurova-Gruppe kurzfristig eine Käuferin fand, welche bereit war, sofort neues Kapital einzuschiessen. Dadurch konnten die Interessen der Bankgläubiger besser gewahrt werden als durch eine endgültige Schliessung der Bank. Die Bankenkommission untersuchte jedoch in Zusammenarbeit mit ausländischen Aufsichtsbehörden, wieweit die Organe der Schweizer Bank für bestimmte, von der ausländischen Führung der BCCI veranlasste Täuschungsmanöver eine Mitverantwortung tragen. Das Verfahren war am Ende des Geschäftsjahres noch nicht abgeschlossen.

5.6 Eigenmittel/Anrechnung nachrangiger Schulden

Gemäss Art. 11 Abs. 4 BankV haben die Banken die Bankenkommission unter Angabe der Gründe zu unterrichten, wenn ihre als eigene Mittel angerechneten nachrangigen Schulden 15% der erforderlichen eigenen Mittel übersteigen, wobei die Maximallimite 25% beträgt.

Dreiundzwanzig Banken erstatteten im Jahre 1991 solche Meldungen, wobei es sich um Institute der nachfolgenden Gruppen handelte:

- Kantonalbanken 1
- Grossbanken 4
- Regionalbanken und Sparkassen 8
- Börsenbanken 1
- Kleinkreditbanken 2
- Ausländisch beherrschte Banken 7

Die Bankenkommission nahm von diesen Meldungen Kenntnis und bewilligte die Überschreitungen, wobei ihr Entscheid auf folgen-

den Kriterien beruhte: Ausmass und ungefähre Dauer der Überschreitung, Art und Fälligkeit der nachrangigen Schulden, geltend gemachte Gründe sowie die Eigenmittelausstattung jeder einzelnen Bank. Ausschlaggebend war auch, ob bei Anrechnung von nur 15% der nachrangigen Schulden trotzdem ein Eigenmittelüberschuss bestünde.

Bei dieser Gelegenheit präzisierte die Bankenkommission, dass eine Überschreitung des Satzes von 15% der erforderlichen eigenen Mittel nur für den Fall gewährt wird, wenn innert nützlicher Frist eine effektive Erhöhung der Eigenmittel durchgeführt werden kann.

5.7 Rechnungslegung

5.7.1 Rundschreiben «Bildung und Auflösung von stillen Reserven»

Das Rundschreiben «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» (vgl. Jahresberichte 1988 S. 41 ff., 1989 S. 20 f., 1990 S. 15 ff.) trat auf den 31. Dezember 1990 in Kraft. Das Rundschreiben hat zum Zweck, die Vermögenslage der Banken dem Grundsatz der Bilanzwahrheit und -klarheit getreu darzustellen, damit die Betroffenen einen möglichst sicheren Einblick in die wirtschaftliche Lage des Geschäftes erhalten. Das Rundschreiben stützt sich auf die gesetzlichen Bestimmungen und verlangt deren strengere Anwendung. Auch das am 1. Juli 1992 in Kraft tretende neue Aktienrecht (Art. 663 b OR) will die Transparenz der Jahresrechnungen erhöhen.

Anwendung und Vollzug des Rundschreibens «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» haben auf breiter Basis das Verständnis für die Notwendigkeit der Publikation von aussagekräftigeren Bilanzen und Erfolgsrechnungen gestärkt. Das Rundschreiben führte zu tiefgreifenden Veränderungen bei der Errichtung und Darstellung sowohl der Zwischenbilanzen wie auch der Jahresrechnungen der Banken.

Durch die Umsetzung der neuen Vorschriften wurden bedeutende Verbesserungen erreicht. Wie vorauszusehen war, provozierten die neuen Bestimmungen jedoch auch Widerstand. Die Haltung, sei

es die des Bankiers, des Buchhalters oder des Bücherexperten, die während mehreren Generationen vorherrschte, kann nicht ohne weiteres durch die Einführung neuer Regeln geändert werden.

Die Anwendung des Bruttoprinzipes bei der Buchführung, die Beachtung der Periodizität des Rechnungsjahres sowie die periodengerechte Abgrenzung der Geschäftsvorfälle und die zu wenig genaue Festlegung der Bewertungsgrundsätze verursachen noch Schwierigkeiten. Demnach sind die unternommenen Anstrengungen weiterzuführen.

Das Vertrauen der Öffentlichkeit ist für die Banken eine unabdingbare Notwendigkeit. Die im Bankenbereich eingetretenen Änderungen zwingen die Bankinstitute, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um dieses Vertrauen zu stärken. Die Wahl der Mittel ist ihnen überlassen. Eine offene und ehrliche Haltung wird zum Erfolg führen.

5.7.2 **Bewertung von Hypothekarkrediten**

Wie bereits im Vorjahr stand die Bewertung von Aktiven im Mittelpunkt verschiedener von der Bankenkommission behandelter Geschäfte (Jahresbericht 1990 S. 31 f.). Insbesondere die markante Konjunkturabschwächung und das weiterhin hohe Zinsniveau führten zu Schwierigkeiten im Immobiliensektor. Die Immobilisierungs- und Verlustrisiken, welche die Banken eingingen, haben sich 1991 bedeutend erhöht. Aufgrund des darniederliegenden Immobilienmarktes verringerten sich die Schätzwerte vieler Pfandobjekte bedeutend. In der Euphorie des letzten Jahrzehnts hielten zahlreiche Banken die üblichen Belehnungsnormen nicht ein oder finanzierten in übertriebenem Ausmass gewisse Immobilienhändler unter Missachtung elementarer Regeln der Vorsicht, der Risikoverteilung, der Kreditdokumentation und der Überwachung. Kredite von aussergewöhnlichem Umfang, welche mitunter die gesetzlichen Risikoverteilungsplafonds überschritten, wurden von Banken gewährt, die nicht über eine angemessene Organisation des Kreditwesens und über keine ausreichenden Unterlagen bezüglich der Bonität des Kunden, seiner gesamten Verpflichtungen und der Schätzung der Grundpfänder verfügten. Deren Wert – falls überhaupt bekannt – war oft zu hoch festgelegt und die Schätzungen waren wenig zuverlässig, da sie von dem Schuldner

nahestehenden Personen erstellt wurden und von den wirtschaftlichen und lokalen Gegebenheiten stark abwichen. Solche Schätzungen wurden bisweilen sogar durch die Kreditverantwortlichen der Banken nach oben angepasst, um den Belehnungsnormen des Bankreglementes zu genügen. Dieses Vorgehen führte zu zahlreichen Kompetenzüberschreitungen. Da die Revisionsstellen die Aktiven selbständig bewerten müssen, beurteilten sie Kredite, welche von den allgemein anerkannten Prinzipien abwichen oder offenkundig den Ertragswert des Pfandes überschritten, neu, und sie veranlassten bedeutende Erhöhungen der notwendigen Wertberichtigungen. Dieser Umstand hinterliess seine Spuren in den Erfolgsrechnungen der betreffenden Banken und führte in gewissen Fällen zu bedeutenden Änderungen bei den Führungsorganen, der Organisation oder der internen Kontrolle, falls der Weiterbestand der Bank nicht ohnehin in Frage gestellt werden musste.

5.7.3 **Verbuchung von Aktionärszuschüssen**

Eine Bank hatte im Verlaufe des Geschäftsjahres 1988 einen notleidend gewordenen Grosskredit an eine einem Aktionär nahestehende Gesellschaft zum Nominalwert verkauft. Das Bundesgericht schützte in einem Entscheid vom 26. November 1991 die von der Bankenkommission in ihrer Verfügung vertretene Auffassung, wonach der von der Bank dafür erzielte Kaufpreis nicht die Leistung eines unabhängigen Drittkäufers, sondern ein verdeckter Aktionärszuschuss sei. Das Bundesgericht bestätigte damit die bisherige Praxis der Bankenkommission (vgl. Jahresbericht 1989 S. 44 f.). Aktionärszuschüsse sind in der Jahresrechnung offen auszuweisen. Es ist mit dem Sinn der bankenrechtlichen Gliederungsvorschriften nicht zu vereinbaren, wenn aus der Jahresrechnung nicht ersichtlich wird, dass der ausgewiesene Abschluss nur dank besonderen Zuschüssen erreicht wurde. Die allgemeinen Grundsätze der Bilanzwahrheit und -klarheit haben auch Geltung für die Darstellung der einzelnen Positionen der Erfolgsrechnung. Der Wert einer notleidenden Position ist in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Aufwandposition «Verluste, Abschreibungen und Rückstellungen» auch dann zu berichtigen, wenn sie im Verlaufe des Geschäftsjahres durch einen Aktionär oder eine ihm nahestehende Gesellschaft übernommen

wird. Der Aktionärszuschuss ist unter der Ertragsposition «Verschiedenes» aufzuführen. Das Bundesgericht schützte ebenfalls die Anordnung der Bankenkommission, die Bank habe anstelle einer nachträglichen Publikation der korrigierten Jahresrechnung 1988 in der Gewinn- und Verlustrechnung 1989 die korrigierten Vergleichszahlen des Geschäftsjahres 1988 aufzuführen. Da die Beschwerdeführerin aber auf entsprechende Verfügung des Abteilungspräsidenten hin bei der Publikation der Gewinn- und Verlustrechnung 1989 zwar die unveränderten Vergleichszahlen des Geschäftsjahres 1988 aufführte, jedoch in geeigneter Form auf das hängige Bundesgerichtsverfahren hinwies und das Publikum so und durch die Presse von der beanstandeten Verbuchung Kenntnis nehmen konnte, wurde auf den Vollzug dieser Anordnung verzichtet. Hingegen wurde die Beschwerdeführerin verpflichtet, im Geschäftsbericht 1991 vom Ergebnis des bundesgerichtlichen Verfahrens Kenntnis zu geben.

5.8 Länderrisiken

Im Jahre 1990 fasste die Bankenkommission ihre bisherige Praxis zur Behandlung der Länderrisiken erstmals in einem Rundschreiben zusammen (vgl. Jahresbericht 1990 S. 17 ff.). Dabei wurde u.a. der seit Ende 1989 geltende pauschale Wertberichtigungssatz für Forderungen mit Länderrisiken von 50 auf 65% erhöht und den Banken eine Frist bis Ende 1991 angesetzt, um dieses Erfordernis zu erfüllen. Dagegen wurden für kurzfristige Handelsengagements, Forderungen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken und Co-Finanzierungen unter Federführung dieser Institutionen Ausnahmen vorgesehen, indem der Wert dieser Forderungen nicht mehr pauschal, sondern aufgrund einer bankindividuellen Bewertung zu berichtigen ist.

Die Bankenkommission verzichtete seit der Einführung der Wertberichtigungen für Länderrisiken im Jahre 1983 (vgl. Jahresbericht 1983 S. 17 ff.) bewusst darauf, den von Land zu Land unterschiedlich hohen politischen und wirtschaftlichen Risiken durch ein differenziertes System von Wertberichtigungssätzen Rechnung zu tragen. Die schrittweise Anpassung des einheitlichen Wertberichtigungssatzes von ursprünglich 20% auf heute 65% an die steigenden Risiken

einerseits und die damit einhergehende Erweiterung des Länderkorbes auf nunmehr rund 100 risikobehaftete Staaten andererseits hat dazu geführt, dass die Kosten für neu erteilte Kredite vor allem an Entwicklungsländer unabhängig von deren politischem und wirtschaftlichem Stand gestiegen sind. Die aus heutiger Sicht undifferenzierte Betrachtungsweise wurde in letzter Zeit von verschiedener Seite kritisiert. Die Bankenkommission beauftragte deshalb eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Nationalbank, der Bankiervereinigung und der Treuhand-Kammer sowie Mitarbeitern des Sekretariates der Bankenkommission, ihr Vorschläge für eine differenziertere Behandlung der Wertberichtigungen für Länderrisiken vorzulegen.

5.9 Organisationsvoraussetzungen des Bankengesetzes

5.9.1 Funktionentrennung

Die Banken müssen – wo der Geschäftszweck oder ihr Geschäftsumfang dies erfordern – besondere Organe für die Geschäftsführung einerseits und für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle anderseits ausscheiden und dabei die Befugnisse zwischen diesen zwei Organen so abgrenzen, dass eine sachgemässe Überwachung der Geschäftsführung gewährleistet ist (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG). Kein Mitglied des für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle verantwortlichen Organs einer Bank darf deren Geschäftsleitung angehören. Die Bankenkommission kann aber in besonderen Fällen einer Bank eine an Bedingungen geknüpfte Ausnahme bewilligen (Art. 8 Abs. 2 und 3 BankV).

Eine Finanzgesellschaft beantragte im Rahmen des Gesuchs um Erteilung einer Bewilligung zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit als Bank der Bankenkommission, dem bisherigen Delegierten des Verwaltungsrates seine Doppelfunktion als Mitglied des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung der neuen Bank zu belassen. Als Gründer und Hauptaktionär der ursprünglich schweizerisch beherrschten Gesellschaft wurde er nach der Übernahme einer Mehrheitsbeteiligung durch eine ausländische Gruppe zum Minderheitsaktionär. Mit

der Weiterführung seiner Doppelfunktion sollte der Bank aber deren schweizerischer Charakter und damit ein nach aussen zu dokumentierender besonderer Grad an Unabhängigkeit von der ausländischen Muttergesellschaft erhalten werden. Die Bankenkommission lehnte das Gesuch ab mit der Begründung, mit der angestrebten Doppelfunktion könne die Gefahr eines Machtmissbrauchs nicht ausgeschlossen werden. Sie handhabt die Funktionentrennung streng und bewilligt nur zeitlich und sachlich beschränkte Ausnahmen.

5.9.2 **Mindestanforderungen an Kreditdossiers**

Die Turbulenzen der letzten Zeit, speziell die Vorfälle bei den Omni/Rey-Krediten (Ziff. 2 S. 22) und die Finanzierungen im Immobiliensektor der Spar- und Leihkasse Thun (Ziff. 3 S. 26), zeigten, dass die Kreditunterlagen den Voraussetzungen einer seriösen Dokumentation nur teilweise oder überhaupt nicht genügten. In nicht unbedeutender Zahl kam es vor, dass die Unterlagen einfach fehlten. Desgleichen mussten diese Feststellungen bei Konsortialkrediten gemacht werden. Vielfach verlassen sich Banken mit Unterbeteiligungen an solchen Krediten auf die Kreditprüfung der federführenden Bank und geben sich ihrerseits mit ungenügenden Prüfungsunterlagen zufrieden.

Die Bank geniesst als Kreditvermittlerin eine überragende Vertrauensstellung. Deshalb kommt einer dem Bankbetrieb angepassten Risikopolitik (Unternehmerrisiko) ganz besondere Bedeutung zu. Es werden ihr Publikumsgelder anvertraut, die eines Tages wieder von Gläubigern beansprucht werden. Ein Missbrauch dieses Vertrauens kann den Zusammenbruch eines Geldinstitutes bedeuten. Wo das Vertrauen fehlt, fehlen die Anleger und damit die Betriebsmittel der Bank für das Aktivgeschäft.

Die Prüfung eines Kreditbegehrens stellt für den Bankier eine der heikelsten Aufgaben dar, muss er doch möglichst weitgehend Einblick in die Verhältnisse des Kreditnehmers erhalten, um dessen Kreditfähigkeit und -würdigkeit umfassend beurteilen zu können. Dies bedeutet, dass vom Kunden Basis-Informationen verlangt werden müssen und eine aussagefähige Dokumentation erstellt werden

muss. Was für die Kreditgewährung an formellen und materiellen Unterlagen benötigt wird, gehört zum Rüstzeug eines jeden Bankiers.

Die gesetzlichen Vorschriften verlangen, dass die Bank bei Risikogeschäften Unterlagen bereitzustellen hat, die es einem fachkundigen Dritten, namentlich der bankengesetzlichen Revisionsstelle, erlauben, «sich ein zuverlässiges Urteil über das Geschäft zu bilden» (Art. 9 Abs. 3 BankV). Die Revisionsstellen sind denn auch angehalten, beim Fehlen von ausreichenden Unterlagen die betreffenden Aktiven nötigenfalls mit null zu bewerten. Die entsprechenden Unterlagen müssen desgleichen einem aussenstehenden Fachmann die Beantwortung der Frage erlauben, ob durch das Geschäft irgendwelche Regeln der Bankengesetzgebung verletzt werden. Fehlende Unterlagen verunmöglichen der Revisionsstelle einerseits, die Bestätigung der Vollständigkeit der Prüfungsunterlagen (Art. 19 Abs. 2 BankG) abzugeben. Andererseits sind fehlende Kreditakten meistens oder vielfach ein untrügliches Zeichen von Kompetenzüberschreitungen und Nichteinhaltung von Statuten und Reglementen.

Um sicherzustellen, dass die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden, die Entscheidungsgrundlagen vollständig und genau sind und die hohen Anforderungen an die Geschäftsleitung in bezug auf die Beschlussfassung und Überwachung der Kredite respektiert werden, ist eine sachgemässe innere Organisation unabdingbar. Die Bankenkommission beabsichtigt, mit einem Rundschreiben Mindestanforderungen an Form, Umfang und Inhalt der erforderlichen Unterlagen zu erlassen.

5.10 Revisionswesen

5.10.1 Kritische Haltung der Revisionsstellen

Das schweizerische Aufsichtssystem über die Banken setzt eine enge Zusammenarbeit sowie einen offenen Gedankenaustausch zwischen den Revisionsgesellschaften und der Bankenkommission voraus. Dabei ist nicht zu vermeiden, dass die Revisionsgesellschaften in einen Interessenkonflikt geraten. Einerseits müssen sie als Beauf-

tragte ihrer Klienten, der Banken, andererseits als verlängerter Arm der Aufsichtsbehörde handeln.

Der Unabhängigkeit der Revisionsstellen ist es indessen abträglich, wenn sie dem Gläubigerschutz gegenüber den Interessen der Banken oder deren Organe nicht vorbehaltlosen Vorrang einräumen. Es muss festgestellt werden, dass gewisse leitende Revisoren manchmal eine zu wenig strenge Haltung einnehmen, unschlüssig sind oder ihre Befürchtungen zurückhalten, was zu einer Verzögerung der Information führt. Dazu kommt, dass Banken eine andere Revisionsgesellschaft beauftragen, festzustellen, ob eine Verantwortlichkeitsklage gegen die ernannte Revisionsstelle eingeleitet werden könnte. Eine zunehmende Anzahl von Banken beantragt ferner einen Revisionsstellenwechsel, indem sie ungenügende Leistungen des Revisors geltend macht.

In diesem Zusammenhang droht die Gefahr, dass der Revisor nicht mehr in der Lage ist, die von der Öffentlichkeit oder der Aufsichtsbehörde an ihn gerichteten Vorwürfe wirksam zu entkräften. Wenn die Wahrnehmung der Interessen der Banken oder deren Organe wichtiger wird als der Schutz der Gläubiger, wird die Unabhängigkeit der Revisionsstellen in erster Linie in Frage gestellt.

Die wesentlichen Informationen werden in der Regel im Rahmen der Revisionsarbeiten ermittelt. Sie bilden einen integrierenden Bestandteil der Revisionsunterlagen. Durch ein zu langes Zurückbehalten dieser Informationen wird die Wahrnehmung der Aufgaben der Bankenkommission erschwert oder gar verunmöglicht.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die objektive Betrachtung der Dinge durch die Revisionsstelle und die Bankenkommission manchmal zu einem unterschiedlichen Ergebnis führt. Im Zweifelsfalle muss sich der Revisor bewusst sein, dass er die Bankenkommission nach Art. 21 BankG direkt und ohne Verzögerung zu benachrichtigen hat. Die Bankenkommission ist nicht in der Lage, ihren Auftrag gesetzeskonform zu erfüllen, wenn die Revisionsgesellschaften ihren elementaren Meldepflichten nicht nachkommen.

Die Beziehungen zwischen den drei Parteien, d.h. der Bank, der Revisionsgesellschaft sowie der Aufsichtsbehörde, gründen auf gegenseitigem Vertrauen. Das Vertrauen allein genügt indessen

nicht. Die Kontrolle ist ebenso wichtig. Nur eine ausgewogene Verbindung dieser beiden Faktoren auf einer eigenverantwortlichen Grundlage vermag eine konstruktive gegenseitige Beziehung zu begründen.

5.10.2 **Revisionsbericht: Form und Inhalt**

Der Revisionsbericht soll dem Leser einen umfassenden und vertieften Einblick in die Jahresrechnung sowie in die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Bank vermitteln. Als Folge der Komplexität der Geschäfte, der zunehmenden Innovationen und der derzeitigen Restrukturierungsphase im Bankensektor sind die Ansprüche an die Überwachung und Kontrolle in den letzten Jahren stark gestiegen. Der Revisionsbericht ist als echtes Führungsinstrument für die Bankorgane unentbehrlich. Das Berichtskonzept wurde jedoch bisher nicht an die neuesten Entwicklungen angepasst. Deshalb arbeiteten die Fachkommission Bankenrevision der Schweizerischen Treuhandkammer und die Bankenkommission ein neues Berichtsmodell aus. Nach Abschluss der Versuchsphase wird das neue Modell im Einvernehmen mit den Revisionsstellen eingeführt. Um die Abgabefristen zu verkürzen, sollte die Berichtsabfassung nach neuem Modell vereinfacht werden. Angestrebt wird ebenfalls ein kürzerer, jedoch nichtsdestoweniger klarer, kritischer und informativer Bericht. Dieser muss im weiteren die Erfordernisse der Bankorgane und der Aufsichtsbehörde erfüllen. Die Neuerungen beschränken sich im wesentlichen auf das Berichtskonzept. So bildet die Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse das Herzstück des Revisionsberichtes.

Anschliessend an die Auflistung allfälliger Beanstandungen und Vorbehalte äussert sich der Revisor in kurzen Stellungnahmen zur Gesamtsituation der Bank, zur Angemessenheit ihrer internen Reglemente, ihrer Organisation und ihres internen Kontrollsystems, zur Tätigkeit und Qualifikation der Organe, zur finanziellen Lage, zur Bilanz- und Risikostruktur sowie zu den Stärken und Schwächen der Bank. Die Stellungnahmen zu den Art. 43 bis 46 und 48 BankV erscheinen künftig in einer Übersicht, in der der Revisor die positiven oder negativen Bestätigungen zu den verschiedenen Pflichtpunkten festhält. Zusammenfassend soll der neue Revisionsbericht schneller

verfügbar sein und sein Inhalt qualitativ verbessert werden. Ergänzende Unterlagen können nach wie vor dem Revisionsbericht als Beilagen angefügt werden. Die Ergebnisse der Prüfung der Jahresrechnungen 1991 können bereits in der neuen Form dargestellt werden. Die definitive Inkraftsetzung des neuen Berichtsmodelles ist auf den 1. Januar 1993 vorgesehen, d.h. für die Prüfung der Jahresrechnung 1992.

5.10.3 Revisionsstellenwechsel

Die Bankenkommission hatte sich in letzter Zeit vermehrt mit umstrittenen Revisionsstellenwechseln zu befassen. Dabei stützte sie sich bei ihren Entscheiden auf ihre bisherige Praxis (eingehend dargestellt im Jahresbericht 1988 S. 38 ff.). Danach lässt die Bankenkommission, sofern sachliche Gründe vorliegen und die Effizienz der Prüfungshandlungen nicht beeinträchtigt wird, den Revisionsstellenwechsel auch mit Wirkung für das laufende Geschäftsjahr, d.h. also rückwirkend, zu. Sie verweigert dagegen einen Wechsel, wenn der Revisionsbericht schwerwiegende Beanstandungen und Vorbehalte enthält oder wenn im laufenden Jahr schwere Mängel in der internen Organisation aufgedeckt werden oder die Bewilligungsvoraussetzungen in Frage gestellt sind.

Im Berichtsjahr hatte die Bankenkommission das Gesuch einer Bank zu beurteilen, die sich mit ihrer Revisionsstelle überworfen hatte und unverzüglich einen Wechsel vornehmen wollte. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass die ausländische Partnerfirma der schweizerischen Revisionsstelle auch das Revisionsmandat der ausländischen Mutterbank innehabe und damit eine konzernweite Vereinheitlichung der Revision angestrebt werde. Zudem sei die Revisionsgesellschaft bereits als aktienrechtliche Kontrollstelle eingesetzt. Vor allem aber sei das Vertrauen in die Fähigkeiten der Revisionsstelle aufgrund der in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen verloren gegangen. Die Revisionsstelle habe bei der Prüfung von Krediten nicht die nötige Sorgfalt walten lassen und nicht mit dem nötigen Nachdruck auf Mängel im Kreditbereich hingewiesen. Angesichts des gestörten Vertrauensverhältnisses sei eine konstruktive Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Zudem sei die neue Revisionsgesellschaft beauftragt worden, im Rahmen einer Sonderprüfung abzuklären, ob allfällige

Verantwortlichkeitsansprüche gegen die bisherige Revisionsstelle geltend gemacht werden könnten.

Die Revisionsstelle widersetzte sich dem Wechsel und wies namentlich auf organisatorische Schwachstellen hin. Daher sei die Bank vermehrt auf eine externe Unterstützung angewiesen. Die Revisionsstelle verwahrte sich gegen den Versuch der Bank, eine bankengesetzliche Revisionsstelle auszuwechseln, welche pflichtgemäss heikle Revisionspunkte vorbringe und Beanstandungen ohne Einschränkungen formuliere.

Für die Bankenkommission galt es zu prüfen, ob die Schwere der Probleme zu diesem Zeitpunkt einen Wechsel zuliess. Zudem musste eine Desavouierung der bisherigen Revisionsstelle vermieden werden, da der Bankenkommission viel daran liegt, einer Revisionsgesellschaft, die ihre Revisionstätigkeit pflichtgemäss nach strengen Normen ausübt, den Rücken zu stärken. Schliesslich war im vorliegenden Fall der Zeitpunkt schon relativ weit fortgeschritten, um einen Wechsel für das laufende Geschäftsjahr überhaupt noch bewilligen zu können. Angesichts des gestörten Vertrauensverhältnisses und gestützt darauf, dass die neue Revisionsstelle die Bank bereits kannte und dass die bisherige Gesellschaft für das laufende Geschäftsjahr noch keine Revisionsarbeiten durchgeführt hatte, bewilligte die Bankenkommission schliesslich den beantragten Wechsel.

In einem andern, speziell gelagerten Fall ersuchte eine Bank um einen über ein Jahr rückwirkenden Revisionsstellenwechsel mit der Begründung, sie stehe aufgrund eines Vorfalls bei ihrer ausländischen Tochtergesellschaft, bei welcher die international tätige Revisionsgruppe ebenfalls als Revisorin eingesetzt war, mit dieser in einem Gerichtsverfahren. Die Gesellschaft habe schwerwiegende Verfehlungen eines Angestellten nicht aufgedeckt und sei somit ihrem gesetzlichen Auftrag nicht gerecht geworden. Die Bank machte geltend, es gehe nicht an, der Revisionsgesellschaft in dieser Situation Zugang zu den Büchern und Einblick in die Geschäftspolitik der Bank gewähren zu müssen in einem Zeitpunkt, in welchem sie die Einreichung einer Verantwortlichkeitsklage prüfe.

Die Bankenkommission bewilligt grundsätzlich keinen Revisionsstellenwechsel, wenn sich die Rückwirkung auf ein bereits abgeschlossenes Geschäftsjahr bezieht. Im vorliegenden Fall lagen aber

aussergewöhnliche Umstände vor, da zwischen den beiden Parteien ein offensichtlicher Interessenkonflikt bestand, die Abschlussrevision für das vorhergehende Geschäftsjahr noch nicht erfolgt war und die neue Revisionsgesellschaft bei der ausländischen Tochtergesellschaft als bankengesetzliche Revisionsstelle und bei der Bank in der Schweiz als obligationenrechtliche Kontrollstelle tätig war. Die Bankenkommission, welche die von der Bank angestrebte Revision ihrer gesamten Gruppe auf konsolidierter Basis als sinnvoll erachtete, stimmte dem beantragten rückwirkenden Revisionsstellenwechsel daher ausnahmsweise zu.

5.11 Kantonalbanken

5.11.1 Kompetenzaufteilung Bankenkommission/Kantone

Die verfassungsrechtliche Grundlage des Bankengesetzes, Art. 31quater der Bundesverfassung, verpflichtet den Gesetzgeber, «der besonderen Aufgabe und Stellung der Kantonalbanken Rechnung zu tragen». Dieser Verfassungsauftrag hat zur Folge, dass die Kantonalbanken zwar grundsätzlich der Aufsicht durch die Bankenkommission unterstehen, einzelne Bestimmungen des Bankengesetzes jedoch auf sie nicht anwendbar sind. Zu diesen nicht anwendbaren Bestimmungen gehört namentlich Art. 3 BankG, der die Bewilligungsvoraussetzungen zum Betrieb einer Bank formuliert (Art. 3 Abs. 4 BankG). Auch wenn aus dem Verfassungsvorbehalt nicht zwingend folgt, die Kantonalbanken von der eidgenössischen Bewilligungspflicht auszunehmen, lässt sich die gesetzliche Befreiung von dieser Pflicht in Anbetracht der Errichtung der Kantonalbanken durch kantonales öffentliches Recht im Rahmen der kantonalen Organisationshoheit rechtfertigen. Insbesondere im Bereich der bankengesetzlichen Vorgaben über die innere Organisation der Bank und der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit hat die Bankenkommission somit keine direkten Aufsichtskompetenzen gegenüber den Kantonalbanken. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Kantonalbanken gegenüber der Bankenkommission in diesen Bereichen nicht zur Auskunft verpflichtet wären. Art. 23bis Abs. 2 BankG, der eine vollum-

fängliche Auskunftspflicht der Banken gegenüber der Bankenkommission festlegt, gilt auch für Kantonalbanken.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die innere Organisation und die Organe einer Kantonalbank nicht trotzdem den Anforderungen im Sinne von Art. 3 BankG zu genügen haben und deren Einhaltung nicht zu überwachen ist. Die Kantone sind vielmehr gehalten, unabhängige Instanzen zur Überwachung ihrer Kantonalbanken vorzusehen, die auch über Kompetenzen in diesen Bereichen verfügen. Lediglich den Bankrat, vergleichbar mit dem Verwaltungsrat einer privaten Bank, als einzige kantonale Aufsichtsinstanz vorzusehen, genügt indessen nicht. Die nötige Unabhängigkeit ist dadurch nicht gewährleistet. In den meisten Kantonen sind denn auch der Regierungsrat, vertreten durch die Finanzdirektion oder das Finanzdepartement, sowie spezielle Kommissionen der Legislative mit der Aufsicht über die Kantonalbanken betraut.

Die Bankenkommission vertritt aufgrund der neuesten Erfahrung die Auffassung, dass die Kantone im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Ordnung eine ständige, unabhängige und mit den notwendigen rechtlichen Mitteln ausgestattete Oberaufsicht über die Kantonalbanken sicherstellen. Es erweist sich dabei als zweckmässig, die Organe der Kantonalbanken ausdrücklich der Pflicht zur Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit zu unterstellen.

Im Berichtsjahr wurde die Bankenkommission vom Kanton Genf eingeladen, zur Revision der kantonalen Gesetzgebung im Rahmen der Fusion der beiden Kantonsinstitute Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève und Banque Hypothécaire du Canton de Genève Stellung zu nehmen. Die Bankenkommission wies in ihrer Vernehmlassung darauf hin, dass unabhängige kantonale Aufsichtsinstanzen einzurichten sind, die auch über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, um in den Bereichen innere Organisation und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit der Organe Aufsichtsfunktionen wahrzunehmen.

Eine effiziente Aufsicht bedingt indessen, dass diese Instanzen die ihnen von der kantonalen Gesetzgebung über die Kantonalbanken eingeräumten Aufsichtskompetenzen wahrnehmen und sich nicht bloss, wie bislang teilweise verstanden und geübt, auf die Prüfung

der Jahresrechnungen und Geschäftsberichte beschränken. Unerlässlich ist dazu insbesondere auch, dass ihnen als Aufsichtsbehörden weitgehende Auskunftsrechte über die Geschäftsvorfälle in den Kantonalbanken zur Verfügung stehen. Entgegen einer offenbar verbreiteten Auffassung schliesst das Bankgeheimnis ein solches Auskunftsrecht nicht aus, sofern die kantonalen Aufsichtsbehörden ihrerseits unter der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses stehen und die Informationen zur Beaufsichtigung erforderlich sind. Damit ist gewährleistet, dass durch das Bankgeheimnis geschützte Kundendaten gegenüber Dritten geheim bleiben.

Im übrigen ist es eine bereits lang geübte Praxis der Bankenkommission, die kantonalen Aufsichtsinstanzen über negative Feststellungen in den Bereichen innere Organisation und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit zu informieren (vgl. Jahresbericht 1978 S. 25 ff., 1985 S. 30 ff., 1989 S. 47 ff.).

Die Kantonalbanken sind ferner, sofern sie über ein sachkundiges Inspektorat verfügen, worüber allerdings die Bankenkommission befindet, von der Revision durch eine externe bankengesetzliche Revisionsstelle befreit (vgl. Jahresbericht 1985 S. 32 ff.). Die Innovationen im Bankgeschäft haben die Ansprüche an die Kontrolle und Revision erhöht. Bis heute haben deshalb bereits mehr als die Hälfte der Kantonalbanken das Revisionsmandat einer externen Revisionsstelle übertragen, weitere liessen Absichten in diese Richtung verlauten. Dieser Umstand zeigt, dass die gestiegenen Anforderungen im Revisionsbereich nicht mehr durch ein Inspektorat allein wahrgenommen werden können. Zudem bedarf auch dieses einer wirksamen Überwachung. Die Bankenkommission wird deshalb verstärkt darauf hinwirken, dass das Revisionsmandat bei allen Kantonalbanken auf externe bankengesetzliche Revisionsstellen übertragen wird.

Die Schwierigkeiten einiger Kantonalbanken im Zusammenhang mit ihren Engagements gegenüber der Omni/Rey-Gruppe (vgl. Ziff. 2 S. 22) haben teilweise Lücken in der inneren Organisation, aber auch mit der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit nicht zu vereinbarende Verhaltensweisen in den betroffenen Kantonalbanken aufgedeckt. Es hat sich gezeigt, dass in diesen zum Teil komplexen Transaktionen der Kantonalbanken nicht selten das kantonale Auf-

sichtsinstrumentarium zu kurz greift und den mit der Aufsicht betrauten Instanzen die Fachkompetenz fehlt, um die Tragweite solcher Vorfälle vollständig abzuklären und zu erfassen. Die Bankenkommission erhielt deshalb einige Anfragen von kantonalen Behörden um Stellungnahmen zu den der kantonalen Hoheit unterstehenden Bereichen der inneren Organisation und einwandfreien Geschäftstätigkeit im Zusammenhang mit den Omni/Rey-Engagements der Kantonalbanken.

Da auch das Geschäftsgebaren der Kantonalbanken das Ansehen und die Funktionsfähigkeit des schweizerischen Bankensystems mitprägt, war und ist es der Bankenkommission ein Anliegen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter Beachtung von Art. 3 Abs. 4 BankG den kantonalen Aufsichtsbehörden weitgehende Unterstützung zu gewähren. Stellt die Bankenkommission fest, dass die kantonale Aufsicht über eine Kantonalbank ungeeignet ist, behält sie sich ein vermehrtes Eingreifen vor.

5.11.2. **Probleme einzelner Kantonalbanken**

Im Frühjahr 1991 verweigerte der Grosse Rat des Kantons Bern die Genehmigung der Jahresrechnung 1990 der Berner Kantonalbank und verlangte detaillierten Aufschluss über die Geschäfte der Bank mit der Omni/Rey-Gruppe. Der Grosse Rat gelangte mit dem Ersuchen an die Bankenkommission, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Die Bankenkommission stellte gestützt auf einen Bericht der externen Revisionsstelle der Bank und auf eigene Abklärungen verschiedene Unzulänglichkeiten in der Geschäftsbeziehung der Berner Kantonalbank mit der Omni/Rey-Gruppe fest. Zu beanstanden waren Kompetenzüberschreitungen, ungemeldete Klumpenrisiken, Interessenkollisionen und Vermögensdispositionen zum Nachteil der Bank. Der von der Bankenkommission dem Grossen Rat erstattete Bericht wurde veröffentlicht. Als Folge der Omni/Rey-Affäre wurde nahezu die gesamte Generaldirektion der Berner Kantonalbank neu bestellt. Gegen den bereits auf Ende 1990 ausgeschiedenen Generaldirektionspräsidenten erstattete die Bankenkommission bei der Berner Justiz Strafanzeige wegen ungetreuer Geschäftsführung. Die Strafuntersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Ebenfalls im Gefolge des Zusammenbruchs der Omni/Rey-Gruppe geriet die Solothurner Kantonalbank in Schwierigkeiten. Eine daraufhin von der Bank selber veranlasste eingehende Durchleuchtung der Bank durch eine unabhängige Revisionsgesellschaft deckte nicht nur Ungenügen in der Abwicklung des Omni/Rey-Geschäftes auf, sondern förderte zutage, dass sich die Kreditorganisation allgemein in einem schlechten Zustand befand und namentlich über eine Niederlassung risikobehaftete Kredite abgewickelt wurden, die den Wertberichtigungsbedarf der Bank weiter erhöhten. Die Bank nahm eine umfassende Reorganisation ihrer Strukturen an die Hand. Der Ausschuss des Bankrates trat per Ende Jahr zurück. Zwei Kadermitglieder aus dem Kommerzbereich wurden entlassen.

Durch eine Anzeige erhielt die Bankenkommission im April 1991 Kenntnis von den Verwicklungen der Zürcher Kantonalbank in die im Sommer 1990 versuchte Aushöhlung der Gerolag, Olten. Hauptaktivum der Gerolag ist namhaftes Grundeigentum auf dem Bahnhofareal in Olten. Einige um den damaligen Verwaltungsrat der Gerolag gruppierte Spekulanten beabsichtigten die Übernahme sämtlicher Aktien der Gerolag weit unter deren Substanzwert. Die Finanzierung dazu erhielten sie von der Zürcher Kantonalbank. Diese gewährte dazu zunächst einen Kredit gegen einen Schuldbrief auf die Liegenschaft in Olten. Diesen Vorschuss legten die Raider bei der Zürcher Kantonalbank als Festgeld an, um gegen Verpfändung desselben als Drittpfand schliesslich zugunsten der von ihnen beherrschten Cauca-Anstalt, Vaduz, einen Kredit in gleicher Höhe zu erhalten, mit dem die Cauca-Anstalt die Gerolag-Aktien zu Eigentum erwarb.

Die Bankenkommission forderte die Zürcher Kantonalbank zu einer umfassenden Stellungnahme zu diesem Geschäft auf und verlangte gleichzeitig die Orientierung der kantonalen Aufsichtsbehörden. Gegen die für das Geschäft Verantwortlichen wurden in der Folge vom Kanton eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet und Verweise ausgesprochen. Mit dem Sachverhalt beschäftigt sich auch die Bezirksanwaltschaft Zürich. Ihre Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Ebenfalls noch hängig ist die Rückabwicklung der von der Zürcher Kantonalbank finanzierten Transaktionen.

Im Falle der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank haben primär Mängel im Bereich Devisengeschäfte neben einer ebenfalls

festzustellenden Verschlechterung bestehender konventioneller Kundenpositionen zu einem erneut starken Ausstieg des Rückstellungsbedarfes geführt. Die verantwortlichen Bankbehörden haben im Einvernehmen mit der Bankenkommission die nötigen reglementarischen, organisatorischen und personellen Massnahmen veranlasst.

Die Bankenkommission befasste sich im Berichtsjahr auch mit der Walliser Kantonalbank, wobei verschiedene Schwachstellen in der Organisation sowie im Internen Kontrollsystem festgestellt wurden. So war, wegen der fehlenden Risiko-Konsolidierung von Kunden, welche eine wirtschaftliche Einheit bilden, eine Überschreitung der Risikoverteilungsgrenzen eingetreten. Weitere Unterlassungen mussten in der Kreditüberwachung und in den Beziehungen zwischen der Bank und ihren Vertretungen entdeckt werden. Diese Verletzung der gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften war Anlass für wichtige Änderungen in der Organisation der Bank. Die Überwachung wurde darüber hinaus durch die Einsetzung einer aussenstehenden Revisionsstelle verstärkt. In wirtschaftlicher Hinsicht musste die Bank bedeutende Rückstellungen bilden, um die entstandenen Risiken abzudecken.

6. Beziehungen zu Behörden und Verbänden

6.1 Behörden des Bundes

Die Bankenkommission nahm zuhanden des Eidgenössischen Finanzdepartementes Stellung zu parlamentarischen Vorstössen über die Schaffung einer «neutralen Schuldenmeldezentrale» (Evidenzzentrale), über die rechtliche Bedeutung ihrer Rundschreiben sowie über Drogen- und ausländische Parteigelder in der Schweiz.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes ersuchte die Bankenkommission im November 1991 gestützt auf Art. 13 Abs. 3 ROG-EBK kurzfristig um einen Sonderbericht über die aktuellen Probleme der Banken in der Schweiz. Die Kommission zeigte auf, dass das rasch geänderte wirtschaftliche Umfeld (hohes Zinsniveau, weitgehend zusammengebrochener Liegenschafts-

markt, sinkende Werte der Grundpfänder; vgl. Ziff. III S. 14) die Banken vor mannigfache Probleme stellt.

Auf den gewährten Hypothekarkrediten sind stark erhöhte Rückstellungen erforderlich, die Zinsmarge wird eng, neue eigene Mittel sind kaum mehr zu beschaffen, die Refinanzierung der gewährten Kredite ist schwierig und teuer, die allgemeine Unsicherheit führt zu Liquiditätsengpässen. Der von der Bankenkommission seit Jahren vorausgesehene Strukturwandel (letztmals Jahresbericht 1990 S. 12 f.) kommt nunmehr zwangsweise in raschen Gang. Unter Mithilfe der Grossbanken, der – soweit dazu in der Lage – Kantonalbanken und der Nationalbank, deren Möglichkeiten indessen sehr beschränkt scheinen, gilt es, diesen Anpassungsprozess ohne Gläubigerverluste und damit ohne Schwächung der regionalen Volkswirtschaften zu begleiten.

Am 22. Oktober 1991 führten die Verhandlungen zwischen der EG und den Mitgliedstaaten der EFTA zur Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes zu einer politischen Einigung hinsichtlich des Abschlusses eines Vertrages (EWR-Vertrag), dessen Inkrafttreten auf den 1. Januar 1993 vorgesehen ist (vgl. Jahresbericht 1990 S. 45 f. und 1989 S. 55 ff. sowie Ziff. 7.2 S. 65). Die Paraphierung und die Unterzeichnung des Vertrages sollen im Frühjahr 1992 erfolgen. Die Botschaft mit dem Ziel, die Auswirkungen des EWR-Vertrages auf das Bundesrecht aufzuzeigen, und die notwendigen Anpassungen des Bankengesetzes wurden in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement im Rahmen des Projektes Eurolex (eine Arbeitsstruktur der Bundesverwaltung für die Anpassung des Bundesrechtes an das EG-Recht) erarbeitet. Der Ablauf für Eurolex sieht die Veröffentlichung einer generellen Botschaft über die Zustimmung zum EWR-Vertrag und dreier weiterer Zusatz-Botschaften über die entsprechenden Gesetzesanpassungen vor. Die Änderungen des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen bilden Bestandteil der dritten Zusatz-Botschaft (sogenanntes 3. Paket). Der Entwurf über das Bankengesetz wird voraussichtlich im Verlaufe des Sommers veröffentlicht werden. Die Banken erhielten über die Bankiervereinigung in einem kurzen Vernehmlassungsverfahren Gelegenheit, ihre Bemerkungen zum Entwurf vorzubringen.

6.2 Vernehmlassung zum Börsengesetz

Auf Einladung des Eidgenössischen Finanzdepartementes nahm die Bankenkommission zum Expertenentwurf für ein Bundesgesetz über Börsen und Effektenhändler Stellung. Die Bankenkommission begrüsste grundsätzlich den Entwurf.

Für sie gab es gute sachliche Gründe für die Regelung von öffentlichen Übernahmeangeboten in diesem Gesetz. Um die Gesetzgebung jedoch nicht unnötig zu verzögern, befürwortete sie wie die Mehrzahl der Vernehmlasser, diese Materie in einem besonderen «Kapitalmarktgesetz» zu regeln. Dieses sollte nach Ansicht der Bankenkommission auch geänderte Vorschriften über den Primärmarkt enthalten. Unabhängig vom Ausgang der europapolitischen Diskussion in der Schweiz wäre es gerechtfertigt, die schweizerische Rechtsordnung in diesem Bereich dem europäischen Recht anzupassen. Zu überprüfen wären auch die Bestimmungen über die Gläubigergemeinschaft und -vertretung insbesondere bei Auslandanleihen.

Die Bankenkommission machte eine Reihe von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen sowie Anregungen für die Formulierung der bundesrätlichen Botschaft. Sie betrafen wichtige aufsichtsrechtliche Fragen, stellten den Entwurf aber nicht grundsätzlich in Frage. Sie bezogen sich insbesondere auf das Verhältnis zwischen Banken- und Börsengesetz, Verfahrensfragen und die Probleme der grenzüberschreitenden Tätigkeit von Börsen und Effektenfirmen.

Besonderes Gewicht wurde auf praktikable Regeln über die internationale Amtshilfe gelegt, welche effektiv sein und zugleich den nötigen Rechtsschutz bei kundenrelevanten Informationen gewährleisten müssen. Deshalb befürwortete die Bankenkommission besondere Verfahrensgarantien für kundenbezogene Nachrichten, welche durch das Bankgeheimnis besonders geschützt sind. Die Bankenkommission schloss aber eine Amtshilfe über solche Daten nicht grundsätzlich aus.

Ausländischen Marktteilnehmern sollte nach Auffassung der Bankenkommission der Zutritt zum traditionell offenen Schweizer Finanzmarkt nur in Ausnahmefällen verweigert werden, was eine etwas flexiblere Ausgestaltung der Gegenrechtsbestimmung nahelegt.

Schliesslich sollte das Börsengesetz für Effektenfirmen auch Vorschriften über die konsolidierte Überwachung von Gruppen, die Risikoverteilung und die Publizität enthalten.

Der Expertenentwurf schlägt vor, die Aufsicht über die Effektenhändler und die Börsen sowie die öffentlichen Übernahmeangebote der Bankenkommission zu übertragen. Sollte sich der Gesetzgeber diesem Vorschlag anschliessen, wird die Bankenkommission alles daran setzen, diese Aufgaben bestimmt, effizient und marktnah zu erfüllen. Sie prüft zurzeit, welche strukturellen, organisatorischen und personellen Anforderungen eine Übernahme der Börsenaufsicht verlangen würde.

Die Aufsicht über die Effektenhändler und die Börsen der Bankenkommission zu übertragen wurde im Vernehmlassungsverfahren mit überwiegender Mehrheit begrüsst.

6.3 Gesetzgebung über Finanzdienstleistungen

Am 4. Februar 1991 setzte der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes eine Expertengruppe (Prof. Hertig, Hirscowicz, Nobel) zur Berichterstattung über die Frage einer Gesetzgebung betreffend Finanzdienstleistungen ein. Die Gruppe lieferte ihren Bericht am 31. Dezember 1991 ab. Sie erachtet den Zeitpunkt für eine Legiferierung zum Phänomen der «Allfinanz» für verfrüht, zumal die Entwicklung dahin geht, die bestehenden Gesetze (Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht) auszubauen und die Koordination der Aufsichtsbehörden zu verbessern. Ein Regelungsbedarf wird aber für den Bereich der bankexternen Vermögensverwaltung festgestellt. Auch vermöchten die Abgrenzungen des Rundschreibens der Bankenkommission vom 30. September 1981 betreffend die Praxis zu Art. 1 Abs. 3 lit. b BankG (Nichtunterstellung von Vermögensverwaltern, die keinen Bankbetrieb führen) nicht mehr zu befriedigen. Die Gruppe studierte auch die ausländischen Entwicklungen, besonders der EG. Die Expertengruppe beantragt, den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel um einen Abschnitt über die Vermögensverwaltung zu erweitern, um eine rasche, einheitliche Verwirklichung der notwendigen Reformarbeiten erreichen zu können. Der Entwurf zum Börsengesetz wendet sich

nämlich nicht nur den Börsen zu, sondern auch den Effektenhändlern in einem umfassenden Sinne, so dass die zusätzliche Erweiterung angezeigt und politisch sinnvoll ist.

6.4 Nationalbank

An den beiden jährlichen Aussprachen erörterte die Bankenkommission mit dem Direktorium der Nationalbank vor allem

- die Auswirkungen des zusammengebrochenen Immobilienmarktes, insbesondere auf die Regionalbanken, sowie die Unterstützungsmöglichkeiten der Nationalbank und der Bankenkommission
- die Auswirkungen des neuen EBK-Rundschreibens «Bildung und Auflösung von stillen Reserven»
- die ersten Erfahrungen mit dem neuen gemeinsamen Rundschreiben EBK/SNB über die Kassenliquidität
- das Vorhaben des Eidgenössischen Finanzdepartementes für die Schaffung von Bundesanlagekonten
- die internationale Verschuldung.

6.5 Verbände

Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission besprachen an zwei Zusammenkünften vor allem

- die aktuellen Probleme der Regionalbanken
- die Möglichkeiten, der Aufsichtsbehörde frühzeitig wesentliche Schlüsselzahlen zu melden
- das neue EBK-Rundschreiben «Richtlinien zur Bekämpfung der Geldwäscherei» und im Zusammenhang damit die Nachfolgeregelung der Sorgfaltspflichtvereinbarung
- die Information der Banken über grundlegende Beschlüsse der Bankenkommission

- im Bereiche des Revisionswesens den Kostentarif und die Gewährleistung eines hinreichenden Revisionsaufwandes.

Mit der Fachkommission Bankenrevision der Treuhand-Kammer (Schweizerische Kammer der Bücher-, Steuer- und Treuhandexperten) wurden namentlich Bewertungs- und Verbuchungsfragen diskutiert, ferner der Vollzug des neuen EBK-Rundschreibens «Bildung und Auflösung stiller Reserven» sowie die Neugestaltung von «Form und Inhalt der Revisionsberichte».

6.6 Revisionsstellenkonferenz

Auf Einladung des Sekretariates fand am 18. November 1991 in Bern die Revisionsstellenkonferenz statt. Die Geschäftsleitungen der anerkannten Revisionsgesellschaften und -verbände sowie die Vertreter der Kantonalbanken-Inspektorate pflegten mit Vertretern des Sekretariates einen Meinungsaustausch über die Unabhängigkeit und die Meldepflichten der Revisionsstellen, über die Bewertung hypothekarisch gedeckter Kredite, über die Durchsetzung des neuen EBK-Rundschreibens «Bildung und Auflösung stiller Reserven» und über das neue Konzept «Revisionsbericht».

7. Internationale Angelegenheiten

7.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Die Bemühungen des Ausschusses, gemeinsam mit den Wertschriftenüberwachungsbehörden ein multilaterales System zur Messung und Kapitalunterlegung von Marktrisiken der Banken und der Wertschriftenhäuser im Wertschriftengeschäft zu erarbeiten, schritten voran (vgl. Ziff. 7.4 S. 66). Innerhalb des technischen Ausschusses der IOSCO (International Organization of Securities Commissions) scheinen aber Meinungsverschiedenheiten nicht nur über die aufsichtsrechtliche Behandlung der Marktrisiken zu herrschen, sondern auch über die Wünschbarkeit einer Koordination mit der Bankenaufsicht schlechthin, obgleich diese im Interesse der Wertbewerbsgleichheit klarerweise geboten ist.

Eine Erhebung über die Effizienz des Basler Eigenkapitalkonzeptes vom Juli 1988 zeigte, dass die Kapitalausstattung der international tätigen Banken weitgehend unverändert blieb. Erkennbar ist die Tendenz, Kapital vermehrt in den vom Basler Abkommen anerkannten neuartigen Formen aufzunehmen. Allerdings sind Vergleiche zwischen den einzelnen Ländern durch wesentlich verschiedene Bilanzierungsregeln beeinträchtigt. So muss das betriebliche Anlagevermögen, namentlich der Liegenschaftsbesitz, in manchen Staaten zu den Anschaffungskosten bilanziert werden, während andere eine am Verkehrswert ausgerichtete Bewertung zulassen.

Die Arbeiten zur aufsichtsrechtlichen Erfassung, d.h. Messung und Kapitalunterlegung der Marktrisiken, wurden fortgeführt. Beim Zinsrisiko auf festverzinslichen Wertschriften und allenfalls auch auf zinssatzbezogenen Derivaten wird zwischen dem emittentenbezogenen spezifischen Risiko und laufzeitabhängigen allgemeinen Risiko unterschieden. Offen bleibt vorderhand die Frage, inwieweit die einzelnen Wertschriften in einen Handelsbestand und in ein Anlagevermögen aufgeteilt werden sollen. Einigkeit herrschte darüber, dass sich die Kapitalunterlegung für das Positionsrisiko, d.h. das Wertveränderungsrisiko von Beteiligungspapieren, auf den Handelsbestand beschränken soll.

Die Engagements der internationalen Banken in Problemländern gingen durch Teilnahme an Schuldenreduktionsprogrammen und durch Verkäufe von Forderungen im Sekundärmarkt im Durchschnitt erneut zurück. Die unbefriedigenden Abschlüsse der Banken im Jahre 1990 liessen indessen kaum eine Erhöhung der Rückstellungsquote für Länderrisiken zu. Innerhalb der G-10-Länder ist die Zahl der erfassten Problemländer und die Art der mit Rückstellungen erfassten Forderungen nach wie vor sehr unterschiedlich, was unmittelbare Vergleiche ausschliesst.

Eingehend setzte sich der Ausschuss mit dem Fall der Bank of Credit and Commerce International (BCCI) auseinander (vgl. Ziff. 5.5.4 S. 40). Vorerst gilt es, alle sich daraus ergebenden Probleme zu erkennen, um das Basler Konkordat in der grenzüberschreitenden Aufsichtstätigkeit noch besser durchsetzen zu können.

Der Ausschuss führte seine Diskussionen über eine Grundsatzabklärung für die Überwachung von Finanzkonglomeraten weiter

(vgl. Jahresbericht 1990 S. 44). Diese soll als Basis für die umfassende Zusammenarbeit in der Aufsicht über verschiedenartige Finanzaktivitäten eines Konzerns in mehreren Ländern dienen. Das Bundesgerichtsurteil in Sachen Schweizerische Kreditanstalt/CS-Holding erfuhr dabei eine grosse Beachtung. Zustimmung fand der Grundsatz, dass der Anspruch auf eine konsolidierte Gesamtüberwachung abnimmt, wenn ein Konglomerat diversifiziert ist, d.h. die Finanzaktivitäten in seiner Gesamstruktur wenig Gewicht haben. Angestrebt wird eine Überwachung von der Spitze aus, wofür indessen die rechtlichen Grundlagen nicht immer gegeben sind. Vermieden werden soll die doppelte Haftung des gleichen Eigenkapitals. Die Konglomerate sollen transparent organisiert, die massgeblichen Aktionäre offen bekanntgegeben werden.

7.2 Europäische Gemeinschaft

Mit dem Abschluss des EWR-Vertrages sind insgesamt acht zum «Acquis Communautaire» im Banksektor gehörende Richtlinien in das schweizerische Recht umzusetzen, was im Rahmen des Projektes Eurolex geschieht (vgl. Ziff. 6.1 S. 59). In den EWR-Vertrag wurden sämtliche EG-Banken-Richtlinien übernommen, welche am 31. Juli 1991 in Kraft waren. Zurzeit in der EG noch hängige Rechtsakte, wie namentlich in den Bereichen konsolidierte Beaufsichtigung, Grosskredite und Einlagesicherungssysteme, sind nachträglich aufgrund eines besonderen, im EWR-Vertrag geregelten Verfahrens in das Abkommen einzubeziehen. Da das einschlägige EG-Recht weitestgehend auf den Arbeiten des Basler Ausschusses aufbaut, in welchem die Schweiz aktiv und intensiv mitarbeitet, besteht im Bankenaufsichtsrecht kein erheblicher Anpassungsbedarf.

Die Grundzüge der sieben Richtlinien, welche das eigentliche EG-Bankenaufsichtsrecht betreffen, wurden bereits in früheren Jahren dargestellt (vgl. Jahresbericht 1989 S. 55 ff., 1990 S. 45 ff.). Abgesehen von der Einführung des Grundsatzes der Einheitslizenz und der Heimatlandkontrolle für Zweigniederlassungen von Banken aus dem EWR besteht der grösste Änderungsbedarf bei der Verankerung der grenzüberschreitenden Amtshilfe sowie der Anpassung unserer Rechnungslegungsvorschriften, wofür der Schweiz allerdings eine Übergangsfrist bis zum 1. Januar 1996 eingeräumt wurde. Zu über-

nehmen ist ebenfalls die «Richtlinie des Rates vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche». Diese verpflichtet die Kredit- und Finanzinstitute und ihre leitenden Angestellten namentlich zur Meldung verdächtiger Transaktionen, was grundsätzliche Rechtsfragen aufwirft. Daher ist zurzeit noch nicht geklärt, ob diese Meldepflicht im Strafgesetzbuch oder in einem verwaltungsrechtlichen Erlass zu verankern sein wird.

7.3 Dreiländertreffen

An der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Aufsichtsbehörden Deutschlands, Österreichs und der Schweiz pflegten die Teilnehmer am 18. und 19. August 1991 in Dresden einen wertvollen Erfahrungsaustausch insbesondere über Rechtsetzungsvorhaben sowie über den Stand und die nationale Umsetzung der EG-Richtlinien im Bankenbereich.

7.4 International Organization of Securities Commissions

Auf dem Weg zur internationalen Harmonisierung der Eigenmittelanforderungen und -definitionen von Bankenaufsicht und Börsenaufsicht (vgl. Jahresbericht 1990 S. 46 f.) wurden gewisse Fortschritte erzielt. Das dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (vgl. Ziff. 7.1 S. 63) vergleichbare Technical Committee der International Organization of Securities Commissions (IOSCO), der internationalen Organisation der Börsenaufsichtsbehörden, hat im September 1991 seine Haltung in einem Memorandum festgelegt und veröffentlicht. Dieses Memorandum dient als Diskussionsgrundlage für die mit den Bankenaufsehern angestrebte Harmonisierung der Mindestanforderungen für die Eigenmittelunterlegung der Marktrisiken auf Beteiligungspapieren und auf verzinslichen Wertpapieren sowie der Obergrenzen und Bedingungen für die Anrechnung nachrangiger Schulden als Eigenmittelbestandteile. Die gegenseitige Mitwirkung von Vertretern beider Seiten in den jeweiligen Arbeitsgruppen des Basler Ausschusses und der IOSCO führte zu einer Annäherung der Standpunkte. Die Teilnahme eines Vertreters der Bankenkommission in der für die Regulierung der Marktteilnehmer zuständigen Arbeitsgruppe Nr. 3 der IOSCO dient vor allem diesem Zweck. Sie vermittelt aber auch

wertvolle Kenntnisse für die Überwachung des Wertschriftengeschäfts von Universalbanken sowie spezialisierten Effektenhändlern.

Auf Wunsch der Bankenaufseher widmet sich die Arbeitsgruppe Nr. 3 nunmehr auch dem Problem der Überwachung von Finanzkonglomeraten, also schwergewichtig im Finanzbereich tätigen Unternehmensgruppen aus rechtlich selbständigen Gesellschaften, die zum Teil weder der Bankenaufsicht noch der Börsenaufsicht unterstehen. Die Börsenaufsichtsbehörden aus Ländern mit rechtlichem oder faktischem Trennbankensystem begegnen dem vom Basler Ausschuss seit Ende der siebziger Jahre weiterentwickelten Konzept der konsolidierten Aufsicht über Bankkonzerne immer noch zurückhaltend. Weitgehende Einigkeit besteht jedoch darüber, dass bewilligte Banken oder Effektenhändler nicht mehr getrennt von den übrigen Gruppenmitgliedern, insbesondere auch unregulierten Holding- oder Schwestergesellschaften, überwacht werden können.

7.5 Financial Action Task Force on Money Laundering

Der ursprünglich von den Staatschefs der Länder der 7er-Gruppe 1989 eingesetzten Expertenkommission zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor, Financial Action Task Force on Money Laundering (im folgenden FATF; vgl. Jahresbericht 1990 S. 24 f.), gehören nunmehr sämtliche 24 Mitgliedländer der OECD sowie Hongkong und Singapur an. Die FATF sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Vollzug ihrer 1990 erlassenen 40 Empfehlungen (vgl. EBK-Bulletin 20 S. 33 ff.) in den Mitgliedländern zu überprüfen. Zu diesem Zwecke hat jedes Land alljährlich über den Stand des Vollzugs zu berichten. Da es sich hierbei jedoch um eine blosse Selbsteinschätzung handelt, muss sich jedes Land überdies nach Ablauf von drei Jahren seit seiner Annahme der Empfehlungen einer Kontrolle durch eine Expertengruppe aus anderen Mitgliedländern unterziehen. Deren Bericht wird nach Anhörung des geprüften Landes von der FATF genehmigt und das Ergebnis in summarischer Form veröffentlicht. In der ersten Hälfte des Jahres 1992 werden vier Länder geprüft, welche sich freiwillig zur Verfügung gestellt haben. Die Schweiz befindet sich nicht darunter, weil sie im August 1991 bereits den jährlich wechselnden Vorsitz der FATF übernommen hat. Die Aussicht auf eine kritische Würdigung der eigenen Anstrengungen wird die einzel-

nen Mitgliedländer dazu anspornen, die völkerrechtlich nicht verbindlichen FATF-Empfehlungen möglichst weitgehend umzusetzen. Die Geldwäscherei-Richtlinien der Bankenkommission vom 18. Dezember 1991 (vgl. Ziff. 5.4 S. 33) leisten hierzu einen wertvollen Beitrag. Ebenso stellt die Bankenkommission dem Eidgenössischen Finanzdepartement den Leiter der schweizerischen Delegation in der FATF sowie Experten für die Länderexamen zur Verfügung.

Neben der Kontrolle der eigenen Mitglieder bemüht sich die FATF um eine möglichst weltweite Annahme und Umsetzung ihrer Empfehlungen in regionalen Konferenzen sowie bilateralen Kontakten zwischen einzelnen Mitgliedern und diesen nahestehenden Ländern beziehungsweise Finanzplätzen. In diesem Sinne betreut die Schweiz im Auftrag der FATF die Beziehungen zum Fürstentum Liechtenstein.

7.6 Internationale Amtshilfe

Anders als für die Rechtshilfe in Straf- oder Zivilsachen bestehen für die Amtshilfe in Verwaltungssachen nur sehr vereinzelte gesetzliche oder staatsvertragliche Regelungen, zum Beispiel in Doppelbesteuerungsabkommen. Solche Rechtsgrundlagen fehlen zurzeit auch im Bereich der Bankenaufsicht. Im Rahmen des Basler Ausschusses (vgl. Ziff. 7.1 S. 63) wurden verschiedene Grundsätze über die Zusammenarbeit zwischen Bankaufsichtsbehörden unter sich und mit Finanzmarktaufsichtsbehörden bei der Überwachung international tätiger Banken und Wertschriftenhäuser erarbeitet. Zu erwähnen ist das sogenannte Basler Konkordat über die «Grundsätze für die Beaufsichtigung der ausländischen Niederlassungen von Banken» von 1983 und 1990 (vgl. Jahresbericht 1990 S. 43 f.) und ein Grundlagenpapier vom April 1990 über den «Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden der Teilnehmer an den Finanzmärkten». Diese Grundlagen sind jedoch keine Staatsverträge und rechtlich nicht bindend.

Die Bankenkommission hat seit Jahren mannigfaltige Kontakte mit ausländischen Aufsichtsbehörden. Sie gibt jedoch vertrauliche Unterlagen über einzelne Banken grundsätzlich nur mit deren Einverständnis an ausländische Aufsichtsbehörden weiter. Angaben über einzelne Bankkunden überhaupt nicht. Periodische Routinemeldun-

gen über Bilanzzahlen und Eigenmittel erfolgen auf Wunsch und im Einverständnis der betroffenen Schweizer Banken bisher nur gegenüber dem amerikanischen Federal Reserve Board.

Neben informellen Aussprachen beschränkt sich die Hilfe der Bankenkommission zurzeit darauf, zu bestätigen, dass eine bestimmte Bank durch sie auf konsolidierter Basis überwacht werde und die entsprechende Bank in der Schweiz die gesetzlichen Anforderungen erfülle. Vor der Erteilung einer Bankbewilligung an eine Tochtergesellschaft erkundigt sich die Bankenkommission umgekehrt bei der Aufsichtsbehörde der Mutterbank, ob sie Einwendungen gegen die Errichtung hat und die geplante Bank in ihre konsolidierte Überwachung einbezieht. Analoges gilt bei der Etablierung von rechtlich unselbständigen Zweigniederlassungen ausländischer Banken in der Schweiz. Entzieht die Bankenkommission einer Bank, welche Teil eines internationalen Bankkonzerns ist, die Geschäftsbewilligung oder besteht sonst eine akute Gefahr für die Gläubiger, unterrichtet die Bankenkommission unverzüglich die ausländischen Aufsichtsbehörden ohne vorheriges Einverständnis der betreffenden Bank. Eine intensivere Zusammenarbeit besteht bei Gesellschaften, welche im Verdacht stehen, unbewilligte Bankgeschäfte zu tätigen. Vielfach besteht zudem der Verdacht auf gemeinrechtliche Delikte. Solche Gesellschaften versuchen nicht selten, sich durch eine geschickte internationale Aufteilung ihrer Aktivitäten jeder Aufsicht zu entziehen (vgl. EBK-Bulletin 17 S. 11).

Im Rahmen der Vorbereitungen für die Umsetzung eines allfälligen EWR-Vertrages mit der europäischen Gemeinschaft (vgl. Ziff. 6.1 S. 58) ist die Bankenkommission federführend für die Ausarbeitung einer Amtshilfenorm im Bankengesetz. Entsprechende Vorarbeiten gibt es auch im Rahmen der Bemühungen um ein eidgenössisches Börsengesetz (vgl. Ziff. 6.1 S. 58) und der Totalrevision des Anlagefondsgesetzes (vgl. Ziff. 1 S. 11). Die Normen werden sinnvollerweise gleich lauten müssen, wobei der Verankerung des sogenannten Spezialitätsprinzips, welches einen Missbrauch geschützter Daten für aufsichtsfremde Zwecke verbietet, höchste Bedeutung zukommt.

Das gegenwärtige Fehlen von ausdrücklichen gesetzlichen Grundlagen bedeutet jedoch nicht, dass heute jede Art von Zusammenarbeit der Bankenkommission mit ausländischen Aufsichtsbehör-

den ungesetzlich wäre. Im Zusammenhang mit einer vermuteten unbewilligten Banktätigkeit hatte das Bundesgericht diese Frage zu beurteilen. Ein Mitarbeiter der Bankenkommission führte ein Gespräch mit einem ausländischen Mitarbeiter einer ausländischen Börsenfirma, welche enge Verbindungen zu einer schweizerischen Gesellschaft besass. Die Bankenkommission prüfte, ob diese Schweizer Gesellschaft aufgrund ihrer Tätigkeit dem Bankengesetz unterstand. Sie sandte eine Aktennotiz über das Gespräch, in welchem dieser Mitarbeiter schwere Anschuldigungen erhob, der ausländischen Bankaufsichtsbehörde. In seinem Urteil vom 11. November 1991 bestätigte das Bundesgericht die Rechtmässigkeit dieses Vorgehens, ohne sich jedoch generell zur Amtshilfe zu äussern.

8. Behandelte Geschäfte (Statistik)

8.1 Sitzungen

Die Bankenkommission behandelte in 12 zum Teil zweitägigen Sitzungen 228 (im Vorjahr 239) Geschäfte.

8.2 Verfügungen

Im Berichtsjahr erliess die Bankenkommission 86 (80) Verfügungen. Diese betrafen folgende Sachgebiete:

• Bewilligungen (Art. 3, 3bis und 3ter BankG)	28	(45)
• Unterstellung von bankähnlichen Finanzgesellschaften (Art. 7 und 8 BankG)	–	(3)
• Anerkennung von Revisionsstellen (Art. 20 BankG)	2	(–)
• Wechsel von Revisionsstellen (Art. 39 Abs. 2 BankV)	31	(11)
• Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung	2	(2)
• Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit, innere Organisation	6	(2)
• Strafanzeigen	2	(5)

- Bewilligungsentzüge 1 (1)
- Verschiedenes 14 (11)

Wie in den Vorjahren wurden einige Verfügungen der Bankenkommission durch Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht angefochten. Unter Berücksichtigung der Anlagefondsaufsicht ergab sich folgendes Bild:

Ende 1990 hängige Beschwerden	6
1991 neu eingereichte Beschwerden	6
1991 entschiedene Beschwerden	4
1991 zurückgezogene Beschwerden	3
Ende 1991 hängige Beschwerden	5

8.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen

Im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und der gefestigten Praxis der Bankenkommission versucht ihr Sekretariat, Einzelfälle zunächst mit sogenannten Empfehlungen nach Art. 5 ROG-EBK zu bereinigen. In solchen Empfehlungen wird der Bank ein bestimmtes Verhalten innert nützlicher Frist vorgeschlagen. Gleichzeitig wird sie aufgefordert, sich innert einer bestimmten Frist zu äussern, ob sie die Empfehlung annimmt. Lehnt die Bank ab, so unterbreitet das Sekretariat das Geschäft der Bankenkommission zur Entscheidung.

Im Berichtsjahr wurden 83 (69) Empfehlungen erlassen. Sie wurden alle von den Banken angenommen. Die Empfehlungen des Sekretariates erstreckten sich auf folgende Sachbereiche:

- Eigene Mittel 1 (1)
- Risikoverteilung 11 (5)
- Jahresrechnung 69 (63)
- Organisation 2 (–)

Die Zahl der vom Sekretariat bearbeiteten Risikoverteilungsmeldungen nach Art. 21 BankV ist mit 201 gegenüber 215 im Jahre 1990 zurückgegangen.

9. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften

9.1 Bestand Ende 1991

• Banken	493	(511)
– ausländisch beherrscht	131	(128)
– Zweigniederlassungen ausländischer Banken	25	(27)
• Raiffeisenkassen	1185	(1200)
• Verband waadtländischer Darlehenskassen	13	(13)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (voll unterstellt)	4	(4)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)	112	(128)
• Vertreter ausländischer Banken	78	(76)
• ausländische Banken, die für die Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz werben	22	(23)
• anerkannte Revisionsstellen	19	(21)

9.2 Erteilte Bewilligungen

Nach schweizerischem Recht organisierte Banken

- Banque Kankaku (Suisse) SA, Genève; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Banque Piguet & Cie SA, Yverdon-les-Bains; Übernahme der Firma Piguet & Cie, Yverdon-les-Bains
- Banque Unigestion, Genève; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Darier, Hentsch & Cie, Genève; Übernahme der Firmen Darier & Cie, Genève, sowie Hentsch & Cie, Genève
- FTI – Banque Fiduciary Trust, Genève; Umwandlung einer bestehenden Firma in eine Bank

- Mitsui Trust Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- New Japan Bank (Schweiz), Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Okasan Bank (Schweiz), Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Sumitomo Trust and Banking (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Yasuda Trust and Banking (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank

Zweigniederlassungen und Agenturen ausländischer Banken

- Banque Internationale de Commerce, Paris; Zweigniederlassung in Genf

Vertretungen

- Banca Popolare di Sondrio, Sondrio; Vertretung in Lugano
- Banco Bilbao Vizcaya SA, Bilbao; Vertretung in Genf
- Banco de Comércio e Industria SA, Porto; Vertretung in Genf
- S.G. Warburg & Co. Ltd., London; Vertretung in Genf

Entgegennahme fremder Gelder durch ausländische Banken bei einer Zahlstelle in der Schweiz

- Banco de Comércio e Industria SA, Porto

Revisionsgesellschaften

- ATAG Ernst & Young AG, Zürich; Umstrukturierung der Gruppe
- REBA REVISION Revisionsgesellschaft Schweizer Regionalbanken, Zürich; Übernahme der bisher von den beiden Revisionsver-

bänden der Regionalbanken ausgeübten Tätigkeit als bankengesetzliche Revisionsstelle

9.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der Banktätigkeit

- AKO Bank, Zürich; Fusion mit Banque ORCA SA, Genève
- Amro Bank und Finanz, Zürich; Fusion mit ANB Amro Bank (Schweiz), Zürich
- Amtsersparniskasse Aarberg, Aarberg; Fusion mit der Ersparniskasse Biel, Biel, zur Seeland Bank SB, Biel
- Assets Development Bank SA, Genève; Fusion mit Banque DUMENIL-LEBLE (Suisse) SA, Genève
- Banca Privata Edmond de Rothschild SA Lugano, Lugano; Fusion mit Banca Privata Solari & Blum SA (Groupe Benjamin et Edmond de Rothschild), Lugano
- Bank in Buchs, Buchs; Übernahme durch die Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
- Bank in Burgdorf, Burgdorf; Übernahme durch den Schweizerischen Bankverein, Basel
- Banque et Caisse d'Epargne du Pays-d'Enhaut, Château-d'Oex, Fusion mit Banque Vaudoise de Crédit, Lausanne
- Banque Hauslage, Wacker & Cie, Genève
- Banque Morgan Grenfell en Suisse SA, Genève; Fusion mit Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève
- Banque Worms & Cie (Suisse) SA, Genève; Fusion mt Privat Kredit Bank, Zürich
- Darier & Cie, Genève; Übernahme durch Darier, Hentsch & Cie, Genève
- Ersparniskasse Nidau, Nidau; Fusion mit der Ersparniskasse Biel, Biel, zur Seeland Bank SB, Biel

- Genossenschaft Arwida für Bauen und Wohnen, Winterthur (vormals Sparkasse Wülflingen-Winterthur, Winterthur)
- Hans Kunz, Diskontgeschäft, Grosswangen
- Hentsch & Cie, Genève; Übernahme durch Darier, Hentsch & Cie, Genève
- Hypothekarkasse des Kantons Bern, Bern; Fusion mit der Kantonalbank von Bern, Bern, zur Berner Kantonalbank, Bern
- Piguet & Cie, Yverdon-les-Bains; Übernahme durch Banque Piguet & Cie SA, Yverdon-les-Bains
- Rothschild Börsenhandel AG, Zürich; Übernahme durch die Rothschild Bank
- Schweizerische Depositen- und Kreditbank, Basel; Übernahme durch den Schweizerischen Bankverein, Basel
- Sparkasse Küssnacht AG, Küssnacht; Übernahme durch den Schweizerischen Bankverein, Basel
- Spar- und Leihkasse Biel-Madretsch, Biel; Fusion mit der Ersparniskasse Biel, Biel, zur Seeland Bank SB, Biel
- Spar- und Leihkasse des Amtsbezirkes Büren, Büren a.A.; Fusion mit der Ersparniskasse Biel, Biel, zur Seeland Bank SB, Biel
- Spar- und Leihkasse Erlach, Erlach; Fusion mit der Ersparniskasse Biel, Biel, zur Seeland Bank SB, Biel
- Spar- und Leihkasse Lyss, Lyss; Fusion mit der Ersparniskasse Biel, Biel, zur Seeland Bank SB, Biel
- Spar- und Leihkasse Thun, Thun; Bewilligungsentzug

Aufgabe der Tätigkeit als Zweigniederlassung oder Agentur einer ausländischen Bank

- ANZ Grindlays Bank p.l.c., Zweigniederlassung in Zürich
- Manufacturers Hanover Trust Company, New York; Zweigniederlassung in Zürich

- SEB Investment Management Skandinaviska Enskilda SA; Zweigniederlassung in Meyrin

Aufgabe der Vertretertätigkeit

- Bulgarische Aussenhandelsbank, Sofia
- Finansbank Ltd., Johannesburg

Aufgabe der Entgegennahme fremder Gelder durch ausländische Banken bei einer Zahlstelle in der Schweiz

- Bell Savings Bank PaSA, Philadelphia, Pennsylvania, USA
- Privredna Banka Sarajevo, Sarajevo

Aufgabe der Tätigkeit als bankähnliche Finanzgesellschaft

- BHB-Finanzierungs-AG, Basel
- Bilbao Vizcaya Finanz AG, Zürich
- Continental Elektrizitäts-Union AG, Basel
- Drexel Burnham Lambert Finanz AG, Zürich
- INDELEC Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie, Basel
- Intergef SA, Zürich
- Kankaku (Suisse) SA, Genève
- Mitsui Trust Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- New Japan Securities (Schweiz) AG, Zürich
- Okasan (Schweiz) Finanz AG, Zürich
- Saitama Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- SBP Finance SA, Genève
- Sumitomo Trust Finance (Schweiz) AG, Zürich

- Unigestion SA, Genève
- WPZ Genève SA, Genève
- Yasuda Trust Finanz (Schweiz) AG, Zürich

Aufgabe der Tätigkeit als bankengesetzliche Revisionsstelle

- ATAG Bankenprüfung, Basel
- Ernst & Young AG, Zürich
- Revisionsstelle Berner Regionalbanken, Ostermundigen
- Revisionsverband Schweizer Regionalbanken, Zürich

V. Aufsicht über die Anlagefonds

1. Revision des Anlagefondsgesetzes

Am 22. Juni 1990 setzte der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes eine sechsköpfige Expertenkommission zur Revision des 25jährigen Anlagefondsgesetzes ein. Die Kommission unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Forstmoser, Zürich, wurde beauftragt, bis am 31. Dezember 1991 einen Revisionsentwurf mit Erläuterungen auszuarbeiten. Dabei soll nach Meinung des Eidgenössischen Finanzdepartementes die Revision umfassend sein, d.h. sich nicht auf einzelne Bereiche beschränken, sondern das ganze bestehende Gesetz sowie die zurzeit bekannten Revisionsvorschläge und -wünsche vollständig einbeziehen. Die Expertenkommission hat ihre Vorschläge abgeliefert. Es ist geplant, die Vernehmlassung für den Revisionsentwurf im Verlaufe des Frühjahrs 1992 zu eröffnen.

Die Bankenkommission hatte bereits vor einigen Jahren auf die Revisionsbedürftigkeit des Anlagefondsgesetzes hingewiesen (vgl. Jahresbericht 1990 S. 53 f.). Sie begrüsst und unterstützt daher die Bestrebungen des Eidgenössischen Finanzdepartementes, die schweizerische Anlagefondsgesetzgebung nicht allein dem EG-Recht anzupassen, sondern von Grund auf zu überarbeiten und zu liberalisieren. Ein modernes Anlagefondsgesetz verbunden mit entsprechenden steuerlichen Entlastungen (Emissionsabgabe und Stempelsteuer) dürfte die Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Finanzplatzes verbessern und damit die laufende Abwanderung des Fondsgeschäftes ins Ausland bremsen.

2. Praxis der Aufsichtsbehörde

2.1 Immobilienanlagefonds

2.1.1 Kommissionen an nahestehende Immobiliengesellschaften

Im Berichtsjahr fragte eine Fondsleitung die Bankenkommission an, ob es gestattet sei, eine im Immobiliengeschäft tätige, ihr nahestehende Gesellschaft bei der Suche nach Käufern für Fondsliegenschaften einzuschalten und ihr branchenübliche Kommissionen zu zahlen. Die Tochtergesellschaft sei mit den Fondsliegenschaften bestens vertraut und arbeite zudem günstiger als unabhängige

Immobilienfirmen, da sie einerseits niedrigere Kommissionssätze berechne und die Fondsleitung andererseits auf die ihr nach Reglement beim Verkauf von Liegenschaften zustehende Entschädigung verzichte. Die Bankenkommission prüfte diese Frage unter dem Gesichtspunkt der Treuepflicht (Art. 14 Abs. 1 AFG). Die Fondsleitung ist aufgrund dieser Gesetzesbestimmung verpflichtet, mögliche Interessenkollisionen jeder Art zu vermeiden. Der Fondsleitung bzw. dieser nahestehenden Gesellschaften ist jedoch nicht schlechthin jede Tätigkeit für ihre Immobilienfonds verboten. Zwar darf eine Fondsleitung richtigerweise nicht selber Bauten für Rechnung des Fonds erstellen (Art. 35 Abs. 1 AFG). Es ist aber der Fondsleitung oder einer dieser nahestehenden Person gestattet, für Rechnung des Anlagefonds von Anfang an bei der Planung und Überwachung der Bauten mitzuwirken. Auch andere Tätigkeiten nahestehender Personen und Gesellschaften sind nur dann absolut verboten, falls damit die potentielle Gefahr einer Übervorteilung des Anlegers verbunden ist. Eine solche Gefahr ist gemäss Praxis der Bankenkommission dann auszuschliessen, wenn die entsprechende Leistung aufgrund eines der Öffentlichkeit zugänglichen, festgelegten Verbandstarifes entschädigt wird, der den Ermessensspielraum dermassen einengt, dass die Gefahr einer Übervorteilung der Anleger gebannt ist (vgl. Jahresbericht 1980 S. 41).

Gestützt darauf stellte die Bankenkommission fest, der fraglichen Fondsleitung sei die Leistung von Kaufs- und Verkaufskommissionen an nahestehende Gesellschaften gestattet, sofern diese Kommissionen ausschliesslich nach dem Tarif des Schweizerischen Verbandes der Immobilientreuhänder berechnet werden, 90% des Höchstsatzes dieses Tarifs nicht übersteigen und die Fondsleitung ihrerseits auf die ihr gemäss Fondsreglement zustehende Entschädigung für die Mühewaltung bei Bau, Kauf und Verkauf von Liegenschaften verzichtet. Schliesslich wurde die Fondsleitung verpflichtet, sämtliche entsprechenden Honorarrechnungen den unabhängigen Schätzungsexperten sowie der Revisionsstelle zur Prüfung vorzulegen.

2.1.2 **Verkehrswertschätzung von Immobilien**

Die richtige Ermittlung des Verkehrswertes der Fondsaktiven ist von grösster Bedeutung. Von ihr hängt der Inventarwert des Anteil-

scheines ab, welcher seinerseits den Ausgabe- und Rücknahmepreis bestimmt. Die Unterbewertung des Fondsvermögens führt unausweichlich zu einem zu niedrigen Rücknahmepreis der Anteilscheine, wodurch die Anleger, welche das ihnen zustehende Widerrufsrecht (Art. 21 AFG) ausüben und gegen Rückgabe des Anteilscheines dessen Auszahlung in bar verlangen, geschädigt werden können. Die Ausgabe neuer Anteilscheine aufgrund eines zu tiefen Verkehrswertes führt dazu, dass sich neue Anleger zum Nachteil der bereits am Fonds beteiligten Personen zu billig in die Substanz einkaufen können. Das Gegenteil ist der Fall, wenn der Verkehrswert der Immobilien zu hoch veranschlagt wird. Dementsprechend gross ist die Bedeutung einer richtigen Verkehrswertschätzung, namentlich bei überhitzten Marktverhältnissen. Der Verkehrswert einer Sache oder eines Rechts entspricht dem Preis, der bei sorgfältigem Verkauf der Sache oder des Rechts im Zeitpunkt der Schätzung wahrscheinlich erzielt würde (Art. 4 Abs. 3 AFV). Anders als bei Wertschriftenfonds, deren Verkehrswert jederzeit leicht aufgrund der Börsenkurse oder aufgrund der an einem sonstigen organisierten Markt mit regelmässiger Kurspublikation getätigten Abschlüsse festgestellt werden kann, obliegt die Wertermittlung eines Immobilienfonds dessen Fondsleitung. Diese hat zwar laut Gesetz einen oder mehrere Schätzungsexperten beizuziehen, ist aber berechtigt, die Schätzungen der Experten entweder zu übernehmen oder aber sich darüber hinwegzusetzen, was allerdings in einem Bericht zuhanden der Revisionsstelle begründet werden muss.

Der vorstehend erwähnte Stellenwert der gesetzeskonformen Verkehrswertschätzung sowie das Vertrauen der Anleger in die Immobilienfonds erheischen, dass jeder Anteilscheininhaber aus einem Fonds ausscheiden kann, ohne dabei einen Schaden in Kauf nehmen zu müssen. Seit vielen Jahren gibt die Frage der Verkehrswertschätzung der Immobilienfonds zu Diskussionen Anlass (vgl. Jahresbericht 1986 S. 44 und 1988 S. 59). Im Berichtsjahr erhielt die Bankenkommission Kenntnis von massiven Rücknahmebegehren an die Adresse mehrerer Fondsleitungen. Diese beruhen auf der Baisse am Immobilienmarkt, welche ihrerseits auf die dringlichen Bundesbeschlüsse gegen die Bodenspekulation und die hohen Zinssätze zurückzuführen ist, welche die Anleger dazu veranlassen, in andere, besser rentierende Anlagen zu wechseln. Auch befasste sie sich mit

Fällen, wo Anlass zur Vermutung bestand, die Verkehrswerte seien zu tief geschätzt worden. Als wichtigste Indizien für eine Unterbewertung können betrachtet werden: im Vergleich zu anderen Fonds viel höhere Kapitalisierungssätze; überhöhte Brandversicherungswerte, welche das übliche Mass übersteigen; Substanzwerte, welche beträchtlich höher sind als der Verkehrswert; Steuerwerte, die über dem Verkehrswert liegen. Daher beschloss die Bankenkommission, in einem extremen Fall die Verkehrswerte gewisser, zu einem Immobilienfonds gehörender Liegenschaften durch zwei neutrale, von ihr ernannte Experten überprüfen zu lassen. Diese werden ihre Berichte im Frühling 1992 abliefern.

2.1.3 **Europrogramme**

Im Berichtsjahr wurde die Liquidation des Anlagefonds Europrogramme International Serie 1969 fortgeführt (vgl. Jahresberichte 1990 S. 54 und 1989 S. 69 f.). Die SASEA-Holding hat die dritte Abschlagszahlung für den Ankauf der Fonds-Immobilien in der Höhe von 20% des gesamten Kaufpreises Anfang 1992 zu leisten. Alsdann werden 80% des Kaufpreises bezahlt sein. Die letzte Teilzahlung wird Ende 1992 fällig. Über die Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen die Bankenkommission, welche der IFI-Interfininvest SA die Bewilligung entzogen und die Fiducia Bankenrevision AG als Sachwalter eingesetzt hatte, wurde vom Bundesgericht noch nicht entschieden.

Ferner leistete der Liquidator des Anlagefonds Europrogramme International inzwischen die vierte Abschlagszahlung aus dem Liquidationserlös dieses Fonds.

2.2 Wertschriftenanlagefonds

2.2.1 **Warrant-Fonds**

Optionsscheine (sogennante «Warrants») sind seit vielen Jahren ein Bestandteil vieler Portefeuilles von Anlagefonds. Angesichts ihrer

Volatilität, welche derjenigen von Traded Options gleicht, übersteigt der Anteil von solchen Anlagen am Fondsvermögen einige wenige Prozente bis anhin nur selten. Im Berichtsjahr wurde der Bankenkommission jedoch erstmals die Frage unterbreitet, ob ein – schweizerischer oder ausländischer – Anlagefonds auch mehrheitlich oder sogar ausschliesslich Anlagen in solchen Papieren tätigen dürfe. Nach gründlicher Prüfung der Rechtslage gelangte die Bankenkommission zum Schluss, dass die Wertpapierqualität der Warrants im Sinne von Art. 6 Abs. 1 AFG deren Anlage ohne prozentuale Beschränkung gestattet, sofern die entsprechenden Papiere entweder an einer Börse kotiert sind oder an einem organisierten Markt unter regelmässiger Kurspublikation gehandelt werden. Zudem ist die jeweilige Fondsleitung bzw. Vertreterbank verpflichtet, im Verkaufsprospekt und in allfälligen sonstigen, für den Vertrieb bestimmten Publikationen ausdrücklich auf die erhöhten Risiken von Warrants-Anlagen hinzuweisen.

2.2.2 **Übertragung von Schweizer Anlagefonds nach Luxemburg**

Im Berichtsjahr genehmigte die Bankenkommission eine Transaktion einer ausländischen Bankengruppe, bei der sechs Schweizer Wertschriftenfonds, welche durch die in Genf domizilierte Fondsleitung der Gruppe verwaltet wurden, nach Luxemburg verlegt wurden. Damit wurde bezweckt, das ganze Fondsgeschäft der Gruppe im Grossherzogtum zu konzentrieren, wo bereits 28 andere Anlagefonds registriert sind, welche übrigens allesamt zum Vertrieb in der Schweiz zugelassen sind. Die Verlegung erfolgte durch ein «Öffentliches Übernahmeangebot», das nach Ansicht der Bankenkommission mit dem Anlagefondsgesetz vereinbar war und den Anlegern verschiedene Möglichkeiten offerierte. Bei Annahme des Angebotes erhalten sie Anteilscheine luxemburgischer Anlagefonds derselben Gruppe, deren Anlagepolitik derjenigen der Schweizer Fonds entspricht. Lehnen sie hingegen das öffentliche Übernahmeangebot ab, so haben sie die Wahl, entweder der schweizerischen Fondsleitung ihre Anteilscheine bis zum Ablauf der im öffentlichen Übernahmeangebot vorgesehenen Frist zur Rücknahme einzureichen (Art. 21 AFG) oder die

Liquidation der Schweizer Fonds (Art. 28 ff. AFG) abzuwarten, welche nach Durchführung des öffentlichen Übernahmeangebotes erfolgen wird, und alsdann ihren entsprechenden Liquidationsanteil entgegenzunehmen. Die Aktiven der Schweizer Fonds ihrerseits werden direkt an die Luxemburger Fonds verkauft. Die gesamte Transaktion wird unter der Aufsicht der schweizerischen und luxemburgischen Revisoren abgewickelt werden. Sie haben insbesondere darüber zu wachen, dass die gesetzlichen Bestimmungen, namentlich Art. 14 AFG, eingehalten werden.

2.2.3 Übereinstimmung des Fondsnamens mit der Anlagepolitik

Wenn Anlagefonds zu einem erheblichen Teil Anlagen in andere Titel und/oder Märkte tätigen, als ihr Name vermuten lässt, besteht die Gefahr, dass der Anleger über die Anlagepolitik getäuscht wird, was durch Art. 41 Abs. 3 AFG bzw. Art. 5 AuslAFV untersagt wird. Daher waren vom Namen abweichende Anlagen bis anhin allgemein auf höchstens 10% des Fondsvermögens beschränkt.

In Änderung ihrer bisherigen Praxis beschloss die Bankenkommission, dass diese Voraussetzung künftig auch noch erfüllt ist, wenn statt 10% neu höchstens 25% des Fondsvermögens in anderen Ländern, Währungen oder Titeln angelegt werden, als der Name des betreffenden Fonds bzw. Sub-Fonds vermuten lässt, sofern damit eine enge sachliche, geographische und/oder wirtschaftliche Beziehung besteht (zum Beispiel Anlagen in niederländischen, auf Hfl. lautende Obligationen durch einen «DM-Bond-Fund» oder Anlagen in Portugal durch einen «Spanien-Fonds»).

3. Behandelte Geschäfte

Im Berichtsjahr wurden 83 (85) Geschäfte behandelt. Die eingereichten Verwaltungsgerichtsbeschwerden sind noch beim Bundesgericht hängig.

4. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1991

	Anzahl per 31. 12.		Fondsvermögen per 31. 12. in Mio. Fr.		Einzahlungen ./. Rückzüge per 31. 12. in Mio. Fr.	
	1991	1990	1991	1990	1991	1990
Schweiz. Anlagefonds						
Wertschriftenfonds	194	194	27 123	24 959	- 511	- 987
Immobilienfonds	32	32	7 049	7 839	-1 047	-1 641
Total	226	226	34 172	32 798	-1 558	-2 628
Ausländische Fonds zur Werbung in der Schweiz zugelassen	352	224			21 431	9 376

Weitere statistische Angaben enthalten die Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank (Tabellen D 15_1 und D 15_2).

Im Berichtsjahr wurden 5 (23) neue schweizerische Wertschriftenfonds errichtet:

- BSS Swissfund
- FORTUNA RENTENFONDS
- MULTICONVERT JAPAN
- Pasche-America
- Pasche-Europe

Als Besonderheiten sind mehrere Gründungen von Sfr.-Geldmarktfonds durch Gross- und Kantonalbanken in Luxemburg sowie erstmalige Vertriebsbewilligungen für einen deutschen Immobilienfonds sowie für mehrere italienische Wertschriftenfonds zu erwähnen.

Im Bereich der ausländischen Anlagefonds war eine namhafte Zunahme um 128 auf neu 352 zu verzeichnen. Von den Neuzugängen haben deren 121 ihr Domizil in Luxemburg.

Nach Herkunftsländern sieht die Statistik per Ende 1991 wie folgt aus:

• Länder ohne eine der schweizerischen ähnliche Aufsicht (Niederländische Antillen, Cayman Islands, Guernsey, Jersey, Britische Jungferninseln, Liechtenstein, Panama)	39	(43)
• Luxemburg	274	(153)
• Deutschland	23	(23)
• Italien	8	(0)
• USA	3	(3)
• Niederlande	3	(–)
• Österreich	1	(1)
• Irland	1	(1)

VI. Aufsicht über das Pfandbriefwesen

Das Sekretariat der Bankenkommission hat alljährlich bei den beiden Pfandbriefzentralen zu prüfen, ob die Jahresrechnungen nach Form und Inhalt den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften entsprechen und ob das Pfandbriefgesetz eingehalten worden ist (Art. 42 PfG). Dagegen werden die Pfandregister und die Darlehensdeckung bei den Mitgliedern der Pfandbriefzentralen durch deren bankengesetzliche Revisionsstelle geprüft.

Die Prüfungsergebnisse gaben im Jahre 1991 zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

VII. Interna

1. Bankenkommission

Auf Ende 1991 schieden Herr Dr. Hermann Bodenmann (1969 Mitglied, 1973 Vizepräsident, seit 1977 Präsident) und Herr Dr. Amilcare Berra (1987 Mitglied, seit 1990 Vizepräsident) nach Erreichen der für ausserparlamentarische Kommissionen festgelegten Altersgrenze aus der Bankenkommission aus.

Den beiden Herren gebührt für ihre erfolgreiche und hingebungsvolle Tätigkeit grosser Dank. Herr Präsident Bodenmann prägte während langer Zeit die schweizerische Bankenaufsicht in aller Unabhängigkeit massgebend und nachhaltig. Er fand dafür verdienterweise allseits volle Anerkennung.

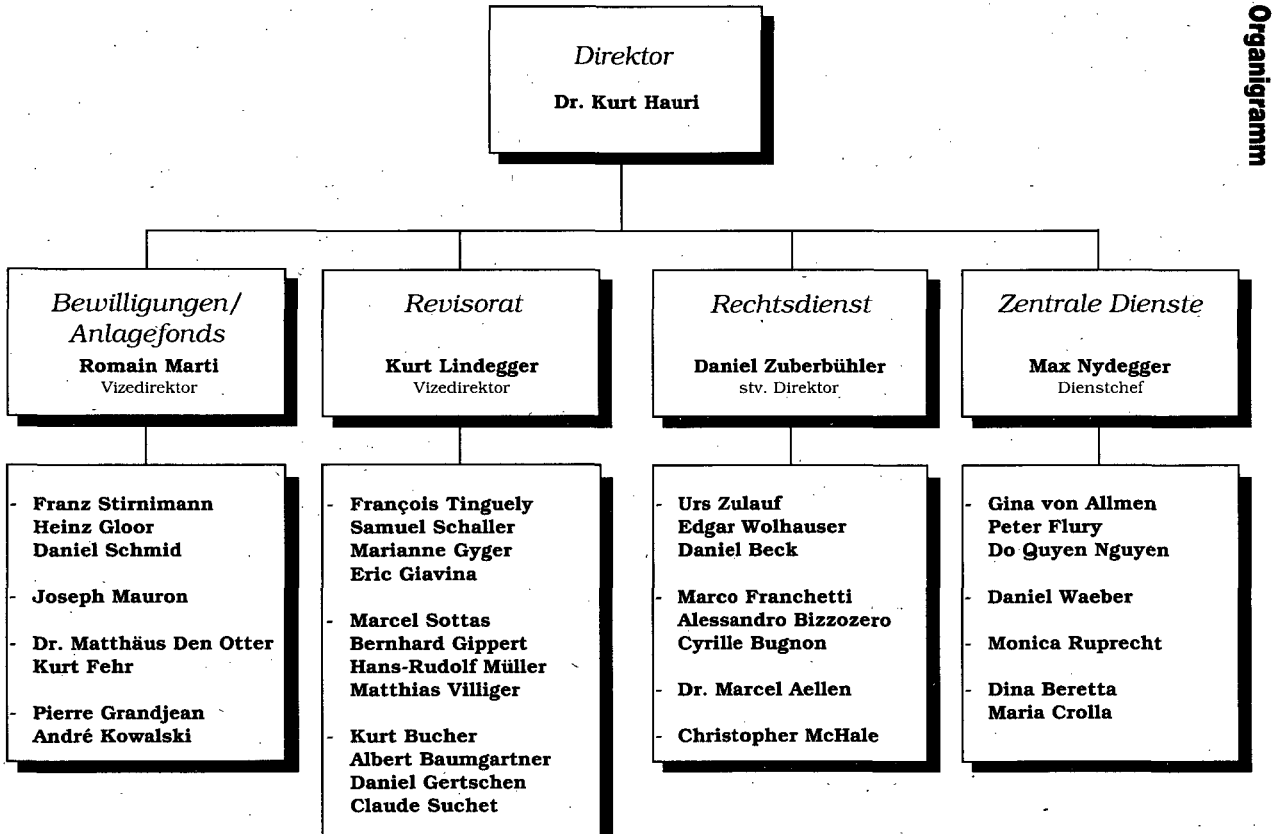
2. Sekretariat

Den dringendsten Bedürfnissen entsprechend wurde der Personaletat auf den vorläufigen Endbestand von 41,5 Stellen erhöht. Diese notwendige Steigerung folgt den bedeutend grösseren Anforderungen und trägt dazu bei, eine wirkungsvolle Aufsicht zu gewährleisten. Der Personalwechsel war erfreulicherweise sehr gering.

3. Rechnung

	Ausgaben		Einnahmen	
	1991 Fr.	1990 Fr.	1991 Fr.	1990 Fr.
Behörde und Sekretariat	8 767 177	7 173 723		
Aufsichtsgebühren				
– Banken			5 423 416	4 797 912
– Anlagefonds			478 000	555 000
Spruch- und Schreibgebühren			1 065 971	1 045 134
Vortrag aus den Vorjahren				419 596
Vortrag auf neue Rechnung	356 081			356 081
Unterdeckung[1]			2 155 871	
	9 123 258	7 173 723	9 123 258	7 173 723

[1] Gemäss Art. 1 Abs. 3 der Verordnung vom 4. Dezember 1978 über die Gebühren für die Beaufsichtigung der Banken und Anlagefonds sind für die Berechnung der Aufsichtsgebühren die im Vorjahr erwachsenen Kosten massgebend. Die Unterdeckung wird somit auf das Jahr 1992 übertragen.


Direktor
Dr. Kurt Hauri
Bewilligungen/ Anlagefonds
Romain Marti
Vizedirektor
Revisorat
Kurt Lindegger
Vizedirektor
Rechtsdienst
Daniel Zuberbühler
stv. Direktor
Zentrale Dienste
Max Nydegger
Dienstchef
- Franz Stirnimann
Heinz Gloor
Daniel Schmid
- Joseph Mauron
- Dr. Matthäus Den Otter
Kurt Fehr
- Pierre Grandjean
André Kowalski
- François Tinguely
Samuel Schaller
Marianne Gyger
Eric Giavina
- Marcel Sottas
Bernhard Gippert
Hans-Rudolf Müller
Matthias Villiger
- Kurt Bucher
Albert Baumgartner
Daniel Gertschen
Claude Suchet
- Urs Zulauf
Edgar Wolhauser
Daniel Beck
- Marco Franchetti
Alessandro Bizzozero
Cyrille Bugnon
- Dr. Marcel Aellen
- Christopher McHale
- Gina von Allmen
Peter Flury
Do Quyen Nguyen
- Daniel Waeber
- Monica Ruprecht
- Dina Beretta
Maria Crolla

Verzeichnisse
Listes

Anerkannte Revisionsstellen
Institutions de revision reconnues

1. Für Banken und Anlagefonds
Pour banques et fonds de placement

1. ALFA Treuhand- und Revisions AG, St. Gallen
2. Arthur Andersen AG, Zürich
3. ATAG Ernst & Young AG, Basel
4. AUDIBA, Genève
5. Bankrevisions- und Treuhand AG, Zürich
6. Coopers & Lybrand AG, Basel [1]
7. EXPERTA Revision AG, Zürich
8. FIDUCIA Bankenrevision AG, Basel [1]
9. Gesellschaft für Bankrevision GBR, Basel
10. Inspektorat des Schweizer Verbandes der Raiffeisenbanken, St. Gallen
11. KPMG Fides Peat, Zürich
12. KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zürich
13. OFOR Revision Bancaire SA, Genève
14. Price Waterhouse AG, Zürich
15. Revisa Treuhand AG, Zug
16. REBA REVISION Revisionsgesellschaft Schweizer Regionalbanken, Zürich
17. Revisuisse Price Waterhouse AG, Zürich
18. Société Fiduciaire «Lémano», Lausanne [2]
19. SOFIROM Société Fiduciaire, Lausanne

[1]) mit der Schweizerischen Treuhandgesellschaft Coopers & Lybrand AG, Basel, verbunden
liée à la Société Fiduciaire Suisse Coopers & Lybrand SA, Bâle

[2]) mit der ATAG Ernst & Young AG, Basel, verbunden
liée à la ATAG Ernst & Young SA, Bâle

2. Nur für Anlagefonds
Uniquement pour fonds de placement

20. Columbus Treuhand AG, Basel
21. Curator Revision, Zürich
22. Fiduconsult SA, Fribourg
23. Fidirevisa SA, Lugano
24. Fiduciaire OFOR SA, Genève
25. Schweizerische Treuhandgesellschaft
    Coopers & Lybrand AG, Basel
26. Visura Treuhand-Gesellschaft, Zürich

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
AMCA America-Canada Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
AMERIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
AMERICA-VALOR Schweizerischer Anlagefonds für amerikanische Wertpapiere	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
ANFOS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
ANFOS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
ANGLOVALOR Anlagefonds für englische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
APOLLO-FUND	Tempus Management Co. AG Zürich
ASIA PORTFOLIO	Interfonds Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Legende: A = Aktien und andere Kapitalanteile
O = Obligationen
I = Immobilien
S = in der Schweiz
E = im Ausland
* = Ausländern ist der Erwerb von Anteilscheinen untersagt

Stand am 31. Dezember 1991
Etat au 31 décembre 1991

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1938	31. Dezember	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1985	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1974	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1961	30. September	IS
Schweiz Bankverein Basel	1962	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Guyerzeller Bank AG Zürich	1969	30. September	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	AE

Légende: A = actions et autres parts de capital
O = obligations
I = immeubles
S = en Suisse
E = à l'étranger
* = Il est interdit aux étrangers d'acquérir des parts

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ASIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
ASIAVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari dell'Asia e dell'Australia	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
Automation-Fonds	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
B-FÜND Schweizerischer Wertschriften- fonds für festverzinsliche Anlagen in kontinentaleuropäischen Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
BAERBOND Anlagefonds für Obligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
BCG Rainbow Fund	BCG Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève
BCV Gestion	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA, Lausanne
BERNFONDS Anlagefonds für Immobilien	Berninvest AG Bern
BOND VALOR D-MARK Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Deutsche Mark lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1983	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1981	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1962	30. September	ASE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	OSE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
	1990	31. März	ASE
Banque Cantonale Vaudoise Lausanne	1990	30. September	ASE
Schweiz.Bankverein, Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
BOND VALOR SCHWEIZER-FRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizerfranken lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR YEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Yen lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR £ STERLING Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf £ Sterling lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND-INVEST Obligationenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
BONDSELEX Fonds de placement pour valeurs à revenu fixe	Capdirex SA Genève
BONDWERT Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Folag Fondsleitung AG Zürich
BRIT-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Grossbritannien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
BSS Swissfund	Banque Scandinave en Suisse Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	30. September	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	31. Dezember	OSE
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1978	31. Oktober	OSE
Coutts & Co. AG Zürich	1979	31. Januar	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1983	31. Oktober	AE
	1991	30. April	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CANAC Anlagefonds für kanadische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
CANASEC Anlagefonds für kanadische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
CB International Equity Fund	Commerzbank (Schweiz) AG Zürich
CBI-INTERCONTINENTAL Fonds de placement en valeurs mobilières internationales	CBI-TDB Union Bancaire Privée Genève
CENTRALFONDS Zentralschweizerischer Immobilienfonds	Imovag Immobilien Verwaltungs AG Luzern
CLAIR-LOGIS Fonds suisse de placements immobiliers *	Investissements collectifs SA Lausanne
CONBAR Anlagefonds für Wandelobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
CONVERT BOND SELECTION Anlagefonds für Wandelobligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
CONVERT VALOR SCHWEIZERFRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizer- franken lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1955	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1952	31. Mai	AE
	1990	31. Juli	AE
	1978	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Luzern	1964	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1955	31. Dezember	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CONVERT VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Zürich
CONVERT-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in Wandelobligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
COOP IMMOBILIENFONDS	Coop Anlage-Genossenschaft Basel
CREDIT SUISSE FONDS-BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Schweiz. Kreditanstalt Zürich
CREDIT SUISSE FONDS-INTERNATIONAL Anlagefonds für internationale Werte	Schweiz. Kreditanstalt Zürich
CROSSBOW FUND	BVE Capital Management SA Genève
CS GOLD VALOR	CS-Fondsleitung AG Zürich
CS Tiger Fund	CS-Fondsleitung AG Zürich
CSF Fund	BVE Capital Management SA Genève
D-MARK BOND SELECTION Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1973	31. März	OSE
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	1961	31. Dezember	IS
	1970	31. Oktober	OSE
	1970	31. Oktober	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1968	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	AE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1973	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
D-MARK-INVEST Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
DOLLAR BOND SELECTION Anlagefonds für US-Dollar-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
DOLLAR-INVEST Anlagefonds für US-$- und can. $-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
E-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für europäische Anlagen und Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
ECU BOND SELECTION Anlagefonds für Ecu-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
EMETAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
ENERGIE-VALOR Anlagefonds für Werte der Energiewirtschaft	Société Internationale de Placements SIP Basel
EQUIBAER AMERICA Anlagefonds für amerikanische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
EQUIBAER EUROPE Anlagefonds für europäische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1979	30. Juni	OE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. November	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1987	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Mai	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
EQUIBAER PACIFIC Anlagefonds für Aktien und Wandelobligationen des pazifischen Raumes **in Liq.**	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
ESPAC Anlagefonds für spanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
EURAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
EURIT Investmenttrust für europäische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
EUROMED FUND	Gérifonds SA Lausanne
EUROPA-VALOR Anlagefonds für europäische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
Europar	Banque Paribas (Suisse) SA, Genève
Europrogramme International **in Liq.**	Fiducia Bankenrevision AG Basel (Sachwalterin)
Europrogramme International Serie 1969 **in Liq.**	Fiducia Bankenrevision AG Basel (Sachwalterin)
FACEL FUND Fonds de placement en valeurs nord-américaines et internationales	Darier, Hentsch & Cie Genève
FAR Fonds en actions romandes	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1961	31. Oktober	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1955	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1959	30. April	ASE
	1990	30. November	ASE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1966	30. Juni	ISE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1969	30. Juni	ISE
	1970	31. Dezember	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
FIR 1970 Fonds immobilier suisse	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne
FIR Fonds immobilier romand (Romande Immoblière)	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne
FLORIN BOND SELECTION Anlagefonds für holländische Gulden-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
FONCIPARS Série Ancienne	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs Lausanne
FONCIPARS Série II	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs Lausanne
FONDS DE PLACEMENT EN VALEURS INTERNATIONALES DE LA BANQUE SCANDINAVE EN SUISSE «INTELSEC»	Banque Scandinave en Suisse Genève
FONSA Anlagefonds für Schweizer Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
FONSELEX Fonds de placement en valeurs internationales	Capdirex SA Genève
FORTUNA Anlagefonds	Fortuna Investment AG Adliswil
FORTUNA RENTENFONDS	Fortuna Investment AG Adliswil

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1970	30. Juni	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1953	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Société de Banque Suisse, Lausanne	1943	31. Dezember	IS
Société de Banque Suisse, Lausanne	1961	31. Dezember	IS
	1976	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1949	30. Juni	AS
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1966	31. Oktober	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1991	31. März	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
FRANCEVALOR Anlagefonds für französische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
FRANCIT Investmenttrust für französische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GAM (CH) America	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Europe	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Mondial	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Pacific	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM Tradition	GAM TRADITION Anlagefonds AG, Zürich
GERFONDS Fonds de placement en valeurs internationales	Société d'Etudes et de Placements SA, c/o Société Bancaire Julius Baer SA Genève
GERMAC Anlagefonds für deutsche Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GERMANIAVALOR Anlagefonds für deutsche Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
GESTI CH Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich,	1990	31. Dezember	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Banque Pallas (Suisse), Lausanne	1990	31. März	AE
Société Bancaire Julius Baer SA Genève	1958	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1987	30. Juni	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Gestiamerica	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
Gestieuropa	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
GLOBINVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GOLD PORTFOLIO	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
GOLD-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in den Bereichen der Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Gold	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GULDEN-INVEST Anlagefonds für Gulden-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
HELVETBAER Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
HELVETINVEST Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
Hentsch Balanced Investment Fund	Darier, Hentsch & Cie Genève
Hentsch Swiss Franc Bond Portfolio	Darier, Hentsch & Cie Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Banca del Gottardo Lugano	1990	30. September	AE
Banca del Gottardo Lugano	1990	30. September	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1968	30. Juni	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	30. Juni	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1975	31. Dezember	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1971	31. Oktober	OS
	1989	30. Juni	ASE
	1986	31. Mai	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Hentsch Treasury Fund	Darier, Hentsch & Cie Genève
HOLLAND-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in den Niederlanden	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
IBERIAVALOR	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
IFCA Immobilien-Anlagefonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG Bern
IMMOFONDS Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	AG für Fondsverwaltung Zug
IMMOVIT Schweizerischer Investment-Trust für Immobilienwerte	VIT Verwaltungsgesellschaft für Investment-Trusts Zürich
INTELBOND Fonds de placement en obligations de la Banque Scandinave en Suisse	Banque Scandinave en Suisse Genève
INTERFIX Fonds de placement en valeurs internationales à revenu fixe	Banque Nationale de Paris (Suisse) SA Basel
INTERMOBILFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
INTERSWISS Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1990	30. April	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1989	31. Dezember	AE
Zürcher Kantonalbank Zürich	1960	28. Februar	IS
Coutts & Co. AG Zürich	1955	30. Juni	IS
Bank Leu AG, Zürich	1960	31. März	IS
	1973	28. Februar	OSE
	1967	31. Dezember	OSE
Schweiz. Volksbank, Bern	1970	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1954	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ITAC Anlagefonds für italienische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
ITALVALOR Anlagefonds für italienische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
J-FUND Schweizerischer Wertschriftenfonds für japanische Anlagen und diverse Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
JAPAC FUND Fonds de placement en valeurs mobilières du Japon et de la zone du Pacifique	Gérifonds SA Lausanne
JAPAN-INVEST Anlagefonds für japanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
JAPAN-PORTFOLIO Schweizerischer Anlagefonds für japanische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
LA FONCIERE Fonds suisse de placement immobilier	Investissements Fonciers SA Lausanne
Leu Foreign Bonds	Leu Fondsleitung AG Zürich
Leu-World-Portfolio «A» Capital Gain, Swiss Franc Reference	Leu Fondsleitung AG Zürich
Leu-World-Portfolio «B» Income, Swiss Franc Reference	Leu Fondsleitung AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1958	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	AE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1970	30. Juni	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1981	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1971	30. September	AE
Banque Vaudoise de Crédit Lausanne	1954	30. September	IS
Bank Leu AG, Zürich	1989	30. September	OSE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
LKB Expert-Ertrag	Luzerner Kantonalbank Luzern
LKB Expert-Zuwachs	Luzerner Kantonalbank Luzern
Lloyds International Dollar Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International Europe Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International Growth Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International Income Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International North America Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International Pacific Fund	Lloyds International Management SA Genève
M-AUSSCHÜTTUNGS-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für multinationale Anlagen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
M-FUND Schweiz. Wertschriftenfonds für multinationale Anlagen	Überseebank AG Zürich
MULTIAMERICA Fondo d'investimento in valori nordamericani	Fongest SA Lugano

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1990	31. Januar	ASE
	1990	31. Januar	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1976	31. Dezember	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1973	30. September	OSE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	AE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	31. Dezember	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
	1985	31. Dezember	ASE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1984	30. Juni	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
MULTIBOND DM Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in marchi tedeschi	Fongest SA Lugano
MULTIBOND FRS Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in franchi svizzeri	Fongest SA Lugano
MULTIBOND HIGH YIELD	Fongest SA Lugano
MULTIBOND INTERNATIONAL Fondo d'investimento in obbligazioni internazionali	Fongest SA Lugano
MULTIBOND US-$ Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in dollari USA	Fongest SA Lugano
MULTICONVERT JAPAN	Fongest SA Lugano
MULTIHELVETIA Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Fongest SA Lugano
MULTINIPPON Fondo d'investimento in valori mobiliari giapponesi	Fongest SA Lugano
OBLIGESTION	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
OP-INVEST	Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1989	31. März	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1974	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1991	31. März	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1986	30. Juni	AS
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	30. Juni	AE
	1973	30. September	OSE
	1981	30. September	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
OVERLAND INTERNATIONAL BOND FUND	Overland Bank, Lugano
OVERLAND INTERNATIONAL STOCK FUND	Overland Bank, Lugano
PACIFIC-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen im pazifischen Raum	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
PACIFIC-VALOR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in Japan und weiteren Anrainerstaaten des Pazifiks	Société Internationale de Placements SIP Basel
PARFON Fonds de participations foncières suisses, Genève	Sofid SA Genève
PARGEST	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PARJAPON	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PARSUISSE	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PASCHE-AMERICA	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-BOND	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-EUROPE	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-PACIFIC	Banque Pasche SA Genève
PASCHE-VALOR	Banque Pasche SA Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1972	31. August	OSE
	1972	31. August	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1981	30. September	AE
Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève	1955	30. September	IS
	1990	31. Mai	ASE
	1986	31. Dezember	AE
	1986	31. März	AS
	1991	31. Dezember	AE
	1990	31. Dezember	OSE
	1991	31. Dezember	ASE
	1990	31. Dezember	AE
	1990	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
PAZIFIKWERT Anlagefond für Werte des pazifischen Raumes	Folag Fondsleitung AG Zürich
PHARMAFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
PICTET VALSUISSE	Pictet & Cie Genève
POLY-BOND-INTERNATIONAL	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
Pro Fonds Global Internationaler Thesaurierungsfonds	PMG Fonds Management AG c/o Bank EvK Bern
PYRFORD FONDS DE PLACEMENT AUSTRALIEN Fonds de placement suisse en valeurs mobilières australiennes	Pyrford Investment Management SA Neuchâtel
PYRFORD FONDS DE PLACEMENT INTERNATIONAL Fonds de placement suisse en valeurs mobilières mondiales	Pyrford Investment Management SA Neuchâtel
RBC Dollar Prime Bond Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Equity Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Coutts & Co. AG Zürich	1986	31. Januar	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1959	30. September	ASE
	1989	30. Juni	AS
Schweiz. Volksbank, Bern	1972	31. Mai	OSE
Bank EvK, Ersparniskasse von Konolfingen Grosshöchstetten	1990	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
	1988	31. Dezember	OSE
	1989	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
RBC Government Securities Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Swiss Franc Bond Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Worldwide Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBZ Eur-Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich
RBZ Far East Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich
REALITE Fonds de placement immobilier	Sogefonds SA Genève
RENTVALOR Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
RENTVALOR 75 Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
RENTVALOR US-$ Fondo di investimento in obbligazioni espresse in US-$	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
REVIT Immobilienfonds bernischer Banken *	Revit AG Bern Bern

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1987	31. März	OSE
	1988	31. Dezember	OSE
	1987	31. März	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	AE
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	1959	30. September	IS
Banca del Gottardo Lugano	1974	30. Juni	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1975	30. September	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1985	30. September	OE
Gewerbekasse in Bern Bern	1963	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ROMETAC-INVEST Fonds für internationale Anlagen in Rohstoff- und Energiewerten	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
Rothschild Am-Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild DM Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in Deutschen Mark	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Dollar Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in US-Dollar	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Swiss Equity Anlagefonds für schweizerische Wertschriften	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Swiss Franc Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in Schweizer Franken	Rothschild Fund Management AG Zürich
SAFIT South Africa Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SAMURAI PORTFOLIO	Gertrust SA Genève
«SBC 100» Index-Fund Switzerland Anlagefonds basierend auf dem «SBV 100»-Index der Schweizer Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
SCHWEIZERAKTIEN Anlagefonds für Schweizerwerte	Société Internationale de Placements SIP Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1972	31. Oktober	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1989	31. März	AE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OE
Rothschild Bank AG Zürich	1989	31. März	AS
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1948	31. März	AE
Darier, Hentsch & Cie Genève	1970	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	30. April	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds Swissreal	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SEAPAC FUND	Gérifonds SA Lausanne
SFR-BAER Anlagefonds für Schweizerfranken-Auslandobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
SIAT Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Olten
SIAT 63 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Olten
SIMA Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SKANDINAVIEN-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SOGENAL-ZÜRICH Anlagefonds für internationale Werte	Sogenal Fondsleitung AG Zürich
SOLVALOR 61 Fonds de placement immobilier	Solvalor SA Lausanne
STERLING BOND SELECTION Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1973	30. Juni	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1986	31. Dezember	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1956	30. September	IS
Schweiz. Volksbank, Bern	1963	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1950	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	30. September	AE
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Strasbourg, succursale de Zurich	1985	30. Juni	ASE
Crédit Suisse, Lausanne	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
STERLING-INVEST Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
STOCKBAR Anlagefonds für Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
SWISS FOREIGN BOND SELECTION Anlagefonds für Schweizerfranken-Auslandobligationen und Notes	Interfonds, Internationale Investmenttrust-Gesellschaft Basel
SWISS FRANC BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte, lautend auf Schweizerfranken	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
SWISS FRANC-INVEST Anlagefonds für Schweizerfranken-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SWISS RE GLOBAL FUND	Schweizer Rück Fondsleitung AG Zürich
SWISSAC Anlagefonds für Schweizer Dividendenwerte	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
SWISSBAR Anlagefonds für Schweizer Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
SWISSCA INTERPART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1988	31. März	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1971	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1983	30. November	OE
Schweiz. Volksbank Bern	1982	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	AS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1976	31. Dezember	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISSCA INTERRENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
SWISSCA PART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
SWISSCA RENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
SWISSFONDS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds (geschlossen)	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSFONDS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSFONDS 10 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds *	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSIMMOBIL 1961 Anlagefonds für Schweizerische Immobiliarwerte	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSIMMOBIL Neue Serie Schweizerische Immobiliar-Anlagen	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSIMMOBIL Serie D Immobilien-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OSE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1971	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1938	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISSINVEST Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Adimosa AG Basel
SWISSVALOR Neue Serie Anlagefonds für schweizerische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
UBS PORTFOLIO INVEST D-Mark Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST D-Mark Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Ecu Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Ecu Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Swiss Franc Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Swiss Franc Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST US-$ Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST US-$ Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Bank Heusser & Cie AG Basel	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1956	31. Mai	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
UNIM Fonds de placements immobiliers *	Progestfonds SA Genève
UNIVERSAL BOND SELECTION Internationaler Anlagefonds für Obligationen und aus Wandelrechten bezogene Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
UNIVERSAL FUND Fonds de placement en actions des pays industriels européens et d'outre-mer	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
UNIWERT Anlagefonds für Wertschriften	Folag Fondsleitung AG Zürich
USSEC Anlagefonds für amerikanische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
UTO Immobilien-Fonds **in Liq.**	Uto Fondsverwaltung AG Zürich
VALCA Wertschriftenfonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
Vontobel Swiss Equities	Vontobel Fondsleitung AG Zürich
WERT-INVEST Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds *	Wert-Invest AG Basel
YEN BOND SELECTION Anlagefonds für Yen-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Crédit Suisse, Genève	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1970	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	ASE
Coutts & Co. AG Zürich	1973	31. Januar	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1951	31. August	AE
Uto Bank, Zürich	1960	31. März	IS
Basler Kantonalbank Basel	1969	28. Februar	ASE
Bank J. Vontobel & Co. AG Zürich	1990	30. September	AS
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
YEN-INVEST Anlagefonds für Yen-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
ZKB-Fonds Aktien	Zürcher Kantonalbank Zürich
ZKB-Fonds Fremdwährungsobligationen	Zürcher Kantonalbank Zürich

Depotbanken *Banques dépositaires*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1977	30. Juni	OE
	1989	30. September	ASE
	1989	30. September	OE

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz (Art. 2 AuslAFV)

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
AIG American Equity Trust	Irlande
Asia Pacific Currencies Bond Citiportfolio	Luxembourg
* BANK HOFMANN-Highrent	Guernsey
* BANK HOFMANN-Saferent	Guernsey
* BIL Precious Metal Fund	Grand Cayman
Broadgate International Fund Portefeuille 1	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 2	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 3	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 4	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 5	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 6	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 7	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 8	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 9	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 10	Luxembourg

* untersteht keiner der schweizerischen ähnlichen Staatsaufsicht

Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse (Art. 2 OFP étr.)

Vertreterbanken ***Banques chargées de la représentation***	***Abschluss*** ***Clôture***
Überseebank AG, Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Bank Hofmann AG, Zürich	30. November
Bank Hofmann AG, Zürich	30. November
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober

* n'est pas soumis à une surveillance équivalente à celle exercée en Suisse

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Canto MM Fund D-Mark	Luxembourg
Canto MM Fund ECU	Luxembourg
Canto MM Fund Gulden	Luxembourg
Canto MM Fund Schweizerfranken	Luxembourg
Canto MM Fund US-Dollar	Luxembourg
Canto MM Fund £-Sterling	Luxembourg
Cantrade Invest-Capital Gain	Luxembourg
Cantrade Invest-Income	Luxembourg
Capital International Fund SA	Luxembourg
CB German Index Fund	Luxembourg
Citi-Liquid	Oesterreich
Citicurrencies DM Portfolio	Luxembourg
Citicurrencies Managed Portfolio	Luxembourg
Citicurrencies £ Sterling Portfolio	Luxembourg
Citicurrencies US-Dollar Portfolio	Luxembourg
Citicurrencies Yen Portfolio	Luxembourg
Citinvest Guardian Euro Portfolio	Luxembourg
Citinvest Managed Growth Euro Portfolio	Luxembourg
Citinvest Managed Growth US-Dollar Portfolio	Luxembourg
Citinvest Selector Portfolio	Luxembourg
Continental European Equity Citiportfolio	Luxembourg
CS Ecu Bond	Luxembourg
CS EUROREAL	Deutschland
CS Euro Blue Chips	Luxembourg
CS Euro Finance Fund	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Basler Kantonalbank, Basel	31. Dezember
Bank Cantrade AG, Zürich	31. Dezember
Bank Cantrade AG, Zürich	31. Dezember
Chase Manhattan Bank (Suisse), Genève	31. Dezember
Commerzbank (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	31. Oktober
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
CS Euro Pharma	Luxembourg
CS Europa Bond	Luxembourg
CS Fixed Interest DM 1/96	Luxembourg
CS Fixed Interest ECU 1/96	Luxembourg
CS Fixed Interest SFR 1/96	Luxembourg
CS FRANCE FUND	Luxembourg
CS Germany Fund	Luxembourg
CS Gold Mines	Luxembourg
CS Gulden Bond	Luxembourg
CS HISPANO IBERIA FUND	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND CAN-DOLLAR	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND DM	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND ECU	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND FF	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND GULDEN	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND LIRE	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND SFR	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND US-DOLLAR	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND YEN	Luxembourg
CS MONEY MARKET FUND £STERLING	Luxembourg
CS NORTH AMERICA FUND	Luxembourg
CS OEKO-PROTEC	Luxembourg
CS Prime Bond	Luxembourg
CS Prime Metal	Luxembourg
CS Short-Term Bond DM	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
CS Short-Term Bond US-Dollar	Luxembourg
CS SWISS FRANC BOND	Luxembourg
CS UK FUND	Luxembourg
* D-MARK-BAER, Julius Baer D-Mark Bond Fund Ltd	Cayman Islands
* DOLLAR BAER, Julius Baer U.S. Dollar Bond Fund Ltd	Cayman Islands
Emerging Asian Markets Equity Citiportfolio	Luxembourg
EquiFund – Australasian National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Austrian National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Belgian/Luxembourg National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Canadian National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Dutch National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – French National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – German National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Italian National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Japanese National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Nordic National Equity Sub-Fund	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA, Genève, Genève	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
EquiFund – Pacific Basin National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Spanish National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Swiss National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – U.S. National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – United Kingdom National Equity Sub-Fund	Luxembourg
European Currencies Bond Citiportfolio	Luxembourg
Eurorenta	Luxembourg
Eurovesta	Deutschland
FIDELITY FUNDS – America Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Asean Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Australia Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Canada Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Europe Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – European Bond Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – France Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Germany Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Hongkong Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Iberia Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – International Bond Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Italie Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Japan Fund	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. März
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
FIDELITY FUNDS – Malaysia Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Nordic Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Singapore Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – South East Asia Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Sterling Bond Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Thailand Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – United Kingdom Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – US Dollar Bond Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – US International Fund	Luxembourg
FIDELITY FUNDS – Yen Bond Fund	Luxembourg
* First Liechtenstein Swiss Fonds	Liechtenstein
FL Trust Switzerland	Luxembourg
* Formula Selection Fund	Panama
French Equity Citiportfolio	Luxembourg
FT Frankfurt Effekten Fonds	Deutschland
FT Interspezial II	Deutschland
FT Interzins	Deutschland
FT Nippon Dynamik Fonds	Deutschland
German Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Hentsch Portfolios Ltd, classe A US Dollar Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
* Hentsch Portfolios Ltd, classe B Yen Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
Hill Samuel Global Portfolio European Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio European Fixed Interest	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. April
Coutts & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Ferrier, Lullin & Cie SA, Genève	31. Dezember
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Darier, Hentsch & Cie, Genève	15. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève	15. September
Bank von Ernst, & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Hill Samuel Global Portfolio Global Bond	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Managed	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Japanese Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio North American Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Pacific Basin Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Sterling Fixed Interest	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Smaller Companies Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.S. Smaller Companies Equity	Luxembourg
Iberia Fonds	Deutschland
Industrialised Asia Pacific (ex-Japan) Equity Citiportfolio	Luxembourg
Inrenta	Deutschland
Inter-Renta	Deutschland
Interspar, fonds d'investissement international des caisses d'épargne	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Investa	Deutschland
* ITF Fund N.V.	Antilles néerlandaises
* Japan Selection Fund	Panama
Japanese Equity Citiportfolio	Luxembourg
JULIUS BAER MULTIBOND – DM BOND FUND	Luxembourg
JULIUS BAER MULTIBOND – DOLLAR BOND FUND	Luxembourg
JULIUS BAER MULTIBOND – EUROPE BOND FUND	Luxembourg
JULIUS BAER MULTIBOND – SWISS BOND FUND	Luxembourg
JULIUS BAER MULTICASH – DM Cash Fund	Luxembourg
JULIUS BAER MULTICASH – Dollar Cash Fund	Luxembourg
JULIUS BAER MULTICASH – ECU Cash Fund	Luxembourg
JULIUS BAER MULTICASH – French Franc Cash Fund	Luxembourg
JULIUS BAER MULTICASH – £ Sterling Cash Fund	Luxembourg
JULIUS BAER MULTICASH – Swiss Franc Cash Fund	Luxembourg
JULIUS BAER MULTICASH – Yen Cash Fund	Luxembourg
JULIUS BAER MULTISTOCK – EMERGING EUROPE FUND	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Banque Internationale à Luxembourg (Suisse) SA, Lausanne	30. September
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
JULIUS BAER MULTISTOCK – EURO STOCK FUND	Luxembourg
JULIUS BAER MULTISTOCK – SWISS STOCK FUND	Luxembourg
JULIUS BAER MULTISTOCK – US STOCK FUND	Luxembourg
* Kleinwort Benson International Fund N.V.	Antilles néerlandaises
Lake Intertrust Bond	Luxembourg
* LIQUIBAER, Julius Bär US Dollar Fund Ltd	Grand Cayman
Lloyds International Liquidity Canadian Dollar Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Deutsche Mark Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Ecu Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity French Franc Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Sterling Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Swiss Franc Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity US-Dollar Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Yen Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio Canadian Dollar Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio Convertible Fund	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	31. Dezember
Banque Kleinwort Benson SA, Genève	31. Dezember
Crédit Lyonnais (Suisse) SA, Genève	30. Juni
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Lloyds International Portfolio – Deutsche Mark Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Dutch Guilder Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – ECU Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Europe Equity Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – French Franc Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Gold Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Japan Equity Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Multicurrency Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – North America Equity Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio Pacifik Equity Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Smaller Companies Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Sterling Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Swiss Franc Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – UK Equity Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – US Dollar Bond Fund	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Lloyds International Portfolio – Warrant Fund	Luxembourg
Lloyds International Potfolio World Equity Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Yen Bond Fund	Luxembourg
* Mercury Bond Fund Ltd	Bermudas
MK Alfakapital	Deutschland
MK Analytik Fonds	Deutschland
MK Interrent	Deutschland
MK Investors Fonds	Deutschland
MK Rentak Fonds	Deutschland
MK Rentex Fonds	Deutschland
Multinvest International SA	Luxembourg
Nomura Global Fund Asian Pacific Portfolio	Luxembourg
North American Dollar Bond Citiportfolio	Luxembourg
North American Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Obliflex Limited Convertibles	Jersey
* Obliflex Limited Deutsche Mark	Jersey
* Obliflex Limited, Devises européennes à rendement élevé, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited, Devises européennes à rendement élevé, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., court terme	Jersey

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	30. September
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
Nomura Bank (Switzerland) AG, Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
* Obliflex Limited Dollar E.U., moyen terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., long terme	Jersey
* Obliflex Limited Florin néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Franc belge	Jersey
* Obliflex Limited Franc français	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse	Jersey
* Obliflex Limited Livre sterling	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en dollars US, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en francs suisses, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises suisses	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en Deutsche Mark, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en dollars canadiens	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en florins néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en francs suisses à distribution	Jersey

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
* Obliflex Limited Unité monétaire européenne	Jersey
* Obliflex Limited Yen japonais	Jersey
Parvest Asia-Pacific	Luxembourg
Parvest Europe	Luxembourg
Parvest Holland	Luxembourg
Parvest Japan	Luxembourg
Parvest Obli-DM	Luxembourg
Parvest Obli-Dollar	Luxembourg
Parvest Obli-Franc	Luxembourg
Parvest Obli-Gulden	Luxembourg
Parvest Obli-Sterling	Luxembourg
Parvest Obli-Yen	Luxembourg
Parvest Short Term Dollar	Luxembourg
Parvest USA	Luxembourg
Pioneer Fund	USA
Pioneer Fund II	USA
PrimeBOND	Italien
PrimeCAPITAL	Italien
PrimeCASH	Italien
PrimeCLUB Azionario	Italien
PrimeCLUB Obligazionario	Italien
PrimeItaly	Italien
PrimeMONETARIO	Italien

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Générale du Luxembourg (Suisse) SA, Zürich	31. Dezember
Banque Générale du Luxembourg (Suisse) SA, Zürich	30. September
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
PrimeREND	Italien
RG AMERICA FUND N.V.	Niederlande
RG EUROPE FUND N.V.	Niederlande
RG PACIFIC FUND N.V.	Niederlande
SBC BOND PORTFOLIO – CAN-DOLLAR	Luxembourg
SBC BOND PORTFOLIO – ECU	Luxembourg
SBC BOND PORTFOLIO – FRENCH FRANC	Luxembourg
SBC DM Short Term Bond Fund	Luxembourg
SBC Euro-Stock Portfolio	Luxembourg
SBC Global Portfolio – ECU Growth	Luxembourg
SBC Global Portfolio – ECU Yield	Luxembourg
SBC Global Portfolio – Sfr Growth	Luxembourg
SBC Global Portfolio – Sfr Yield	Luxembourg
SBC Global Portfolio – US$ Growth	Luxembourg
SBC Global Portfolio – US$ Yield	Luxembourg
SBC Money Market Fund – Can-Dollar	Luxembourg
SBC Money Market Fund – Dutch Guilder	Luxembourg
SBC Money Market Fund – ECU	Luxembourg
SBC Money Market Fund – French Franc	Luxembourg
SBC Money Market Fund – Italian Lire	Luxembourg
SBC Money Market Fund – Sterling	Luxembourg
SBC Money Market Fund – Swiss Franc	Luxembourg
SBC Money Market Fund – US-Dollar	Luxembourg
SBC Money Market Fund – Yen	Luxembourg
SBC Swiss Franc Bond Fund	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Banca Unione di Credito (BUC), Lugano	31. Dezember
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Robeco (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
SCANDIA SICAV – A: Skandinavische Obligationen	Luxembourg
SCANDIA SICAV – B: Skandinavische Aktien	Luxembourg
SCANDIA SICAV – C: Deutsche Obligationen	Luxembourg
SCANDIA SICAV – D: Deutsche Aktien	Luxembourg
SCANDIA SICAV – E: Britische Obligationen	Luxembourg
SCANDIA SICAV – F: Britische Aktien	Luxembourg
SCANDIA SICAV – G: US-Obligationen	Luxembourg
SCANDIA SICAV – H: US-Aktien	Luxembourg
SCANDIA SICAV – I: Spanische Obligationen	Luxembourg
SCANDIA SICAV – J: Spanische Aktien	Luxembourg
SCANDIA SICAV – K: Japanische Obligationen	Luxembourg
SCANDIA SICAV – L: Japanische Aktien	Luxembourg
SCANDIA SICAV – M: Schweizer Aktien	Luxembourg
SCI/TECH SA	Luxembourg
SCONTINVEST FUND Multicurrency Bond	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Discount Bank & Trust Company, Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
SCONTINVEST FUND Multicurrency Dolval Bond	Luxembourg
SoGen International Fund Inc.	USA
SUMO FUND	Luxembourg
SVB BOND FUND – AUS$	Luxembourg
SVB BOND FUND – CAN$	Luxembourg
SVB BOND FUND – DM	Luxembourg
SVB BOND FUND – ECU	Luxembourg
SVB BOND FUND – FF	Luxembourg
SVB BOND FUND – HFL	Luxembourg
SVB BOND FUND – £ STERLING	Luxembourg
SVB BOND FUND – US DOLLAR	Luxembourg
SVB BOND FUND – YEN	Luxembourg
SVB Money Market Fund – ECU	Luxembourg
SVB Money Market Fund – SFR	Luxembourg
SVB Money Market Fund – US$	Luxembourg
Swiss Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Techno-Growth Fund	Panama
The Interallianz Fund – Convertible Growth Sub-Fund	Luxembourg
The Interallianz Fund – German Equity Sub-Fund	Luxembourg
The Interallianz Fund – Warrants and Options Sub-Fund	Luxembourg
Turquoise Fund	Luxembourg
UBAM-$ BOND	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Discount Bank and Trust Company, Genève	31. Dezember
Société Générale Alsacienne de Banque Sogenal, Genève	31. März
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	31. August
Interallianz Bank AG, Zürich	30. Juni
Interallianz Bank AG, Zürich	30. Juni
Interallianz Bank AG, Zürich	30. Juni
Mirabaud & Cie, Genève	31. März
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
UBAM-GERMANY	Luxembourg
UBAM-GLOBAL BOND	Luxembourg
UBAM-US EQUITIES	Luxembourg
UBS Bond Invest Ecu	Luxembourg
UBS CAPITAL INVEST 90/10 SFR	Luxembourg
UBS Equity Invest-Europe	Luxembourg
UBS Fixed Term Invest – DM 96	Luxembourg
UBS Fixed Term Invest – ECU 96	Luxembourg
UBS Fixed Term Invest – FF 96	Luxembourg
UBS Fixed Term Invest – SFR 96	Luxembourg
UBS Fixed Term Invest – US$ 94	Luxembourg
UBS Fixed Term Invest – £Sterling 94	Luxembourg
UBS Money Market Invest Can$	Luxembourg
UBS Money Market Invest Ecu	Luxembourg
UBS Money Market Invest FF	Luxembourg
UBS Money Market Invest Hfl.	Luxembourg
UBS Money Market Invest Lit	Luxembourg
UBS Money Market Invest Sfr.	Luxembourg
UBS Money Market Invest US Dollar	Luxembourg
UBS Money Market Invest Yen	Luxembourg
UBS Money Market Invest £ Sterling	Luxembourg
UBS Short Term Invest DM	Luxembourg
UBZ Euro-Income Fund	Luxembourg
U.K. Equity Citiportfolio	Luxembourg
Unico Investment-Fund	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	31. Dezember
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Überseebank AG, Zürich	31. Dezember
Citibank (Switzerland), Zürich	30. Juni
DG Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Unifonds	Deutschland
Uniglobal	Deutschland
Unikapital	Deutschland
Unirak	Deutschland
Unirenta	Deutschland
Unispecial I	Deutschland
Unizins	Deutschland
UOB Euro 92 Fund	Luxembourg
UOB Super Ecu Fund	Luxembourg
* US Treasury Securities Fund Ltd fixed income shares	Guernsey
* US Treasury Securities Fund Ltd Short term shares	Guernsey
Vontobel Fund EC Currencies Bond	Luxembourg
Vontobel Fund European Equity	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiler & Cie, Basel	31. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. März
Darier, Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Vontobel Fund Japanese Equity	Luxembourg
Vontobel Fund Swiss Franc Bond	Luxembourg
Vontobel Fund US Dollar Bond	Luxembourg
Vontobel Fund US Equity	Luxembourg
Win Global Fund International Bond Portfolio	Luxembourg
Win Global Fund International Equity Portfolio	Luxembourg
Win Global Fund International Reserve Portfolio	Luxembourg
World Fund SA	Luxembourg

Vertreterbanken *Banques chargées de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Bank J. Vontobel & Co AG, Zürich	31. Dezember
Hypothekar- und Handelsbank, Winterthur	31. Dezember
Hypothekar- und Handelsbank, Winterthur	31. Dezember
Hypothekar- und Handelsbank, Winterthur	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	30. April

Liste der gültigen Banken-Rundschreiben

(chronologische Reihenfolge; Stand 1. Januar 1992)

Nr.	Titel	Kurztitel	Datum
EBK-RS 63/1	Revisionsbericht	Revisionsbericht/ Ausland	29. April 1963
EBK-RS 72/1	Öffentliche Empfehlung zur Annahme fremder Gelder	Öffentliche Empfehlung	14. September 1972
EBK-RS 72/2	Risikoverteilung	Risikoverteilung	19. September 1972
EBK-RS 74/1	Fremdwährungspositionen	Fremdwährungspositionen	19. Dezember 1974 2. Juni 1976
EBK-RS 78/1	Konsolidierungs-Richtlinien	Konsolidierung	17. März 1978
EBK-RS 78/2	Zwischenrevisionen	Zwischenrevisionen	11. Mai 1978
EBK-RS 78/3	Meldepflichten (Zusammenfassung)	Meldepflichten	11. Mai 1978
EBK-RS 78/4	Revisionsbericht: Form und Inhalt	Revisionsbericht	26. September 1978 6. Oktober 1983 21./22. Dezember 1987
EBK-RS 81/1	Bilanzierung von Edelmetallgeschäften	Edelmetallgeschäfte	30. April 1981
EBK-RS 81/2	Abgrenzung der Tätigkeit des Vermögensverwalters vom Bankbetrieb	Vermögensverwalter	30. September 1981
EBK-RS 83/1	Meldung von Klumpenrisiken des Bankkonzerns	Klumpenrisiken Konzern	2. November 1983
EBK-RS 86/1	Gelder aus gebundenen Vorsorgevereinbarungen (3. Säule, BVV 3)	Vorsorgegelder	6. Mai 1986
EBK-RS 88/1	Risikoverteilungsplafond für ausländisch beherrschte Banken gegenüber anderen Banken des Konzerns	Risikoverteilung Auslandbanken	5. Juli 1988

Nr.	Titel	Kurztitel	Datum
EBK-RS 88/2	Interne Revision (Inspektorat)	Interne Revision	3. Oktober 1988
EBK-RS 90/1	Geltungsbereich des Gesetzes: Ausgabe von Geldmarktbuchforderungen	Geldmarktbuchforderungen	6. August 1990
EBK-RS 90/2	Bildung und Auflösung von stillen Reserven	Stille Reserven	25. September 1990
EBK-RS 90/3	Kassenliquidität	Kassenliquidität	17. Dezember 1990
EBK-RS 90/4	Länderrisiken	Länderrisiken	17. Dezember 1990
EBK-RS 91/1	Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten / Verbot der VSB-Formulare B	VSB-Formulare B	25. April 1991
EBK-RS 91/2	Optionen und Financial Futures	Optionen und Futures	29. Mai 1991
EBK-RS 91/3	Richtlinien zur Bekämpfung und Verhinderung der Geldwäscherei	Geldwäscherei	18. Dezember 1991

Liste der gültigen Anlagefonds-Rundschreiben

- Rundschreiben Nr. 1 vom 27. Juli 1967
  «Revisionen»
- Rundschreiben Nr. 2 vom 5. Juli 1967
  «Unabhängige, ständige Schätzungsexperten»
- Rundschreiben Nr. 3 vom 10. Oktober 1967
  «Schätzung des Verkehrswertes, Berechnung des Inventarwertes und der Ausgabe- und Rücknahmepreise pro Anteil»
- Rundschreiben Nr. 4 vom 20. Dezember 1967
  «Buchführung und Rechenschaftsablage»
- Rundschreiben Nr. 5 vom 15. Januar 1968
  «Werbung»
- Rundschreiben Nr. 7 vom 4. April 1968
  «Buchführung/Behandlung der Gratisaktien und Bezugsrechte»
- Circulaire No 8 du 8 octobre 1968
  «Valeurs immobilières»
- Rundschreiben Nr. 9 vom 18. Juni 1969
  «Öffentlicher Kurzrevisionsbericht für Anlagefonds nach Art. 41 AFV»
- Rundschreiben Nr. 10 vom 25. Juli 1969
  «Darlehen von Fondsleitungen an Immobilienfonds und deren Immobiliengesellschaften»
- Rundschreiben Nr. 11 vom 12. Februar 1970
  «Jahresrechnung und eigene Mittel der Fondsleitung»
- Rundschreiben Nr. 11a vom 30. Mai 1972
  «Jahresrechnung und eigene Mittel der Fondsleitung»
- Rundschreiben Nr. 12 vom 16. April 1970
  «Risikoverteilung bei Immobilienfonds»
- Rundschreiben Nr. 13 vom 3. März 1972
  «Revisionsbericht/Verbot bzw. Begrenzung der Fremdfinanzierung»

- Rundschreiben Nr. 15 vom 19. November 1973
  «Übertrag von Anlagen von einem auf einen anderen Anlagefonds unter der gleichen Fondsleitung»
- Rundschreiben Nr. 16 vom 29. Mai 1975
  «Rücknahme von Anteilscheinen»
- Rundschreiben Nr. 18 vom 3. Oktober 1988
  «Options, Financial Futures, Prämien- und Devisentermingeschäfte»
- Rundschreiben Nr. 19 vom 8. August 1989
  «Verkehrswertschätzung und Emissionspolitik der Immobilienfonds»

Liste des circulaires en vigueur en matière bancaire

(par ordre chronologique; état au 1er janvier 1992)

No.	Titre	Titre abrégé	Date
Circ.-CFB 63/1	Rapport de revision	Rapport de revision/ Etranger	29 avril 1963
Circ.-CFB 72/1	Appel au public pour obtenir des fonds en dépôt	Appel au public	14 septembre 1972
Circ.-CFB 72/2	Répartition des risques	Répartition des risques	19 septembre 1972
Circ.-CFB 74/1	Positions en devises étrangères	Positions en devises étrangères	19 décembre 1974 2 juin 1976
Circ.-CFB 78/1	Directives de consolidation	Consolidation	17 mars 1978
Circ.-CFB 78/2	Contrôles intermédiaires	Contrôles intermédiaires	11 mai 1978
Circ.-CFB 78/3	Annonces obligatoires (résumé)	Annonces obligatoires	11 mai 1978
Circ.-CFB 78/4	Rapport de revision: forme et contenu	Rapport de revision	26 septembre 1978 6 octobre 1983 21/22 décembre 1987
Circ.-CFB 81/1	Comptabilisation des opérations sur métaux précieux	Opérations sur métaux précieux	30 avril 1981
Circ.-CFB 81/2	Distinction entre l'activité de gérant de fortune et l'activité bancaire	Gérant de fortune	30 septembre 1981
Circ.-CFB 83/1	Annonce des gros risques des groupes bancaires	Gros risques des groupes bancaires	2 novembre 1983
Circ.-CFB 86/1	Fonds déposés dans le cadre des conventions de prévoyance liée (3ème pilier, OPP 3)	Prévoyance	6 mai 1986
Circ.-CFB 88/1	Plafonds de répartition des risques pour les avances des banques en mains étrangères à d'autres banques du groupe	Répartition des risques des banques étrangères	5 juillet 1988

No	Titre	Titre abrégé	Date
Circ.-CFB 88/2	Revision interne (Inspectorat)	Revision interne	3 octobre 1988
Circ.-CFB 90/1	Champ d'application de la loi: émission de créances comptables à court terme	Créances comptables à court terme	6 août 1990
Circ.-CFB 90/2	Constitution et dissolution de réserves latentes	Réserves latentes	25 eptembre 1990
Circ.-CFB 90/3	Liquidité de caisse	Liquidité de caisse	17 décembre 1990
Circ.-CFB 90/4	Risques-pays	Risques-pays	17 décembre 1990
Circ.-CFB 91/1	Identification de l'ayant droit économique / Interdiction des formulaires B-CDB	Formulaire B-CDB	25 avril 1991
Circ.-CFB 91/2	Options et «financial futures»	Options et «futures»	29 mai 1991
Circ.-CFB 91/3	Directives relatives à la prévention et la lutte contre le blanchiment de capitaux	Blanchiment de capitaux	18 décembre 1991

Liste des circulaires en vigueur pour les fonds de placement

Circulaire no 1 du 27 juillet 1967
«Exécution des travaux de revision selon la loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement»

Circulaire no 2 du 5 juillet 1967
«Experts permanents et indépendants»

Circulaire no 3 du 10 octobre 1967
«Evaluation de la valeur vénale des avoirs des fonds, calcul de la valeur d'inventaire et calcul du prix d'émission et de rachat de la part»

Circulaire no 4 du 20 décembre 1967
«Tenue de la comptabilité et reddition des comptes»

Circulaire no 5 du 15 janvier 1968
«Publicité»

Circulaire no 7 du 4 avril 1968
«Comptabilité / Traitement des actions gratuites et des droits de souscription»

Circulaire no 8 du 8 octobre 1968
«Sociétés civiles immobilières»

Circulaire no 9 du 18 juin 1969
«Rapport de revision publié sur les fonds de placement, selon l'article 41 OFP»

Circulaire no 10 du 25 juillet 1969
«Prêts des directions à leurs fonds de placement immobiliers et aux sociétés immobilières appartenant à ces fonds»

Circulaire no 11 du 12 février 1970
«Fonds propres et comptes annuels de la direction»

Circulaire no 11a du 30 mai 1972
«Comptes annuels et fonds propres de la direction»

Circulaire no 12 du 16 avril 1970
«Répartition des risques pour les fonds de placement immobiliers»

Circulaire no 13 du 3 mars 1972
«Rapport de revision/Interdiction, respectivement limitation du financement au moyen de capitaux de tiers»

Circulaire no 15 du 19 novembre 1973
«Transfert d'un placement entre deux fonds de placement gérés par la même direction»

Circulaire no 16 du 29 mai 1975
«Remboursement des parts»

Circulaire no 18 du 3 octobre 1988
«Utilisation des options, des opérations à prime, des futures et des opérations à terme dans la gestion des fonds de placement mobiliers»

Circulaire no 19 du 8 août 1989
«Estimation de la valeur vénale et politique d'émission des fonds de placement immobiliers»

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes
(institutions de revision, fonds de placement et circulaires) 89

Version française 189

Inhaltsübersicht Seite

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse
(Revisionsstellen, Anlagefonds und Rundschreiben) 89

Französische Fassung 189

Table des matières Page

Abréviations 195

Commission des banques et Secrétariat 196

I. Introduction 197

II. Points essentiels 198

III. Environnement économique/Problèmes actuels des banques 200

1. Niveau de l'intérêt/Marché immobilier 200
2. Effets sur les banques 200

IV. Surveillance des banques 203

1. Circulaires 203
   - 1.1 Interdiction du formulaire B-CDB 203
   - 1.2 Options et «financial futures» 204
   - 1.3 Directives relatives au blanchiment de capitaux 206
   - 1.4 Suppression de circulaires 207
2. Omni Holding/W. K. Rey 208
3. Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune 212
4. Problèmes de solvabilité 215
5. Pratique de l'autorité de surveillance 217
   - 5.1 Assujettissement d'intermédiaires financiers importants 217
   - 5.2 Prescriptions en matière de placement des sociétés financières à caractère bancaire 218
   - 5.3 Garantie d'une activité irréprochable 219
   - 5.4 Directives relatives au blanchiment de capitaux 219
   - 5.5 Banques en mains étrangères 222
     - 5.5.1 Réciprocité 222
     - 5.5.2 Japon et Corée du Sud 223

5.5.3 Traitement informatique des données à l'étranger 224
5.5.4 Bank of Commerce and Credit International (BCCI)/Banque de Commerce et de Placements 225
5.6 Fonds propres/Prise en compte des emprunts de rang postérieur 227
5.7 Présentation des comptes 228
5.7.1 Circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes» 228
5.7.2 Evaluation des crédits du secteur immobilier 229
5.7.3 Comptabilisation d'un apport de l'actionnaire 230
5.8 Risques-pays 231
5.9 Conditions d'organisation de la loi sur les banques 232
5.9.1 Séparation des fonctions 232
5.9.2 Exigences minimales relatives aux dossiers de crédits 233
5.10 Revision 234
5.10.1 Position critique des sociétés de revision 234
5.10.2 Rapport de revision: forme et contenu 235
5.10.3 Changement d'organe de revision 236
5.11 Banques cantonales 239
5.11.1 Partage de compétences entre la Commission des banques et les cantons 239
5.11.2 Problèmes de certaines banques cantonales 242

6. Relations avec d'autres Autorités et des Associations 244
6.1 Autorités fédérales 244
6.2 Procédure de consultation concernant la loi sur les bourses 245
6.3 Législation sur les services financiers 247
6.4 Banque Nationale Suisse 247
6.5 Associations 248
6.6 Conférence des institutions de revision 249

7. Affaires internationales 249
7.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire 249
7.2 Communauté Européenne 251
7.3 Rencontre tripartite 252
7.4 International Organization of Securities Commissions 252
7.5 Groupe d'action financière sur le blanchiment de capitaux 253
7.6 Entraide administrative internationale 254

8. Affaires traitées (statistiques) 256
8.1. Séances 256
8.2 Décisions 256
8.3 Recommandations et annonces de répartition des risques 257

9. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi 258
9.1 Etat à fin 1991 258
9.2 Autorisations délivrées 258
9.3 Cessation d'activité 260

V. Surveillance des fonds de placement 263

1. Revision de la loi sur les fonds de placement 263

2. Pratique de l'autorité de surveillance 263
2.1 Fonds de placement immobiliers 263
2.1.1 Commissions à des sociétés immobilières proches 263
2.1.2 Estimation de la valeur vénale des immeubles 264
2.1.3 Europrogramme 266
2.2 Fonds mobiliers 266
2.2.1 Fonds en warrants 266
2.2.2 Transfert de fonds de placement suisses au Luxembourg 267
2.2.3 Correspondance entre le nom du fonds et la politique de placement 268

3. Affaires traitées 268
4. Développement des fonds de placement en 1991 268

VI. Surveillance des lettres de gage 270

VII. Commission des banques et Secrétariat 271
1. Commission des banques 271
2. Secrétariat 271
3. Comptes annuels 271
4. Organigramme 272

Listes 89

Institutions de revision reconnues
- pour banques et fonds de placement
- pour fonds de placement uniquement

Fonds de placement suisses
Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse
Liste des circulaires en vigueur pour les banques
Liste des circulaires en vigueur pour les fonds de placement

Abréviations

CDB	Convention du 1er juillet 1987 relative à l'obligation de diligence des banques
LB	Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.0)
LFP	Loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement (RS 951.31)
LLG	Loi fédérale du 25 juin 1930 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.4)
OB	Ordonnance d'exécution du 17 mai 1972 de la loi sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.02)
OBE	Ordonnance (de la Commission fédérale des banques) du 22 mars 1984 concernant les banques étrangères en Suisse (RS 952.111)
OFP	Ordonnance du 20 janvier 1967 sur les fonds de placement (RS 951.311)
OFP étr	Ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers (RS 951.312)
OLG	Ordonnance du 23 janvier 1931 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.41)
RO-CFB	Règlement du 4 décembre 1975 concernant l'organisation et l'activité de la Commission fédérale des banques (RS 952.721)

Commission fédérale des banques

Président

Hermann Bodenmann, docteur en droit, Brigue
(jusqu'au 31 décembre 1991)
Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich (dès le 1er janvier 1992)

Vice-président

Amilcare Berra, docteur en sciences économiques, Montagnola
(jusqu'au 31 décembre 1991)
Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel (dès le 1er janvier 1992)

Membres

Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich
(jusqu'au 31 décembre 1991)
Bruno Gehrig, professeur, docteur en sciences économiques, Winterthour (dès le 1er janvier 1992)
Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel (jusqu'au 31 décembre 1991)
Peter Nobel, professeur, docteur en sciences politiques, Zurich
Flavio Pedrazzoli, Lugano (dès le 1er janvier 1992)
Hans Schmid, professeur, docteur en sciences économiques, St-Gall
Hans Wyer, Conseiller d'Etat, Viège

Secrétariat

Directeur: Kurt Hauri, docteur en droit

Service juridique: Daniel Zuberbühler, avocat, directeur suppléant

Service des autorisations et des fonds de placement:
Romain Marti, sous-directeur

Service de revision: Kurt Lindegger, sous-directeur

Adresse

Marktgasse 37, Case postale, 3001 Berne
Téléphone 031 61 69 11, Telefax 031 61 69 26

I. Introduction

La Commission des banques surveille trois secteurs des activités financières: les banques (art. 23 al. 1 LB), les fonds de placement (art. 40 LFP en relation avec l'art. 23 al. 1 LB) et les lettres de gage (art. 39 LLG). Elle est tenue de présenter au moins une fois par année un rapport sur son activité au Conseil fédéral (art. 23 al. 3 LB). En présentant son rapport de gestion 1991, la Commission des banques se conforme ainsi à ces dispositions légales.

Le rapport de gestion porte notamment sur les principales questions traitées pendant l'année écoulée ainsi que sur la pratique et la politique suivies par l'autorité de surveillance. Il contient de plus la liste des fonds de placement suisses et étrangers soumis à la surveillance ainsi que celle des institutions de revision agréées par la Commission des banques pour la revision des banques et des fonds de placement. En revanche, il ne contient pas de données statistiques détaillées sur le développement et l'état actuel du système bancaire suisse. A ce sujet, on se référera utilement à la publication de la Banque Nationale Suisse intitulée «Les banques suisses en 1991» qui paraîtra en automne 1992. A côté de commentaires des données statistiques, elle contient une liste des banques assujetties à la loi.

En plus de son rapport de gestion annuel, la Commission des banques publie le «Bulletin» dans lequel sont rassemblées ses décisions les plus importantes (en 1991, fascicule 21).

II. Points essentiels

Deux événements, qui ont eu un écho considérable dans le public, ont marqué profondément l'année 1991: la fermeture de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune d'une part et la déconfiture de l'empire financier de Werner K. Rey d'autre part.

La Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune ayant été entraînée dans des difficultés par une politique d'expansion agressive, notamment sous la forme de l'octroi de crédits excessifs à des promoteurs immobiliers en dehors de son rayon d'activité, la Commission des banques a dû fermer la banque au début du mois d'octobre 1991 pour 14 jours afin de calmer la situation et de faciliter la recherche d'un éventuel repreneur. Cependant, étant donné qu'au terme de ce délai, aucune banque n'était prête à accorder son soutien et qu'il apparaîssait toujours plus clairement que les organes de la banque, à cause notamment d'une organisation des crédits tout à fait insuffisante, ne donnaient plus la garantie d'une activité irréprochable, l'autorisation d'exercer ses activités a dû être définitivement retirée à la banque le 18 octobre 1991. Le recours de droit administratif formé contre cette décision a été rejeté par le Tribunal fédéral. De nombreux clients ont été mis en difficultés par cette affaire qui est extrêmement regrettable. Il est apparu en particulier que la protection que donne aux déposants la convention XVIII de l'Association suisse des banquiers, de caractère privé, n'était pas suffisante dans un tel cas car un versement aux créanciers devrait pouvoir être effectué dès la décision de la Commission des banques de fermer la banque et non pas seulement après l'ouverture de la faillite ou l'octroi d'un sursis concordataire. Même si la surveillance bancaire n'a pas une position négative à l'égard de l'assainissement devenu nécessaire des structures du secteur bancaire, la Commission des banques a essayé lors d'entretiens avec tous les intéressés d'empêcher le renouvellement d'une telle affaire de façon à éviter une perte de confiance injustifiée à l'égard des banques régionales. Werner K. Rey et les sociétés de son conglomérat ont laissé, après leur faillite, des dettes bancaires de plus de 2 mias de francs envers plus de 50 banques, dont 14 banques cantonales. Une enquête ordonnée par la Commission des banques au printemps 1991 sur le déroulement des relations d'affaires avec Rey et ses sociétés a mis à jour de graves irrégularités telles que des dépassements de compétences, une organisation insuffisante des crédits, de gros crédits qui, contrairement à la loi, n'ont pas

été pris en considération ou la prise en compte irrégulière de titres de participation de sociétés du groupe comme garanties. La Commission des banques attend que l'octroi de crédits accordés à la légère sous l'effet de l'euphorie qui régnait pendant la haute conjoncture ne se répète pas sous cette forme.

En 1991, la circulaire sur les options a été revue afin de régler aussi les transactions en «financial futures». En outre, la Commission des banques a édicté une nouvelle circulaire «Directives relatives à la prévention et à la lutte contre le blanchiment de capitaux». Ces directives devraient sensiblement diminuer le risque d'être entraîné par négligence dans des opérations de blanchiment de capitaux et elles devraient instituer les règles strictes déjà appliquées par les banques suisses les plus sérieuses en un standard minimum devant être observé d'une manière générale.

La Commission d'experts chargée de la revision de la loi sur les fonds de placement a terminé ses travaux dans le délai imparti. On peut ainsi espérer que le premier pas a été fait en vue de contenir le déplacement à l'étranger des fonds suisses.

Le Département fédéral des finances a mis en consultation le projet de loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières, établi par un groupe d'experts. Il faut relever qu'une forte majorité des milieux intéressés s'est prononcée pour que la Commission des banques devienne la nouvelle autorité de surveillance dans ce domaine.

III. Environnement économique / Problèmes actuels des banques

1. Niveau de l'intérêt / Marché immobilier

La situation économique générale qui a commencé à se dessiner pendant l'année sous revue peut être qualifiée de stagflation et elle semble tourner à la récession. Dans cet environnement, les problèmes auxquels sont confrontées les banques sont devenus plus aigus. Un assainissement des structures «en douceur» devient problématique.

Le niveau de l'intérêt, qui pour le marché monétaire et le marché des capitaux de notre pays est encore élevé aujourd'hui, a une influence directe sur les banques dont la fonction primaire reste d'être les intermédiaires du crédit. La marge d'intérêt dans les affaires intérieures s'est fortement réduite. Un changement n'est pas en vue. Comme les banques suisses travaillent déjà avec des marges d'intérêt étroites par rapport à l'étranger, cette évolution ne nuit pas à leur capacité de concurrence. Elles sont au contraire bien armées pour faire face à l'érosion des marges qui se manifeste aussi sur le plan international.

Les arrêtés fédéraux urgents visaient à calmer le marché immobilier en pleine surchauffe. Ces efforts ont été dépassés par la hausse du niveau des intérêts. La constatation que les intérêts resteront élevés a ébranlé ceux qui escomptaient que des immeubles pourraient être revendus à un prix bien supérieur au prix d'achat et elle a conduit à une paralysie du marché. Les difficultés qui en ont résulté pour les négociants en immeubles et les pertes massives qu'elles ont entraînées se sont répercutées directement sur les comptes annuels des banques car bien des immeubles avaient été financés dans une trop grande mesure par des emprunts bancaires. Des constructions projetées ne peuvent pas être réalisées à cause des taux d'intérêt élevés et des immeubles neufs ne peuvent pratiquement plus être loués à des prix couvrant les charges.

2. Effets sur les banques

Le 90% environ des crédits hypothécaires de frs 363,7 mias en 1990, accordés dans notre pays par les banques suisses, se tient

dans les limites des 2/3 de la valeur vénale du gage immobilier. Dans le cas des 10% restants, qui représentent quand même un volume de crédits de frs 36,3 mias, les immeubles ont été grevés, à la suite des excès commis pendant la haute conjoncture, au-delà de la limite habituelle et prescrite des 2/3 de la valeur vénale et même dans certains cas à plus de 100% de cette valeur. De plus, il est arrivé souvent que les valeurs vénales soient fixées trop haut en regard des conditions actuelles. Dans de tels cas, les conséquences de la crise se sont faites sentir encore plus durement.

Les difficultés du marché immobilier ont eu pour effet d'augmenter les provisions devant être constituées par les banques:

- Les valeurs vénales des immeubles garantissant les crédits des banques ont diminué. Le risque de perte sur les crédits hypothécaires s'en est trouvé augmenté. Il a fallu réajuster à la baisse la valeur des gages immobiliers. Pour les banques, il s'en est suivi une augmentation des provisions à constituer.
- Les biens immobiliers destinés à la revente, notamment les terrains à bâtir, ne produisent le plus souvent aucun revenu. Le coût du financement par la banque pour une durée plus longue que celle qui avait été prévue à l'origine est devenu insupportable pour les négociants en immeubles. Les banques qui leur avaient accordé les prêts ont dû enregistrer des pertes d'intérêt plus importantes. Ceci a augmenté aussi le montant des provisions.
- La vente d'immeubles liée à des crédits en souffrance a encore augmenté l'offre, avec le risque qu'elle entraîne une nouvelle baisse des prix. Pour parer à ce danger, les banques ont racheté elles-mêmes dans une mesure accrue les immeubles vendus aux enchères.

Dans certains cas, la nécessité de constituer des provisions s'est aussi répercutée sur les fonds propres exigibles. Le maintien des exigences dans ce domaine n'a plus été assuré. Les possibilités de se procurer de nouveaux fonds propres, notamment par l'augmentation du capital social, étaient pratiquement nulles. Dans de tels cas, le rapprochement avec une banque plus solide ou la fusion avec d'autres banques est souvent la seule solution. Si cela n'est pas réalisable, la banque risque le retrait de l'autorisation. Le respect des prescriptions

en matière de fonds propres est une condition indispensable pour l'exploitation d'une banque.

L'octroi de crédits disproportionnés et excessifs dans le marché immobilier pendant l'euphorie de la haute conjoncture a été fatal à la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune (cf. IV / ch. 3 p. 212 ss).

Le réseau des banques, mesuré aux besoins actuels et futurs, est trop dense. La récession économique et le processus d'adaptation qui lui est lié le montre très clairement. Un assainissement des structures et un redimensionnement sont inévitables et ne peuvent pas être enrayés. Ce n'est pas non plus la tâche de la surveillance bancaire d'empêcher cette évolution. Elle doit cependant veiller à ce que cet assainissement des structures se déroule dans la mesure du possible sans pertes pour les créanciers.

IV. Surveillance des banques

1. Circulaires

1.1 Interdiction du formulaire B-CDB

Avec la revision du Code pénal du 1er août 1990, il a été introduit à l'article 305ter CP (défaut de vigilance en matière d'opérations financières) l'obligation de vérifier, conformément à la vigilance requise par les circonstances, l'identité de l'ayant droit économique lors de l'acceptation de fonds. D'après la Commission des banques, les formulaires B1 et B2 établis selon la convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB) ne sont pas compatibles avec les nouvelles normes pénales. Mais l'exception créée en son temps au devoir légal d'identifier le cocontractant et, s'il n'est pas identique à l'ayant droit économique, l'identité de ce dernier posait déjà un problème en regard de cette exigence légale d'identification, respectivement en regard de l'exigence de la garantie d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB). Le nouvel article 305ter CP vient donc à la rencontre des efforts déjà entrepris par l'autorité de surveillance afin que le devoir légal d'identifier le client soit entièrement respecté. Comme elle l'a déjà annoncé dans son rapport de l'année précédente (cf. Rapport de gestion 1990 p. 165 ss), la Commission des banques, en se basant sur l'article 3 alinéa 2 lettre c LB, a donc défendu par sa circulaire du 25 avril 1991 d'utiliser à l'avenir le formulaire B. Compte tenu de la protection pénale du secret professionnel dont bénéficient les avocats et les notaires et en application du principe de la proportionnalité, il a été prévu pour les clients de ces groupes professionnels quatre cas de prestations de services spécifiques pour lesquels les banques peuvent renoncer à déterminer l'identité de l'ayant droit économique: paiements d'avances ou de frais de procédure, de sûretés etc. ainsi que versements en faveur ou de la part d'une partie; partages successoraux en cours ou exécution de dernières volontés; liquidation en cours d'un régime matrimonial dans le cadre d'une procédure de divorce ou de séparation; comptes bloqués ou de consignation pour des avances et des valeurs patrimoniales dont l'appartenance est litigieuse dans le cadre d'autres contestations de droit civil ou de procédures arbitrales.

La suppression des formulaires B qui a eu un large écho dans le public constitue pour les banques, après une phase d'adaptation,

des simplifications dans l'identification des clients. Malgré une résistance initiale, l'interdiction des formulaires B n'a donc plus été combattue par les banques. En revanche, les avocats, les notaires, les fiduciaires et les gérants de fortune ont manifesté leur opposition. Il faut relever que la suppression des formulaires B ne change en rien le contenu et l'importance du secret bancaire suisse.

Le terme du délai accordé aux banques pour remplacer les formulaires B1 et B2 coïncidera avec l'expiration de la convention de diligence revisée en 1987, soit le 30 septembre 1992. Pour autant que le contenu de la nouvelle réglementation soit satisfaisant, la Commission des banques pourra continuer à laisser aux banques le soin de concrétiser elles-mêmes leur devoir d'identification et reconnaître les règles déontologiques comme un standard minimum en vue du respect de l'exigence légale de la garantie d'une activité irréprochable (cf. ch. 5.4 p. 219 et Rapport de gestion 1987 p. 154). A côté de différents changements de détails, deux modifications matérielles s'imposent par rapport à la CDB actuelle. En premier lieu, il ne devrait plus être contesté que le montant minimum pour l'identification du cocontractant et de l'ayant droit économique devrait être abaissé lors des opérations de caisse de frs 100000.-- à frs 25000.-- afin de tenir compte du montant minimum de 15000 écus prévu dans la directive de la CE sur le blanchiment de capitaux (cf. ch. 7.2 p. 251). En deuxième lieu, il faut trouver une réglementation en ce qui concerne l'identification des ayants droit économiques dans le cas des comptes et dépôts collectifs des intermédiaires financiers agissant à titre professionnel (brokers, gérants de fortune, fiduciaires, etc.) qui ne sont pas libérés, comme le sont les banques, de l'obligation de divulguer l'identité de leurs clients.

1.2 Options et «financial futures»

Le 9 novembre 1990, la SOFFEX Swiss Options and Financial Futures Exchange SA (ci-après SOFFEX) a introduit le marché des «financial futures» (contrats standardisés à terme basés sur des instruments financiers). A cette occasion, la Commission des banques a revu et complété sa circulaire du 2 novembre 1988 concernant les opérations en options sur actions, autres titres de participation et indi-

ces d'actions (cf. Rapport de gestion 1988 p. 150 ss). Outre les transactions déjà réglées, la nouvelle circulaire sur les «Options et financial futures» du 29 mai 1991 couvre aussi maintenant les «financial futures» et les opérations à options sur taux d'intérêt, devises, «financial futures» et métaux précieux.

La circulaire traite avant tout les transactions effectuées en bourse sur des options et des «financial futures». Mais elle règle aussi les transactions hors bourse qui sur plusieurs points (par exemple organisation, calcul des engagements à annoncer selon l'art. 21 OB, comptabilité) sont soumises à une réglementation plus sévère. Le commerce des certificats d'options (warrants) est assimilé au marché hors bourse.

Les banques doivent avoir une organisation administrative apte à maîtriser les risques inhérents aux transactions d'options et de «financial futures» et elles doivent disposer d'un personnel suffisamment qualifié. La circulaire se réfère à ce sujet aux «Directives et commentaires concernant le commerce des options négociables et des financial futures», édictées par l'Association suisse des banquiers le 9 novembre 1990, ainsi qu'au règlement de la SOFFEX. Ces documents contiennent en outre diverses notions de base ainsi que d'utiles renseignements sur le commerce d'options et de «financial futures».

Selon le droit en vigueur, seuls les contrats de «financial futures» traités hors bourse sont soumis à des exigences en matière de fonds propres. Les «financial futures» traités en bourse ainsi que les contrats d'options traités en bourse et hors bourse ne sont pas soumis à une telle exigence. Les contrats d'options traités en bourse ne doivent pas être couverts par des fonds propres parce que, dans ce cas, une sécurité financière adéquate pour l'exécution des contrats est régulièrement assurée par l'organisation de clearing participant directement, ou comme caution, à chaque transaction et une marge de couverture calculée chaque jour est demandée. De même, d'après l'Ordonnance sur les banques, seules les positions ouvertes en devises et en métaux doivent être couvertes par des fonds propres. En revanche, les risques de changement d'intérêt et les positions ouvertes en actions, en titres de participation et indices d'actions ne sont pas soumises à des exigences en matière de fonds propres.

La circulaire contient aussi une réglementation et des explications détaillées relatives à l'application des prescriptions sur la répartition des risques aux options et «financial futures». Un engagement, au sens des prescriptions sur la répartition des risques, n'existe que pour l'achat d'options pour le compte de la banque – mais il est limité au montant de la prime versée – et lors de l'émission de calls non couverts ou de puts. Comme la perte maximale envisageable pour les contrats d'options et de «financial futures», c'est-à-dire, le montant exposé au risque de crédit, est sensiblement inférieur à leur valeur nominale, respectivement à la valeur du contrat, il a été établi pour chaque genre de contrat une quote-part d'imputation fondée principalement sur la volatilité de la valeur de base. Mais pour déterminer ces quotes-parts, on a aussi pris en compte les principes de prudence et de praticabilité. Des quotes-parts différenciées ne s'appliquent qu'aux contrats portant sur taux d'intérêt, métaux précieux et d'une façon générale qu'aux contrats traités hors bourse. Pour ces derniers, la quote-part d'imputation est du double au maximum de celle appliquée aux contrats traités à la bourse. Les quotes-parts d'imputation varient entre 5% (options et «financial futures» sur des instruments de taux d'intérêt à court terme) et 40% (différents contrats traités hors bourse) du montant nominal, respectivement du montant du contrat. La Commission des banques discute actuellement avec les représentants des grandes banques d'une solution alternative pour le calcul du risque de crédit relatif aux transactions à terme et aux instruments dérivés; il s'agirait de prendre pour base la valeur de remplacement de chaque contrat.

En ce qui concerne la comptabilité, la circulaire se réfère essentiellement aux «principes de comptabilisation et d'inscription au bilan» édictés par la SOFFEX pour les options négociables et les «financial futures». En outre, comme jusqu'à présent, la circulaire prescrit d'une façon impérative la comptabilisation des marges et des primes ainsi que des revenus des transactions de la clientèle et des transactions propres de la banque.

1.3 Directives relatives au blanchiment de capitaux

Le 18 décembre 1991, la Commission des banques a édicté, sous forme de circulaire, les «Directives relatives à la prévention et à

la lutte contre le blanchiment de capitaux», qui entrera en vigueur le 1er mai 1992 (cf. ch. 5.4 p. 219).

1.4 Suppression de circulaires

Dans le cadre de la prochaine réédition de son recueil de circulaires, la Commission des banques a abrogé le 1er juillet 1991 avec effet immédiat neuf circulaires, deux directives et un règlement qui étaient dépassés ou qui étaient devenus sans objet:

- circulaire No 2 du 31 juillet 1936 concernant la prorogation des échéances et le sursis concordataire,
- circulaire No 9 du 21 octobre 1940/1er avril 1941 concernant la définition de la banque commerciale,
- circulaire No 23 du 22 janvier 1964 concernant l'engagement des valeurs reçues en nantissement de la clientèle/art. 17 LB,
- circulaire No 27 du 22 septembre 1967 concernant la divulgation du contenu des rapports de revision,
- circulaire No 28 du 4 février 1969 sur l'organisation interne des banques/la position du président du conseil d'administration,
- circulaire No 32 du 23 novembre 1971 concernant les prescriptions sur la liquidité selon la loi sur les banques,
- circulaire No 34 du 10 février 1972 concernant la répartition du bénéfice net/les attributions au fonds de réserve légal,
- circulaire No 35 du 30 juin 1972 concernant l'organisation interne/le calcul des exigences minimales en matière de fonds propres/la comptabilisation au bilan des opérations à terme sur devises,
- circulaire du 21 octobre 1981 concernant les métaux précieux dans le calcul de la liquidité,
- directives du 28 février 1936 sur le critère de distinction entre les banquiers privés, les agents de change, les maisons de bourse, les gérants de fortune, les notaires et les agents d'affaires – la notion de l'appel au public pour recueillir des dépôts de fonds,
- directives du 5 août 1965 concernant l'assujettissement des socié-

tés financières à la loi du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne,

- règlement du 9 septembre 1935 limitant le champ d'activité des institutions de revision reconnues par la Commission fédérale des banques (abrogé le 1er août 1991; RO 1991 1488).

La liste des circulaires encore en vigueur est annexée au présent rapport (voir p. 182).

2. Omni Holding/W. K. Rey

La déconfiture au printemps 1991 du conglomérat constitué par W. K. Rey à travers Omni Holding SA a occupé la Commission des banques d'une façon intensive. Comme il était connu que Rey, respectivement Omni Holding SA avaient constitué leur empire en finançant leurs acquisitions par des crédits bancaires, la Commission des banques a fait procéder, d'avril à juin 1991, par les reviseurs bancaires à des enquêtes sur l'ampleur des engagements des banques envers le groupe Omni/Rey.

Ces enquêtes ont révélé que 50 banques, dont 14 banques cantonales, avaient développé des relations d'affaires avec le groupe Omni/Rey. Le total des crédits versés se montait au 31 décembre 1990 à frs 1419,2 mios. Ce montant comprend pour frs 305,9 mios les dettes privées de W. K. Rey envers les banques suisses. Plus de la moitié des engagements, soit frs 752,3 mios ont été accordés en blanc. Le 31 décembre 1990, les provisions constituées sur ces positions se montaient à frs 243,6 mios. Il ressort des enquêtes de la Commission des banques qu'avec les sous-participations de frs 666 mios cédées à l'étranger, les dettes bancaires du groupe Omni/Rey dépassent 2 mias de francs.

Les banques engagées envers le groupe Omni/Rey se sont rendues coupables de différents manquements, parfois graves, dans le déroulement de leurs relations d'affaires avec le groupe:

a) Garantie d'une activité irréprochable

Il a fallu constater dans huit banques qu'au niveau du conseil d'administration ou de la direction des fautes avaient été commises,

en particulier des dépassements de compétences qui ne sont pas conciliables avec la garantie d'une activité irréprochable. Dans six cas, les banques ont congédié les responsables. Dans les deux autres banques, des procédures ont été ouvertes contre les organes responsables en ce qui concerne la garantie d'une activité irréprochable. Elles ne sont pas encore terminées.

b) Documentation des crédits insuffisante

D'après l'article 9 alinéa 3 OB, la direction doit réunir les documents qui sont nécessaires à la décision et à la surveillance des crédits. Cette documentation doit aussi permettre au reviseur bancaire d'apprécier correctement l'opération. Dans le cas Omni/Rey, les dossiers de crédits ne remplissent pas ou que partiellement cette exigence. Par exemple, les états de la fortune personnelle de Rey et du groupe Omni n'ont pas été actualisés ou manquent complètement, les engagements massifs du groupe Omni/Rey à l'égard d'autres banques ne sont pas ou ne sont que très partiellement connus et les buts des crédits ne sont décrits que d'une façon très vague. Un des éléments essentiels d'une documentation des crédits est l'établissement d'un tableau consolidé de l'ensemble du financement du débiteur par des capitaux étrangers (appréciation sur une base consolidée de la situation des dettes du débiteur). Etant donné les lacunes citées ci-dessus, les dossiers de crédits ne permettaient pas d'apprécier sérieusement les engagements des banques à l'égard du groupe Omni/Rey.

Chaque banque qui accorde un crédit doit pour elle-même remplir les conditions de l'article 9 alinéa 3 OB. Il n'est donc pas admissible que dans le cas des crédits syndicaux les banques qui prennent des sous-participations se fient aveuglément à l'examen effectué par la banque qui dirige le syndicat et qu'elles renoncent elles-mêmes, comme ce fut parfois le cas lors des affaires avec le groupe Omni/Rey, à réunir toute documentation. Même si la décision de prendre une sous-participation doit intervenir à bref délai et qu'il n'existe qu'une documentation rudimentaire sur l'emprunteur, un examen critique est indispensable. En ce qui concerne la documentation des crédits, la banque qui prend une sous-participation doit

d'une part se baser sur la documentation réunie par la banque qui dirige le syndicat mais elle doit aussi demander d'autre part qu'une copie complète du dossier soit mise à sa disposition. Dans ces conditions, il est absolument indispensable qu'une banque qui dirige un syndicat examine à fond l'emprunteur et sa solvabilité et constitue un dossier complet et sérieux. Dans ce sens, la banque qui dirige un syndicat a une responsabilité particulière à l'égard des exigences de l'article 9 alinéa 3 OB.

c) Garanties au sein du groupe/Gros risques

Selon les instructions régissant l'établissement des comptes annuels de l'ordonnance sur les banques (annexe II A ch. 1.6 OB), les titres de participation de l'entreprise débitrice et d'une entreprise qui lui est liée financièrement au sens de l'article 21 alinéa 5 OB ne sont pas reconnus comme garanties. Contrairement à ces prescriptions, quelques-unes des banques engagées envers le groupe Omni/Rey ont comptabilisé comme couverts des crédits garantis par des sûretés au sein du groupe. Il aurait été correct de les traiter comme des crédits en blanc et de considérer les actions du groupe uniquement comme des garanties supplémentaires, ce qu'a fait d'ailleurs un petit nombre de banques. La comptabilisation erronée de crédits en blanc comme des crédits garantis a eu pour conséquence que dans six banques, le taux de 40% des fonds propres pour les crédits garantis a été pris en considération lors de l'application des prescriptions sur la répartition des risques (art. 21 OB). Il s'en est suivi qu'en violation des prescriptions légales, aucune annonce de gros risques pour des engagements en blanc n'a été faite à la Commission des banques.

d) Comptes annuels 1991/Provisions

Il n'appartient pas à la Commission des banques de prescrire aux banques dans quelle mesure elles doivent constituer une provision pour un engagement déterminé. C'est avant tout la responsabilité de la banque. D'après ce que l'on sait actuellement, on doit s'attendre à de lourdes pertes sur les engagements envers le groupe

Omni/Rey. Des provisions importantes sont inévitables. Pour assurer que les comptes annuels 1991 soient publiés d'une façon correcte et qu'ils correspondent à la situation de fait, la Commission des banques a recommandé à cinq banques, chez lesquelles on pouvait prévoir que la constitution des provisions poserait des problèmes, de lui soumettre leurs comptes annuels avant leur publication.

Les banques qui se sont effectivement rendues coupables des manquements résumés ci-dessus ont reçu de cas en cas un blâme de la Commission des banques. Les autres banques concernées ont été mises au courant des manquements constatés, dans ce sens que les résultats de l'enquête leur ont été communiqués. La Commission des banques part de l'idée que les leçons nécessaires ont été tirées des fautes commises par les banques dans le cas Omni/Rey. Cette affaire a laissé des traces dans le monde bancaire suisse. La légèreté avec laquelle certains crédits ont été accordés au financier Rey et à son conglomérat n'est pas compatible avec le soin qu'un banquier sérieux doit apporter à ses affaires.

Mais dans cette affaire, ce ne sont pas seulement les banques qui ont commis des fautes. Selon l'article 44 lettre o OB, l'organe de revision doit s'exprimer clairement dans le rapport de revision sur la légalité, l'opportunité et le fonctionnement de l'organisation interne de la banque et il doit examiner en particulier les mesures d'organisation qui ont été prises en vue d'assurer la surveillance et le contrôle de l'activité et de la présentation des comptes de la banque. La Commission des banques a dû constater que dans le rapport de revision, les organes de revision n'avaient pas relevé, ou seulement de manière insuffisante, les manquements découverts dans le cadre de l'enquête faite au début de l'été 1991. La Commission des banques a donc critiqué les rapports des organes de revision en estimant que, de ce point de vue, ils étaient insuffisants. Les prises de position de certains organes de revision au sujet des manquements constatés lors de l'enquête ont aussi parfois manqué de sens critique. Elles ne condamnaient pas les lacunes dans les dossiers de crédits ou la prise en compte de sûretés au sein du groupe comme garanties. La Commission des banques a rappelé aux organes de revision que d'après l'article 20 alinéa 4 LB, la revision doit être faite avec toute la diligence requise d'un reviseur sérieux et qualifié.

3. Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune

Depuis la dernière revision de la loi sur les banques en 1971, une banque doit avoir l'autorisation de la Commission des banques pour exercer son activité. Jusqu'à présent, la Commission des banques a retiré l'autorisation à 21 banques, ce qui a pour conséquence, d'après la loi, d'entraîner leur liquidation. Mais, depuis longtemps, un retrait d'autorisation n'avait pas éveillé autant d'échos dans le public que la fermeture de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune, ordonnée par les décisions de la Commission des banques des 3 et 18 octobre 1991.

Ces mesures de l'autorité de surveillance ont été précédées d'une évaluation de plus de la moitié des prêts de la banque par un organe de revision neutre. Cette estimation a montré que dans le cas le plus favorable, les provisions sur les crédits immobiliers devaient atteindre environ le montant des fonds propres à fin 1990. L'estimation a été rendue plus difficile par une documentation des crédits tout à fait insuffisante. Ainsi, dans certains cas, il ne ressortait pas du dossier si le bien-fonds concerné se trouvait ou non dans une zone à bâtir. Il manquait aussi très souvent les contrats d'achat, les extraits à jour du Registre foncier, les estimations de la valeur vénale, les plans de construction et des prévisions de coûts sérieuses.

Tous ces manquements et d'autres critiques de l'organe de revision révélaient une organisation des crédits absolument insuffisante. Contrairement à ses obligations légales, la banque avait omis d'annoncer à temps de gros crédits représentant le 30% du total du bilan ou le 400% de ses fonds propres. D'après la pratique de la Commission des banques, une telle concentration des risques n'aurait jamais pu être tolérée. Sur la base de ces constatations, la Commission des banques est arrivée à la conclusion que les organes de la banque ne présentaient plus la garantie d'une activité irréprochable.

Malgré les injonctions dans ce sens de la Commission des banques, les organes de la banque ont essayé tardivement et en vain d'obtenir l'aide d'autres banques. Bien que certains créanciers importants eussent été d'accord de renoncer à une partie de leurs créances et que la grande majorité des actionnaires fût prête à céder ses actions à un prix symbolique, il ne s'est pas trouvé une banque,

compte tenu des risques élevés et difficilement calculables; qui soit prête ou en mesure de mettre à disposition les fonds nécessaires à un sauvetage.

Etant donné que le surendettement de la banque ne pouvait pas être exclu et que des rumeurs circulaient déjà dans les milieux informés, la Commission des banques ne pouvait pas admettre que des créanciers fassent encore de nouveaux dépôts ou que des personnes mieux informées retirent à temps leurs fonds au préjudice des autres créanciers.

En dépit des effets prévisibles sur le système bancaire et sur le système des paiements, ainsi que sur les clients de la banque, la Commission des banques a donc ordonné le 3 octobre 1991 la fermeture immédiate de la banque, d'abord limitée à 14 jours. Il lui fut notamment défendu de prendre tout nouvel engagement, d'accepter des fonds, d'honorer des chèques, de procéder à des paiements ou à des transferts. Les appareils du bancomat de la banque durent être mis hors service. Les entrées d'argent en faveur des clients, qui conduisaient à une augmentation du passif, durent être créditées sur des comptes spéciaux et durent être retournées immédiatement au payeur pour autant qu'une autre instruction du bénéficiaire n'ait pu être obtenue sans délai. Par la suite, l'observateur mis en place provisoirement par la Commission des banques a autorisé, en accord avec l'autorité de surveillance, des paiements de frs 500.--, puis de frs 3000.-- par compte.

La banque n'ayant pas réussi non plus à trouver un repreneur durant le délai de 14 jours, la Commission des banques lui a retiré définitivement l'autorisation le 18 octobre et elle a exécuté sa décision immédiatement. Malgré une demande de sursis bancaire ou de sursis concordataire déposée la veille par la banque auprès du juge, le retrait d'autorisation était nécessaire. C'était le seul moyen d'enlever aux organes de la banque, qui ne donnaient plus la garantie d'une activité irréprochable, la direction de la banque.

Le recours de droit administratif formé contre la décision de la Commission des banques a été rejeté le 20 novembre 1991 déjà par le Tribunal fédéral. Celui-ci confirmait ainsi la légitimité de la manière d'agir de la Commission des banques. Cet arrêt a donné l'occasion au Tribunal fédéral de préciser le rapport entre les mesures adminis-

tratives de la Commission des banques et les compétences du juge appelé à statuer sur le sursis et le concordat. Il a confirmé qu'un retrait d'autorisation – ne se fondant pas uniquement sur la situation financière – par la Commission des banques est encore admissible ou indiqué lorsqu'une demande de sursis est déjà en cours. Si ce n'était pas le cas, les organes de la banque auraient la possibilité en déposant une telle demande de paralyser les mesures que l'autorité de surveillance menace de prendre et d'empêcher ainsi la Commission des banques d'exercer sa surveillance en faveur de la protection de tous les créanciers de la banque. Par décision du 18 décembre 1991, la Cour des poursuites et faillites du Tribunal fédéral a confirmé, contrairement à l'opinion de l'instance inférieure, qu'un sursis bancaire peut être accordé à une banque malgré le retrait d'autorisation par la Commission des banques et la liquidation qui en résulte.

La fermeture de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune après 125 ans d'existence est extrêmement regrettable. Même si on tient compte de la hausse des taux d'intérêt qui n'était pas prévisible, les actionnaires et les créanciers de la banque doivent payer le prix d'un soutien disproportionné, inconsidéré et incontrôlé accordé par une banque à la spéculation immobilière. Ce n'est qu'après la clôture de la liquidation que l'on connaîtra l'ampleur du préjudice subi par les créanciers et que l'on saura s'ils doivent en tout état de cause supporter des réductions de leurs créances. Mais les restrictions touchant les prélèvements ont provoqué de grosses difficultés à de nombreux clients de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune. Les éclaircissements en cours montreront dans quelle mesure la responsabilité pénale et civile des différents acteurs est engagée.

Lors d'entretiens avec tous les milieux intéressés, la Commission des banques a tenté d'empêcher la répétition d'un tel cas qui aurait pour effet une perte de confiance injustifiée à l'égard de toutes les banques du même genre. Mais il y aura lieu d'examiner le renforcement de la protection des déposants instituée sur une base privée par la Convention XVIII de l'Association suisse des banquiers. Dans le cadre de cette convention, les autres banques se déclarent prêtes, en cas de faillite ou de liquidation concordataire d'une banque, d'avancer à ses créanciers des comptes d'épargne et de salaire jusqu'à frs 30000.–– par personne contre cession des créances. La conven-

tion créée en 1985 n'avait pas subi jusqu'ici le baptême du feu. Le cas de la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune montre avant tout la nécessité d'un paiement intervenant tout de suite après la décision de fermeture de la Commission des banques. Ce n'est pas seulement l'ouverture de la faillite ou l'octroi d'un sursis concordataire qui devrait déclencher ce paiement. Il faut aussi examiner si l'étendue de la protection est suffisante et spécialement si d'autres catégories de créanciers comme par exemple les créanciers en compte courant (artisans et commerçants) ne devraient pas aussi être protégés.

4. Problèmes de solvabilité

La période de surchauffe de ces dernières années a été caractérisée par des espoirs de gains exagérés non seulement sur le marché immobilier mais aussi dans d'autres domaines de l'économie nationale. En vue de réaliser les gros bénéfices qui étaient escomptés, on était prêt à prendre des risques notamment aussi pour financer des entreprises dont les perspectives paraissaient prometteuses. La hausse de la conjoncture a également encouragé les banques à prendre des risques et à financer des entreprises qui d'après une appréciation conservatrice et prudente n'auraient pas dû être considérées comme dignes de recevoir des crédits. La baisse de la conjoncture a commencé à révéler les conséquences de la politique agressive visant à augmenter chaque année à tout prix le total du bilan et les bénéfices. La récession a d'abord touché les entreprises dont les bases financières n'étaient pas solides et elle a posé des problèmes aux banques qui s'étaient surtout engagées envers de telles entreprises. De plus, la valeur des garanties sous forme de gages immobiliers qu'on croyait solides s'est révélée souvent bien peu efficace (cf. ch. III/2 p. 200).

Les banques confrontées à de tels problèmes de solvabilité rencontrent des difficultés croissantes à trouver une solution leur permettant de sauvegarder leur indépendance ou même de sauver leur existence. L'appui d'un tiers est souvent la seule issue. Le soutien venant du cercle des banques elles-mêmes peut adopter différents scénarios allant de l'aide financière sous forme de garanties et d'avances jusqu'à la reprise de la banque. Mais il est compréhen-

sible que les banques régionales sérieuses et solvables ne soient pas disposées à reprendre des banques de leur secteur qui se sont mises en difficultés par leur politique agressive. Mais les grandes banques également, qui sont actuellement le mieux à même sur le plan financier d'accorder leur appui à des banques menacées, ne sont prêtes à venir au secours de banques en difficultés que dans des cas exceptionnels, et pour autant que le risque puisse être évalué. Si l'aide est accordée, elle n'intervient que dans la mesure où une reprise ultérieure est envisagée en vue d'obtenir un élargissement de l'activité dans le cadre régional. C'est donc surtout la prise de participations majoritaires qui entre en ligne de compte. Dans cette perspective, l'octroi de garanties et l'apport de fonds propres sont à considérer comme devant préparer une reprise ultérieure. Le soutien accordé à une banque en difficultés suivi de l'acquisition de la majorité de son capital social par une grande banque amène donc sa disparition à plus ou moins longue échéance.

La liquidation volontaire de banques en difficultés entraîne aussi leur disparition. Ce phénomène fait également partie du processus de redimensionnement en cours. Du point de vue de la Commission des banques, il s'agit dans des cas de ce genre de garantir aux créanciers, avec l'aide des grandes banques, des banques cantonales et le cas échéant de la Banque Nationale, une liquidation sans pertes. L'image de marque de la place bancaire est en jeu. La Commission des banques a déjà discuté diverses formes d'intervention avec les intéressés.

Dans certains cas, la fusion avec des banques plus solides peut être la solution au problème. Mais il faut considérer que la fusion entre banques, dont l'une n'a plus les fonds propres intacts, oblige l'autre banque à bloquer des réserves pour un montant équivalent. Les fusions ne doivent intervenir que lorsqu'il existe des perspectives claires d'amélioration des structures économiques. A cet égard, la fusion des banques du Seeland peut servir de modèle. Il faut relever que les banques régionales impliquées dans cette fusion étaient dans une situation régulière et que le projet avait été préparé de longue date. Les problèmes qui deviennent plus aigus pourraient accélérer des fusions de ce genre entre banques d'autres régions et faire disparaître les barrières traditionnelles.

5. Pratique de l'autorité de surveillance

5.1 Assujettissement d'intermédiaires financiers importants

Avec la revision de l'ordonnance sur les banques du 23 août 1989, les intermédiaires financiers importants ont aussi été assujettis en tant que banques à la loi sur les banques (art. 2a let. b OB). Pendant l'année sous revue, il a fallu décider si des sociétés financières appartenant à un groupe devaient être assujetties à la loi sur les banques comme intermédiaires financiers importants.

Il s'agissait en particulier de deux importantes sociétés suisses qui gèrent la trésorerie de groupes automobiles étrangers. Elles réduisent les risques de change du groupe par des opérations sur devises, elles assurent le trafic des paiements du groupe sur le plan international et elles contribuent à limiter, par des opérations de couverture, les risques que présentent des positions ouvertes en matières premières. En outre, ces sociétés accordent aussi des prêts aux sociétés du groupe.

Par décision du 1er juillet 1991, la Commission des banques a répondu par la négative à la question de savoir si ces sociétés devaient être soumises à la loi sur les banques et cela même si le refinancement dépassait aux jours critères la limite de frs 500 mios fixée en 1989 par la Commission des banques (Rapport de gestion 1989 p. 160). Le fait déterminant qui a été retenu est que ce refinancement ainsi que tous les placements à court terme effectués à l'extérieur du groupe sont en relation directe avec les fonctions de domicile de paiement, de trésorerie et de couverture des risques que ces sociétés exercent pour leur groupe et que, de plus, elles ne procèdent sur le marché interbancaire à aucune opération autonome impliquant une différence d'intérêt.

Par cette décision, la Commission des banques a aussi voulu éviter de favoriser les groupes industriels qui renoncent à créer des sociétés ad hoc pour remplir ces tâches mais les font exécuter par leurs services financiers internes.

Finalement la Commission des banques n'a pas assujetti non plus à la loi sur les banques la succursale suisse d'un groupe financier étranger. En plus des motifs précités, la Commission des ban-

ques a tenu compte du fait que la surveillance d'une succursale suisse n'est pas possible lorsque la succursale principale étrangère n'est pas considérée comme étant une banque et n'est en conséquence pas soumise à une surveillance bancaire.

5.2 Prescriptions en matière de placement des sociétés financières à caractère bancaire

Par l'assujettissement complet des maisons d'émission à la loi sur les banques (cf. Rapport de gestion 1990 p. 156, 1989 p. 159), l'environnement légal des sociétés financières à caractère bancaire s'est profondément modifié. Plusieurs de ces sociétés sont maintenant assujetties complètement à la loi sur les banques et plus seulement aux prescriptions des articles 7 et 8 LB régissant les informations à fournir à la Banque Nationale et l'exportation des capitaux. Etant donné ces modifications et le fait que certaines de ces sociétés ont été confrontées à fin 1990 à la nécessité de faire des provisions massives sur des positions de titres, la Banque Nationale et la Commission des banques ont été amenées, suite à une demande qui leur a été faite, à lever complètement les prescriptions en matière de placement minimum s'appliquant aux sociétés financières à caractère bancaire, prescriptions qui avaient été assouplies la dernière fois en 1987.

D'après la circulaire édictée le 7 mars 1991 par la Banque Nationale en accord avec la Commission des banques; les sociétés seront reconnues par la Commission des banques comme sociétés financières à caractère bancaire lorsque:

- elles disposent d'un capital social libéré d'au moins frs 2 mios (comme jusqu'ici),
- elles disposent d'un établissement stable en Suisse, c'est-à-dire de leurs propres locaux, des moyens de communication nécessaires et du personnel responsable à plein temps (comme jusqu'ici),
- leurs statuts excluent l'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt ainsi que la participation aux placements d'émissions (adaptation; un engagement écrit concernant l'appel au public n'est plus nécessaire) et
- leurs statuts précisent que le but de la société est de financer un nombre indéterminé de personnes ou d'entreprises qui ne forment

ni entre elles ni avec la société financière une entité économique (exigence nouvelle qui remplace les prescriptions sur les placements minimums).

La Banque Nationale envisage de revoir ces prescriptions en 1993.

5.3 Garantie d'une activité irréprochable

Une banque privée spécialisée dans la gestion de fortune a établi pour un de ses clients suisses de longue date des attestations de complaisance. La banque a confirmé dans une procédure officielle qu'elle avait autorisé trois prêts hypothécaires et avait accordé les crédits correspondants. Cependant, cela ne correspondait pas à la réalité et n'avait pas été envisagé. Ainsi, la banque a accepté que la société du Liechtenstein, représentée par le client, arrive, en détournant la clause générale de l'article 4 alinéa 1 lettre g de la Loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger, à se trouver dans une situation analogue à celle du propriétaire en ce qui concerne les trois immeubles.

A la suite de ces fausses déclarations, l'associé indéfiniment responsable et les directeurs de la banque ont été reconnus par le tribunal coupables d'infractions contre la Loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger et ils ont été condamnés à de fortes amendes. La Commission des banques a examiné cette affaire sous l'angle de la garantie d'une activité irréprochable. Comme il s'est agi chez cette banque, qui normalement ne traite pas les affaires hypothécaires, d'une faute unique, la Commission des banques, tenant compte du principe de la proportionnalité, a infligé un blâme et a menacé de retirer l'autorisation en cas de récidive. Si on avait jugé que le principal responsable ne donnait plus la garantie d'une gestion irréprochable, la banque aurait dû être fermée.

5.4 Directives relatives au blanchiment de capitaux

Dans le rapport de gestion de 1990 (p. 164 s.), la Commission des banques annonçait la publication de directives générales s'adressant à toutes les banques en vue d'empêcher et de combattre

le blanchiment d'argent. Un premier projet de février 1991, établi en collaboration avec des experts du droit pénal, a servi de base de discussion à un groupe de travail formé de représentants des associations de banques intéressées, de l'Association du personnel de banques, de la Commission de surveillance CDB et du Secrétariat de la Commission des banques. Ce groupe de travail a pu remettre à la Commission des banques en automne 1991 une nouvelle version du projet qui s'appuyait sur un large consensus. Après consultation auprès de l'Association suisse des banquiers, de la Chambre fiduciaire, de la Commission de surveillance CDB et de quatre ministères publics cantonaux, la Commission des banques a édicté le 18 décembre 1991 la circulaire sur les «Directives relatives à la prévention et à la lutte contre le blanchiment de capitaux» (en abrégé: «Directives relatives au blanchiment de capitaux») dont l'entrée en vigueur a été fixée au 1er mai 1992.

a) But

Les directives visent trois buts en ce qui concerne le blanchiment de capitaux. En premier lieu, la pratique de la Commission des banques, formulée jusqu'ici de manière générale, et relative à la garantie d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB) ainsi qu'à l'organisation interne adéquate (art. 3 al. 2 let. a LB) est concrétisée, et en particulier la notion de vigilance requise par les circonstances est définie. En deuxième lieu, les directives doivent fournir des éléments d'interprétation des dispositions pénales entrées en vigueur le 1er août 1990 réprimant le blanchiment intentionnel d'argent (art. 305bis CP) et le défaut de vigilance en matière d'opérations financières (art. 305ter CP), sans toutefois que cette interprétation puisse lier les autorités de poursuites pénales. En troisième lieu, il s'agit de tenir compte dans le secteur bancaire des recommandations internationales du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire et du Groupe d'action financière sur le blanchiment de capitaux (GAFI, cf. ch. 7.5 p. 253) ainsi que de la directive de la Communauté Européenne sur le blanchiment d'argent (cf. ch. 7.2 p. 251) dans la mesure où il n'est pas nécessaire pour cela de modifier la loi.

La circulaire de la Commission des banques renonce par contre à régler d'une façon autonome l'identification des clients ou à apporter des corrections ponctuelles aux règles d'identification de la Con-

vention de diligence (CDB). Elle se contente de faire référence à l'article 305ter CP et aux règles déontologiques des banques. Cette répartition claire des tâches devrait pouvoir éviter de nouvelles divergences entre les instructions de l'autorité de surveillance et les règles de l'Association suisse des banquiers, comme celles qui sont apparues au sujet des formulaires B (cf. ch. 1.1 p. 203) et ceci dans l'intérêt d'une application pratique par les employés de banque.

b) Principes et conditions d'organisation

La circulaire réunit dans des «principes» les règles de comportement les plus importantes ainsi que les devoirs de vigilance en rapport avec la répression du blanchiment d'argent et les décrit ensuite en détail. Au sens des recommandations du GAFI, la circulaire détermine les exigences en matière d'organisation: obligation d'édicter des instructions internes, de former le personnel ainsi que de désigner un service interne de lutte contre le blanchiment de capitaux, dont les tâches peuvent être aussi confiées à des personnes ou à un service externe (par exemple une association de banques ou l'organe de revision).

c) Comportement lors de transactions inhabituelles

La partie la plus importante de la circulaire est constituée par les directives établies selon les recommandations du GAFI pour reconnaître les transactions inhabituelles et les indices d'un éventuel blanchiment d'argent (cf. Rapport de gestion 1990 p. 167 s.) ainsi que le comportement à observer en cas de soupçon quant à l'origine criminelle des capitaux. En partant du fait que ce n'est pas la tâche de la banque – qui d'ailleurs n'en aurait pas les moyens – de rechercher d'une manière systématique lors de chaque transaction un éventuel acte délictueux, la circulaire mentionne les cas qui réclament une attention particulière de la banque ainsi que des vérifications complémentaires. Il s'agit notamment de grosses transactions au comptant ainsi que d'indices décrits d'une façon générale dans une annexe et qui sont illustrés au moyen d'une liste non exhaustive d'exemples pratiques. Lorsqu'elle se trouve en présence de telles transactions inhabituelles, la banque doit se procurer les informations, dont elle doit vérifier la plausibilité, lui permettant une appréciation suffisante de l'arrière-plan économique.

d) Comportement à observer en cas de soupçon de blanchiment

Lorsque la banque a des soupçons concrets sur l'origine criminelle des avoirs d'un client, elle a le choix entre une communication aux autorités de poursuites pénales et la rupture des relations d'affaires. Etant donné qu'actuellement la situation juridique n'est pas claire et qu'elle ne sera éclaircie que lorsque le droit de communiquer sera introduit comme prévu dans le Code pénal, la circulaire laisse à la banque l'alternative et elle décrit le conflit d'intérêts où se trouve la banque. En revanche, la circulaire prescrit comment une banque doit agir si elle se décide pour l'une ou l'autre des possibilités.

Les directives règlent enfin l'établissement et la conservation de la documentation, en particulier des documents d'identification des clients ainsi que la question, dans l'intérêt de la répression du blanchiment d'argent, des attestations et transactions indésirables.

Les directives relatives au blanchiment de capitaux, préparées avec la collaboration des banques, ne cherchent pas à créer une suspicion générale ou à soumettre les clients à une avalanche de questions. Elles ne doivent pas non plus rendre plus difficiles les opérations courantes, parfaitement légales. Toutefois, on peut attendre des nouvelles directives qu'elles diminuent fortement le danger de participer par négligence à des transactions de blanchiment de capitaux et que les normes déjà appliquées par les banques suisses sérieuses deviennent un standard minimum respecté par tous, dans l'intérêt de l'image de marque de notre place financière.

5.5 Banques en mains étrangères

5.5.1 Réciprocité

Il ressort des procédures d'autorisation menées jusqu'à présent que la réciprocité est garantie actuellement par les pays suivants, parfois avec des restrictions pour certains d'entre eux: les Etats membres de la CE (la question de la réciprocité n'a jusqu'à présent encore jamais dû être décidée en ce qui concerne la Grèce, l'Irlande et le Portugal), l'Autriche, le Canada, la Finlande, Hong Kong, Israël, le Japon, la Norvège, la Nouvelle Zélande, la Suède et la Turquie ainsi

que les Etats suivants des Etats-Unis: Californie, Colorado, Connecticut, Floride, Illinois, Indiana, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvanie, Texas et Wisconsin.

5.5.2 **Japon et Corée du Sud**

En juillet 1990, la Commission des banques s'est déclarée prête à accepter jusqu'en été 1991 un maximum de dix demandes d'autorisation de sociétés financières japonaises en Suisse. Il s'agit de sociétés qui ont été assujetties à la loi sur les banques à la suite de la modification de l'ordonnance sur les banques du 23 août 1989 parce qu'elles sont actives dans le domaine des émissions (Rapport de gestion 1990 p. 169). Les dix demandes d'autorisation ont été acceptées entre octobre 1990 et juillet 1991 et les requérantes ont reçu l'autorisation d'exercer leur activité en tant que banque.

En vue de l'expiration au début de 1993 du délai transitoire de trois ans prévu dans le cadre de la révision de l'Ordonnance sur les banques, la Commission des banques a formulé un nouveau catalogue d'exigences qu'elle a transmis au Département fédéral des affaires étrangères pour être discuté avec le Ministry of Finance. A la suite de la surcharge causée par des problèmes intérieurs japonais, les discussions bilatérales ont été pour le moment ajournées par le MOF.

En observant l'évolution intervenue depuis 1986 (Rapports de gestion 1990 p. 168 s., 1989 p. 184, 1988 p. 162 s., 1987 p. 174 s., 1986 p. 131 ss), on constate que d'importantes possibilités nouvelles ont pu être offertes aux banques étrangères travaillant au Japon. Malgré ces progrès sensibles, le libre accès au marché n'est pas encore complètement garanti. Les possibilités d'activité de banques étrangères au Japon restent limitées surtout si on les compare à la place financière suisse où les banques japonaises peuvent développer leurs activités sans entraves juridiques ou administratives. Les restrictions qualitatives importantes qui subsistent et qui ont pour effet que le Japon ne garantit toujours pas la réciprocité d'une manière générale feront l'objet des entretiens et des négociations qui auront lieu avec les autorités japonaises.

En Corée du Sud, une libéralisation progressive du marché financier est en cours. Le processus de déréglementation dans le

domaine financier a été engagé. La transparence des critères d'accès au marché et l'égalité de traitement des banques étrangères et des maisons de titres ne sont actuellement pas garanties. Les nombreuses et importantes limitations des possibilités d'activité des banques suisses en Corée du Sud et l'intérêt manifesté par des sociétés sud-coréennes d'exercer en Suisse une activité bancaire placent la Commission des banques dans une situation semblable à celle qui existait lorsque les discussions avec le Japon s'engagèrent au début des années 80. Il est donc prévisible que lors des négociations entre le Département des affaires étrangères et les autorités de la Corée du Sud, il faudra aussi adopter le système du donnant, donnant. Auparavant, il est nécessaire de préparer un concept de base. La Commission des banques examinera alors la question de la réciprocité de cas en cas en tenant compte des faits concrets et des améliorations qui pourront être obtenues au sujet des possibilités d'activité ouvertes aux banques suisses.

5.5.3 Traitement informatique des données à l'étranger

En 1990, la Commission des banques avait constaté que le traitement informatique des données pour deux succursales de banques américaines dans un centre de calcul établi en Grande-Bretagne n'était pas contraire au droit suisse pour autant qu'une série de conditions soient respectées en tout temps (cf. Rapport de gestion 1990 p. 169 ss et Bulletin CFB 21 p. 24 ss). Pendant l'année 1991, la Commission des banques a dû s'occuper de deux autres cas qui sous certains aspects se présentaient d'une façon différente.

Dans un premier cas, la Commission des banques a décidé que le traitement informatique des données était aussi admissible pour une filiale d'une banque étrangère organisée selon le droit suisse pour autant qu'elle soit dominée par une banque étrangère active dans le domaine bancaire ou financier et que l'autorité de surveillance de cette dernière confirme qu'elle exerce la surveillance sur une base consolidée englobant la filiale suisse. En outre, la Commission des banques a constaté que l'accord de la clientèle pour le traitement des données en Grande-Bretagne n'était pas nécessaire. La banque a pris des dispositions sur le plan du personnel et sur le plan de l'organisation et de la technique afin que seules des données

anonymes et codées ne permettant pas l'identification des clients soient transmises au centre de calcul anglais; dans ces conditions, une violation du secret bancaire est tout à fait exclue. Cependant, la banque est seule responsable pour qu'à l'avenir aussi des violations du secret bancaire ne puissent absolument pas se produire.

En complément des conditions déjà posées en 1990, la Commission des banques a ordonné que les données traitées et enregistrées en Grande-Bretagne sur microfiches soient retournées en Suisse dans les 24 heures suivant le traitement du cas qui se trouve à la base de l'opération comptable. En outre, la banque doit faire en sorte que des données détruites puissent être rétablies au moyen de procédés de «recovery» de telle façon qu'elles soient disponibles en Suisse dans les 24 heures sous une forme actualisée. Dans le quatrième et dernier cas, qui concerne aussi la succursale suisse d'une banque américaine, il s'est posé la question du secret bancaire dans les transactions interbancaires. Bien que les banques jouissent comme d'autres clients du secret bancaire, les banques qui font partie du système SWIFT peuvent être identifiées sur la base de leur «adresse SWIFT». Lors du traitement de données d'autres banques à l'étranger, des déductions quant à leur identité sont donc possibles. Comme il s'agit d'un fait qui est bien connu des banques, il y a renonciation tacite au secret bancaire. Il n'est donc pas nécessaire de demander aux banques concernées leur consentement préalable pour traiter les données en Grande-Bretagne. Cependant, la requérante a été tenue, avant de commencer le traitement des données, d'attirer l'attention de toutes les banques concernées sur cette situation.

Bien que le transfert de données à travers les frontières ait pu être autorisé dans certains cas et sous certaines conditions, il reste nécessaire dans chaque cas d'espèce de présenter au préalable une demande motivée et détaillée.

5.5.4 Bank of Commerce and Credit International (BCCI)/ Banque de Commerce et de Placements

Le 5 juillet 1991, les autorités de surveillance agissant dans une action concertée sous la direction de la Bank of England ont fermé le groupe de banques de la BCCI actif dans une septantaine de pays.

La banque appartient en majorité au suzerain de l'émirat d'Abu Dhabi. La fermeture faisait suite à un rapport d'une société de revision sur les manoeuvres frauduleuses commises pendant une longue période par la haute direction de la banque. L'affaire a fait grand bruit dans le monde entier. Dans différents pays comme les USA et la Grande-Bretagne, des enquêtes ont été menées pour savoir si les autorités de surveillance n'auraient pas pu intervenir plus tôt.

On peut se demander quelle leçon peut être tirée de ce cas pour la surveillance de banques travaillant sur le plan international et pour la collaboration internationale entre autorités de surveillance. Ces questions sont aussi discutées dans le cadre du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire (cf. ch. 7.1 p. 249). Les points suivants ont notamment fait l'objet d'un examen plus approfondi:

- dans quelle mesure les conditions d'autorisation d'une banque doivent être encore standardisées sur le plan international?
- est-il nécessaire de formaliser l'échange des informations entre autorités de surveillance pour pouvoir aussi faire face à des situations dramatiques?
- la surveillance internationale peut-elle être assurée par un comité de plusieurs autorités de surveillance ou faut-il dans chaque cas désigner une autorité unique comme haut responsable?
- ne faut-il autoriser une banque que lorsque les structures économiques (siège de l'administration, principale activité) correspondent aux structures juridiques (lieu d'enregistrement)?

Un représentant de la Commission des banques a pris part aux travaux du Comité de surveillance ad hoc mis en place en 1988 par l'autorité de surveillance du Luxembourg pour contrôler le groupe BCCI. Bien que la Commission des banques n'ait pas joué un rôle dirigeant étant donné la faible importance de la filiale suisse, la Banque de Commerce et de Placements SA à Genève, par rapport à l'ensemble du groupe, il a été possible de tirer de ces travaux des enseignements précieux pour la collaboration internationale.

La Commission des banques a pris part à l'action concertée, déclenchée le 5 juillet 1991, et le jour même elle a nommé un observateur auprès de la Banque de Commerce et de Placements SA. Par

la suite, la Commission des banques a pu s'abstenir de retirer l'autorisation car un acheteur s'est présenté, le groupe turc Cukurova, lequel était disposé à investir immédiatement un nouveau capital. Les intérêts des créanciers de la banque ont pu être ainsi mieux sauvegardés que par la fermeture définitive de l'établissement. La Commission des banques a cependant examiné en collaboration avec des autorités de surveillance étrangères dans quelle mesure les organes de la filiale suisse portaient une part de responsabilité dans certaines manoeuvres délictueuses effectuées par la direction de la BCCI à l'étranger. La procédure n'était pas terminée à la fin de 1991.

5.6 Fonds propres/Prise en compte des emprunts de rang postérieur

Conformément à l'article 11 alinéa 4 OB, les banques sont tenues d'informer la Commission des banques, en indiquant les motifs, lorsque leurs dettes de rang subordonné prises en compte comme fonds propres dépassent 15% des fonds propres exigibles, la limite maximum s'élevant à 25% de ces derniers.

Les banques qui ont procédé à cette annonce en 1991 ont été au nombre de vingt-trois, réparties dans les catégories suivantes:

- Banques cantonales 1
- Grandes banques 4
- Banques régionales et caisses d'épargne 8
- Banques boursières 1
- Banques de prêts personnels 2
- Banques en mains étrangères 7

La Commission des banques a pris connaissance de ces annonces et a autorisé les dépassements de la norme fixée en fondant sa décision sur des critères tels que le genre de la banque, l'ampleur et la durée approximative du dépassement, la nature et l'échéance des emprunts de rang subordonné, les motifs invoqués, la situation de chaque banque en matière de fonds propres. Le fait de savoir si l'état des fonds propres présentait un solde positif en ne prenant en considération dans le calcul que 15 % des emprunts de rang subordonné a aussi été déterminant.

Elle a également précisé à cette occasion qu'un dépassement du taux de 15% des fonds propres exigibles n'était toléré que dans la mesure où il s'agissait d'assurer la transition jusqu'à une augmentation réelle des fonds propres et cela dans un délai aussi bref que possible.

5.7 Présentation des comptes

5.7.1 Circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes»

L'entrée en vigueur de la circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes» (cf. Rapports de gestion 1988 p. 172 s., 1989 p. 167, 1990 p. 157 ss) a été fixée au 31 décembre 1990. Les dispositions de cette circulaire tendent à rendre les états financiers des banques clairs et sincères de manière à ce que les intéressés puissent se rendre compte aussi exactement que possible de la situation économique de l'entreprise. La circulaire fait référence aux dispositions légales et rend leur application plus contraignante. Dans ce contexte, le nouveau droit des sociétés anonymes (art. 663b CO) qui entrera en vigueur au 1er juillet 1992 a également pour but, entre autres choses, d'améliorer la transparence des états financiers.

La mise en pratique de la circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes» a suscité une large prise de conscience de la nécessité de publier des bilans et des comptes de résultats plus transparents. Elle a été à l'origine du vaste processus qui a conduit à de profondes mutations dans le domaine de l'établissement et de la présentation tant des bilans intermédiaires que des comptes annuels des banques.

D'importantes améliorations ont été obtenues et de nombreux aspects positifs ont été mis en évidence par l'application des nouvelles dispositions. Ces dernières ont aussi, comme cela était prévisible, rencontré beaucoup d'oppositions. Les mentalités, que ce soit celle du banquier, du comptable ou de l'expert-comptable, qui ont prévalu durant plusieurs générations, ne peuvent pas sans autre être transformées par l'introduction de nouvelles normes.

L'application du principe de la valeur brute lors de la comptabilisation, le respect de la délimitation et de l'étanchéité des exercices comptables ainsi que la définition imprécise des principes d'évaluation posent, par exemple, encore quelques difficultés. Il est par conséquent nécessaire que les efforts entrepris soient poursuivis.

La confiance du public est une nécessité pour les banques. Les mutations intervenues dans le secteur bancaire obligent les banques à prendre les mesures qui sont susceptibles de renforcer cette confiance. Le choix des moyens leur appartient mais une attitude ouverte et honnête de leur part est certainement un gage de réussite.

5.7.2 **Evaluation des crédits du secteur immobilier**

A l'instar de l'année précédente, l'évaluation des actifs a encore été au centre de plusieurs affaires traitées par la Commission des banques (cf. Rapport de gestion 1990 p. 173 ss). Le ralentissement conjoncturel marqué et le maintien de taux d'intérêt élevés ont notamment occasionné des difficultés au secteur immobilier. Les risques de perte ou d'immobilisation encourus par les banques ont ainsi augmenté de manière significative en 1991. En raison du marasme régnant sur le marché, les valeurs d'estimation de certains gages immobiliers ont subi des dépréciations importantes. Dans l'euphorie ambiante de la précédente décennie, de nombreuses banques n'ont pas respecté les normes usuelles d'avance ou ont financé exagérément certains promoteurs immobiliers au mépris des règles élémentaires de prudence, de répartition des risques, de documentation des dossiers de crédits ou de contrôle. Des crédits d'une ampleur exceptionnelle, dépassant parfois les plafonds légaux de répartition des risques, ont été consentis à certains clients par des banques ne disposant même pas d'une organisation appropriée du département des crédits, et sans qu'une documentation suffisante concernant la solvabilité du débiteur, ses engagements globaux et l'estimation des gages ne soit disponible. La valeur des gages – lorsqu'elle était connue – était souvent surévaluée et peu fiable car elle reposait sur des estimations établies par des personnes proches du débiteur et s'écartant totalement des réalités économiques ou locales. De telles estimations étaient parfois même corrigées à la hausse par les res-

ponsables des crédits pour satisfaire aux exigences réglementaires en vigueur concernant les normes usuelles d'avance. Ces excès ont entraîné de nombreux dépassements de compétences. Comme l'organe de revision doit évaluer lui-même la valeur des actifs, les avances s'écartant des principes généralement admis ou excédant manifestement les valeurs de rendement ont occasionné des augmentations massives des provisions requises. Ces défaillances ont aussi laissé des traces dans les comptes de pertes et profits des banques concernées. Elles ont également provoqué parfois d'importants changements au niveau des organes dirigeants ou sur le plan de l'organisation et du contrôle interne lorsque l'existence de la banque n'était pas compromise.

5.73 **Comptabilisation d'un apport de l'actionnaire**

Au cours de l'exercice 1988, un crédit en souffrance avait été vendu à sa valeur nominale à une société proche d'un actionnaire. Dans un arrêt du 26 novembre 1991, le Tribunal fédéral a confirmé la décision de la Commission des banques selon laquelle le prix de vente obtenu par la banque ne devait pas être considéré comme la prestation fournie par un tiers acheteur mais comme un apport camouflé d'un actionnaire. Le Tribunal fédéral a ainsi confirmé la pratique de la Commission des banques (cf. Rapport de gestion 1989 p. 190 s.) d'après laquelle l'apport d'un actionnaire doit être mentionné clairement lors de la publication des comptes. Les prescriptions de la législation bancaire en matière de comptabilité ne sont pas respectées s'il ne ressort pas des comptes annuels que le résultat publié n'a été obtenu que grâce à des apports spéciaux. Les principes généraux de la clarté et de la sincérité du bilan s'appliquent aussi aux différentes positions du compte de résultats. La valeur d'un crédit en souffrance doit être corrigée dans le compte de pertes et profits sous la rubrique de charges «pertes, amortissements et provisions» même si au cours de l'exercice cette position a été reprise par un actionnaire ou par une société qui lui est proche. L'apport de l'actionnaire doit être comptabilisé dans la rubrique «Divers» des produits. Le Tribunal fédéral a aussi soutenu la décision de la Commission des banques ordonnant à la banque de corriger dans le compte de pertes et profits de 1989 les chiffres comparatifs de 1988 (au lieu de procéder à une

publication postérieure de la version corrigée du compte de pertes et profits). Cependant, étant donné que la recourante, lors de la publication du compte de pertes et profits de 1989, a publié sur la base d'une ordonnance du président du Tribunal fédéral les chiffres comparatifs du compte de pertes et profits de 1988 sans les modifier mais en mentionnant dans une forme adéquate la procédure en suspens devant le Tribunal fédéral, le public a pu prendre connaissance de l'écriture contestée. En conséquence, l'autorité de surveillance a renoncé à demander l'exécution de sa décision. En revanche, la recourante a été tenue d'informer le public dans son rapport de gestion de 1991 du résultat de la procédure devant le Tribunal fédéral.

5.8 Risques-pays

En 1990, la Commission des banques a condensé pour la première fois sa pratique concernant les risques-pays dans une circulaire (cf. Rapport de gestion 1990 p. 160 s.). En particulier, le taux de provision forfaitaire pour tous les engagements dans un pays à risques, qui se montait à 50% depuis la fin de 1990, a été augmenté à 65% et un délai jusqu'au 31 décembre 1991 a été fixé aux banques pour remplir cette exigence. En revanche, des exceptions ont été introduites en faveur des engagements commerciaux à court terme, des créances envers des banques multinationales de développement ainsi que des engagements résultant de co-financements sous la direction de ces institutions, dans ce sens que la valeur de ces créances ne se calcule plus d'une façon forfaitaire mais qu'elle doit être évaluée individuellement par chaque banque.

Depuis l'introduction de provisions pour les risques-pays (cf. Rapport de gestion 1983 p. 18 ss), la Commission des banques a renoncé sciemment à introduire un système différencié de taux de provisions pour tenir compte des degrés de risques politiques et économiques qui sont différents de pays à pays. L'adaptation par paliers du taux uniforme de provisions, qui a passé de 20% à l'origine à 65% aujourd'hui pour faire face à l'augmentation des risques d'une part, et l'élargissement du cercle des pays à risques qui sont au nombre d'une centaine aujourd'hui d'autre part, ont eu pour conséquence le renchérissement du coût des nouveaux crédits, avant tout aux pays en voie de développement, et cela indépendamment de

leur situation politique et économique. Ces derniers temps, cette façon de considérer les risques-pays d'une façon globale a été critiquée de différents côtés. La Commission des banques a donc décidé de présenter des propositions en vue d'un traitement plus différencié des provisions relatives aux risques-pays.

5.9 Conditions d'organisation de la loi sur les banques

5.9.1 Séparation des fonctions

Les banques doivent – lorsque leur but social ou l'importance de leurs affaires l'exige – instituer d'une part des organes de direction et, d'autre part, des organes préposés à la haute direction, à la surveillance et au contrôle en délimitant les attributions de chacun d'eux de façon à garantir une surveillance appropriée de la gestion (art. 3 al. 2 let. a LB). Aucun membre de l'organe responsable de la direction supérieure, de la surveillance et du contrôle d'une banque ne peut faire partie de la direction. Dans des cas spéciaux, la Commission des banques peut accorder une exception en la subordonnant à certaines conditions (art. 8 al. 2 et 3 OB).

Une société financière a demandé, dans le cadre de la requête en vue d'obtenir une autorisation d'exercer ses activités en tant que banque, de maintenir l'administrateur-délégué dans ses doubles fonctions de délégué du Conseil d'administration et de directeur de la nouvelle banque. Comme fondateur et actionnaire majoritaire de la société qui se trouvait à l'origine sous domination suisse, il était devenu actionnaire minoritaire à la suite de la prise d'une participation majoritaire par un groupe étranger. Mais en conservant les doubles fonctions de l'administrateur-délégué, la banque voulait maintenir son caractère suisse et affirmer d'une façon particulière vis-à-vis de l'extérieur son indépendance à l'égard de la maison mère étrangère. La Commission des banques refusa la demande de dérogation en faisant valoir que le risque d'un abus de pouvoir ne pouvait pas être exclu. Elle traite la séparation des fonctions de manière stricte et n'accorde des exceptions que pour des cas fondés et limités dans le temps.

5.9.2 **Exigences minimales relatives aux dossiers de crédits**

Les turbulences de ces derniers temps et particulièrement les événements en rapport avec les crédits accordés à Omni/Rey (ch. 2 p. 208) ainsi que le financement du secteur immobilier par la Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune (ch. 3 p. 212) ont montré que les dossiers de crédits ne remplissaient pas ou qu'imparfaitement les exigences d'une documentation sérieuse. Dans de nombreux cas, bien des pièces manquaient. Les mêmes constatations peuvent être faites pour les crédits syndicaux. Très souvent, les banques prenant des sous-participations se sont fiées au jugement de la banque dirigeant le syndicat et elles se sont contentées de dossiers insuffisants.

Comme intermédiaire de crédit, la banque jouit d'une position de confiance très élevée. Une politique en matière de risques adapté à l'exploitation d'une banque a donc une importance toute particulière. Le public confie à la banque des fonds qui un jour devront être rendus aux créanciers. Un usage abusif de cette confiance peut conduire à la déconfiture d'un établissment de crédit. Là où la confiance manque, les investisseurs et les fonds permettant à la banque de financer ses opérations actives font également défaut.

L'examen d'une demande de crédit est une des tâches les plus difficiles que doit remplir le banquier. Il doit donc obtenir une vue la plus étendue possible de la situation de l'emprunteur afin de pouvoir juger d'une façon approfondie de sa solvabilité et de sa réputation. Cela signifie que des informations de base doivent être demandées aux clients et qu'une documentation complète doit être réunie. Les documents formels et matériels qui servent de base à l'octroi d'un crédit font partie des outils que doit posséder tout banquier.

Les prescriptions légales exigent que la banque réunisse, pour toute opération présentant des risques, des documents qui permettent à un expert tiers, notamment au reviseur bancaire «d'apprécier correctement l'opération» (art. 9 al. 3 OB). Les reviseurs sont aussi tenus, lorsque les documents nécessaires manquent, d'estimer le cas échéant les actifs à zéro. Les documents doivent aussi permettre à l'expert tiers de juger si l'opération viole la législation bancaire. Des documents manquants empêchent d'une part le reviseur de confirmer l'intégralité des documents nécessaires à la revision (art. 19 al. 2 LB). D'autre part, des dossiers de crédits incomplets sont très sou-

vent le signe qui ne trompe pas que des dépassements de compétences ainsi que des violations des statuts et des règlements ont été commis.

Une organisation interne efficiente est indispensable afin d'assurer l'observation des prescriptions légales et le respect des hautes exigences que doit remplir la direction, en ce qui concerne l'octroi et la surveillance des crédits, ainsi que pour garantir que les documents sur lesquels se fondent les décisions sont exacts et complets. La Commission des banques envisage d'émettre une circulaire fixant les exigences minimales concernant la forme, l'étendue et le contenu des documents nécessaires à un standard général.

5.10 Revision

5.10.1 Position critique des sociétés de revision

Le système suisse de surveillance bancaire implique une large collaboration et un dialogue très ouvert entre les institutions de revision et la Commission des banques. Il peut malgré tout amener les sociétés de revision à se trouver confrontées à un conflit d'intérêts. Elles doivent en effet agir à la fois en qualité de mandataire de leurs clients et en qualité de partenaire de l'autorité supérieure de surveillance.

L'indépendance des sociétés de revision peut être mise en danger lorsque la protection des créanciers n'occupe pas une priorité absolue par rapport aux intérêts de la banque ou de ses organes. Expériences faites, certains reviseurs responsables ont parfois tendance à adopter une attitude relativement timide ou à faire preuve d'hésitations ou à manifester quelques craintes voire quelques réticences qui ne conduisent finalement qu'à une transmission trop tardive d'informations qui parviendront malgré tout en dernier ressort à la Commission des banques. Il s'ajoute d'une part à cela qu'il arrive qu'une banque mandate une société de revision tierce dans le but de définir si une action en responsabilité peut être introduite à l'encontre du reviseur en place. D'autre part, un nombre croissant de banques proposent un changement d'institution de revision bancaire

en invoquant comme motif l'insuffisance des prestations de leur reviseur.

Dans ce contexte, le reviseur pourrait ne plus être en mesure de faire efficacement opposition aux reproches qui pourraient être formulés à son égard tant par le public que par l'autorité de surveillance. Lorsque la défense des intérêts des banques ou de ses organes prend plus d'importance que la protection des intérêts des créanciers, la mise en question de l'indépendance des sociétés de revision apparaît au premier plan.

Les informations essentielles sont en règle générale relevées dans le cadre des travaux de revision. Elles font partie intégrante des notes de revision. Un trop long délai d'attente dans leur transmission complique voire rend impossible la tâche de la Commission des banques.

Il est dans la nature des choses que l'analyse objective des faits soit parfois sujette à une interprétation différente de la part du reviseur ou de l'autorité de surveillance. En cas de doute, le reviseur doit savoir que l'article 21 LB l'oblige à informer directement et sans délai la Commission des banques. Cette dernière n'est pas en mesure d'accomplir l'intégralité de sa mission si les sociétés de revision ne remplissent pas leur devoir élémentaire d'annonce.

Les relations entre les trois partenaires que sont la banque, la société de revision et l'autorité de surveillance sont fondées sur une confiance réciproque. La confiance seule n'est cependant pas tout, la notion de contrôle doit lui être associée. Ce n'est qu'au prix d'un équilibre entre ces deux éléments, basés sur la responsabilité personnelle de chacun des partenaires, qu'un dialogue constructif peut être amorcé.

5.10.2 **Rapport de revision: forme et contenu**

Le rapport de revision doit présenter aux lecteurs une vision complète et approfondie des comptes de l'exercice et de la situation financière et économique de la banque. Or, les exigences en matière de surveillance et de contrôle se sont fortement accrues ces dernières années, notamment en raison de la complexité des opérations, de

l'accélération des innovations et de la restructuration qui s'opère actuellement dans le secteur bancaire. Le rapport de revision est devenu un véritable outil de gestion, indispensable aux organes de la banque. Sa conception n'a toutefois pas été adaptée aux récents développements. Aussi, la Commission technique de revision bancaire de la Chambre fiduciaire suisse et la Commission des banques ont élaboré un nouveau modèle de rapport de revision. A l'issue de la phase d'essai, les institutions de revision ont requis son introduction. La rédaction du nouveau modèle devrait en être simplifiée afin de raccourcir les délais de remise du rapport. L'objectif est aussi d'élaborer un rapport plus concis, mais néanmoins explicite, critique et informatif. Le rapport devrait en outre être conçu pour répondre aux exigences des organes de la banque et à celles de l'autorité de surveillance. Les innovations résident essentiellement dans la conception du rapport. Ainsi, le résumé des résultats de la revision devrait constituer le coeur du rapport. Après avoir relevé d'éventuelles irrégularités ou réserves, le reviseur se prononcera de manière succincte sur la situation générale de la banque, sur l'adéquation de sa réglementation interne, de son organisation et de son système de contrôle interne, sur l'activité et la qualification des organes, sur la situation financière, sur la structure du bilan et des risques, sur les forces et faiblesses de la banque, etc. Les prises de position prévues aux articles 43 à 46 et 48 OB apparaîtront dorénavant sous forme synoptique, le reviseur devant donner une appréciation soit positive, soit négative aux diverses attestations requises. En résumé, le nouveau rapport de revision devrait être plus rapidement disponible et son contenu devrait être meilleur sur le plan qualitatif. Des documents complémentaires pourront évidemment toujours être annexés au rapport de revision. Les résultats de la revision des comptes de l'exercice 1991 peuvent d'ores et déjà être présentés sous cette nouvelle forme. La mise en vigueur définitive est prévue pour le 1er janvier 1993, c'est-à-dire pour la revision des comptes de l'exercice 1992.

5.10.3 **Changement d'organe de revision**

Ces derniers temps, la Commission des banques a dû s'occuper à plusieurs reprises de cas de changement d'organe de revision con-

troversés. Pour prendre ces décisions, elle s'est appuyée sur sa pratique (exposée en détail dans le rapport de gestion 1988 p. 169 ss). Pour autant que des raisons objectives le justifient et que l'efficacité des travaux de revision n'en souffre pas, la Commission des banques autorise aussi le changement d'organe de revision pour l'exercice en cours, autrement dit avec effet rétroactif. En revanche, elle refuse un changement de reviseur si le rapport de revision contient de sérieuses objections et réserves ou si pendant l'année courante de graves lacunes ont été découvertes dans l'organisation interne ou lorsque les conditions d'autorisation ont été mises en doute.

En 1991, la Commission des banques a dû trancher la demande d'une banque qui s'était brouillée avec son organe de revision et qui désirait opérer un changement sans délai. La banque faisait valoir que le partenaire étranger de la nouvelle société de revision suisse avait aussi le mandat de revision de la banque-mère étrangère et cherchait ainsi à obtenir une unification de la revision au niveau du groupe. De plus, la nouvelle société de revision avait déjà été chargée de la revision selon le CO. Mais la banque invoquait surtout le fait qu'elle n'avait plus confiance dans les capacités de l'organe de revision actuel à la suite des expériences qui avaient été faites pendant l'exercice précédent. L'organe de revision n'aurait pas apporté le soin nécessaire lors de l'examen des crédits et n'aurait pas relevé avec assez d'insistance les insuffisances que présentait le secteur des crédits. Les rapports de confiance n'existant plus, une collaboration constructive n'était plus possible. De plus, la banque relevait que la nouvelle société de revision avait été chargée d'examiner si d'éventuelles actions en responsabilité pouvaient être engagées contre l'organe de revision actuel.

Ce dernier s'est opposé au changement et il a cité notamment des faiblesses dans l'organisation de la banque, ce qui expliquerait qu'elle ait besoin d'une aide extérieure. Il s'est élevé contre la tentative de la banque de changer une société de revision qui, conformément à son devoir, aurait soulevé des points délicats et aurait formulé des contestations sans restrictions.

Pour la Commission des banques, il s'agissait d'examiner si la gravité des problèmes permettait un changement à ce moment-là. De

plus, il fallait éviter de désavouer l'organe de revision car la Commission des banques attache beaucoup d'importance à soutenir une société de revision qui exerce son activité avec sérieux en appliquant des normes sévères. Enfin, le temps était déjà relativement avancé pour permettre encore un changement pour l'exercice en cours. Cependant, compte tenu des relations de confiance qui étaient détruites et considérant que le nouvel organe de revision connaissait déjà la banque et que la société qui avait exercé le mandat jusqu'ici n'avait pas encore exécuté de travaux de revision pour l'exercice en cours, la Commission des banques a finalement autorisé le changement demandé.

Dans un autre cas tout à fait spécial, une banque a demandé un changement de revision avec un effet rétroactif de plus d'une année. La banque faisait valoir qu'à la suite d'une affaire intervenue auprès de sa filiale étrangère, pour laquelle le groupe de revision travaillant sur le plan international exerçait aussi le mandat de reviseur, elle se trouvait avec ce dernier dans une procédure judiciaire. D'après la banque, la société de revision n'aurait pas découvert les graves agissements frauduleux d'un employé et ainsi elle n'aurait pas rempli correctement ses devoirs légaux. La banque faisait valoir que dans ces circonstances, il ne fallait pas qu'elle doive ouvrir ses livres à la société de revision et lui dévoiler sa politique à un moment où elle envisageait l'ouverture d'une action en responsabilité.

En principe, la Commission des banques n'autorise pas un changement de reviseur, si la rétroactivité s'applique à un exercice déjà arrêté. Mais dans le cas présent, les circonstances étaient tout à fait exceptionnelles car il existait visiblement un conflit d'intérêts entre les deux parties, la revision finale pour l'exercice précédent n'avait pas encore été effectuée et la nouvelle société de revision fonctionnait comme reviseur bancaire auprès de la filiale étrangère et comme reviseur selon le CO auprès de la banque suisse. La Commission des banques, qui considérait que la revision de tout le groupe sur une base consolidée était judicieuse, a donc accepté, à titre exceptionnel, le changement de reviseur demandé, avec effet rétroactif.

5.11 Banques cantonales

5.11.1 Partage de compétences entre la Commission des banques et les cantons

La base constitutionnelle de la loi sur les banques, l'article 35quater de la Constitution fédérale, impose au législateur «de tenir compte du rôle et de la situation particulière des banques cantonales». Cette disposition constitutionnelle a pour effet que les banques cantonales sont bien placées sous la surveillance de la Commission des banques mais que certaines dispositions de la loi sur les banques ne leur sont pas applicables. Parmi celles-ci figure notamment l'article 3 LB, qui formule les conditions d'autorisation pour exploiter une banque (art. 3 al. 4 LB). Même si la réserve constitutionnelle n'implique pas forcément que les banques doivent être dispensées de l'obligation d'obtenir une autorisation au niveau fédéral, l'exception que prévoit la loi se justifie en raison de l'établissement des banques cantonales d'après le droit public cantonal dans le cadre de la souveraineté cantonale. Particulièrement dans le domaine des prescriptions légales sur l'organisation interne de la banque et de la garantie d'une gestion irréprochable, la Commission des banques n'a donc pas de compétences directes de surveillance à l'égard des banques cantonales. Cependant, cela ne signifie pas que les banques cantonales ne sont pas tenues de fournir des renseignements à la Commission des banques dans ces domaines. L'article 23bis alinéa 2 LB qui oblige les banques à renseigner complètement la Commission des banques s'applique aussi aux banques cantonales.

Ce qui précède ne signifie pas que l'organisation interne et les organes d'une banque cantonale ne doivent pas remplir les exigences de l'article 3 LB et que leur respect ne doit pas être surveillé. Au contraire, les cantons sont tenus de prévoir des instances indépendantes pour surveiller leur banque cantonale, disposant aussi de compétences dans ces domaines. Ne prévoir que le Conseil de banque, qui peut être comparé au Conseil d'administration d'une banque privée, comme seule instance de surveillance cantonale n'est certainement pas suffisant. Dans ces conditions, l'indépendance nécessaire n'est pas assurée. Dans la plupart des cantons, c'est donc aussi le gouvernement, représenté par la Direction des finances

ou le Département des finances ainsi que des commissions spéciales du pouvoir législatif qui sont chargés de la surveillance des banques cantonales.

La Commission des banques est d'avis, sur la base des plus récentes expériences, que les cantons, dans le cadre de leurs dispositions constitutionnelles, ont l'obligation d'assurer la mise en place d'organes de surveillance supérieure disposant des moyens légaux pour le contrôle permanent et indépendant des banques cantonales. Il s'avère en conséquence judicieux d'assujettir explicitement les organes des banques cantonales aux devoirs relatifs à la garantie d'une activité irréprochable.

Durant l'année 1991, la Commission des banques a été priée par le canton de Genève de prendre position sur la revision de la législation cantonale dans le cadre de la fusion des deux établissements cantonaux, la Caisse d'épargne de la République et canton de Genève et la Banque hypothécaire du canton de Genève. Dans sa consultation, la Commission des banques a relevé que des instances cantonales de surveillance indépendantes devaient être instituées avec les compétences nécessaires pour exercer les fonctions de surveillance dans les domaines de l'organisation interne et de la garantie d'une bonne gestion.

Une surveillance efficace implique cependant que ces instances exercent les compétences que la législation cantonale sur les banques cantonales leur donne et ne se contentent pas, comme cela a été parfois le cas jusqu'ici, de contrôler les comptes annuels et les rapports de gestion. Il est indispensable qu'en leur qualité d'autorité de surveillance ces instances aient à disposition des droits étendus d'information sur les affaires des banques cantonales. Contrairement à une opinion répandue, le secret bancaire n'exclut pas un tel droit d'être renseigné pour autant que les autorités de surveillance cantonales soient soumises elles-mêmes au respect du secret de fonction et que les informations soient nécessaires à la surveillance. Ainsi, la garantie existe que les données concernant les clients, qui sont protégés par le secret bancaire, ne sont pas divulguées à des tiers.

Au demeurant, la Commission des banques applique depuis longtemps une pratique visant à informer les instances de surveillance cantonales de constatations négatives dans les domaines de

l'organisation interne et de la garantie d'une gestion irréprochable (cf. Rapport de gestion 1978 p. 25 ss, 1985 p. 31 ss, 1989 p. 193 ss).

Les banques cantonales sont en outre dispensées de l'obligation de se faire contrôler par une société de revision externe pour autant qu'elles possèdent un service de revision qualifié; c'est la Commission des banques qui décide si cette condition est remplie (cf. Rapport de gestion 1985 p. 33 ss). Les innovations dans le secteur bancaire ont accru les exigences imposées au contrôle et à la revision. Plus de la moitié des banques cantonales ont donc transféré le mandat de revision à un organe de revision externe et d'autres envisagent de le faire. Ce fait montre qu'à la suite de l'augmentation des exigences dans le domaine de la revision, un inspectorat ne peut plus faire face seul à la situation. De plus, celui-ci doit aussi être soumis à une surveillance efficace. La Commission des banques renforcera donc ses efforts afin que toutes les banques cantonales transfèrent le mandat de revision à un organe de revision externe.

Les difficultés de quelques banques cantonales en relation avec leurs engagements envers le groupe Omni/Rey (cf. ch. 2 p. 208) ont dévoilé des lacunes dans leur organisation interne ainsi que des comportements qui ne sont pas conciliables avec la garantie d'une gestion irréprochable. Il est apparu que dans ces transactions parfois complexes, le système cantonal de surveillance n'était pas suffisant et que les instances chargées de la surveillance n'avaient pas les compétences techniques pour pouvoir éclaircir et apprécier la portée de telles affaires. Quelques autorités cantonales se sont donc adressées à la Commission des banques pour lui demander de prendre position au sujet des domaines, dépendant de la souveraineté cantonale, de l'organisation interne et de la garantie d'une gestion irréprochable, en relation avec les engagements des banques cantonales envers le groupe Omni/Rey.

Etant donné que le comportement des banques cantonales imprègne aussi l'image du système bancaire suisse et influence son fonctionnement, la Commission des banques a toujours tenu et tient encore, dans le cadre de ses possibilités et en observant l'article 3 alinéa 4 LB, à accorder un large soutien aux autorités de surveillance cantonales. Si la Commission des banques constate que la surveillance cantonale d'une banque cantonale n'est pas adéquate, elle se réserve d'intervenir plus énergiquement.

5.11.2 **Problèmes de certaines banques cantonales**

Au printemps 1991, le Grand Conseil du Canton de Berne a refusé d'approuver les comptes 1990 de la Banque Cantonale de Berne et a demandé des renseignements détaillés sur les opérations de la banque avec le groupe Omni/Rey. Le Grand Conseil s'est adressé à la Commission des banques pour la prier de prendre position sur cette affaire. Sur la base d'un rapport du reviseur externe de la banque et de ses propres recherches, la Commission des banques a constaté diverses irrégularités dans les relations d'affaires de la Banque Cantonale de Berne avec le groupe Omni/Rey. Les critiques portaient sur des dépassements de compétences, des gros risques qui n'avaient pas été annoncés, des conflits d'intérêts et des dispositions d'avoirs au préjudice de la banque. Le rapport de la Commission des banques au Grand Conseil a été publié. A la suite de l'affaire Omni/Rey, presque toute la direction générale de la Banque Cantonale de Berne a été renouvelée. La Commission des banques a déposé une plainte pénale pour gestion déloyale auprès de la justice bernoise contre le président de la direction générale, qui avait déjà quitté ses fonctions à la fin de 1990. L'enquête pénale n'est pas encore terminée.

A la suite également de la déconfiture du groupe Omni/Rey, la Banque Cantonale de Soleure a aussi été entraînée dans des difficultés. Un examen approfondi de la banque par une société de revision indépendante, mandatée par la banque elle-même, a révélé que non seulement le déroulement des affaires avec le groupe Omni/Rey présentait des insuffisances mais aussi d'une façon générale que l'organisation des crédits laissait beaucoup à désirer; en particulier, les crédits comportant des risques avaient été accordés par l'intermédiaire d'une succursale, ce qui augmentait encore le montant des provisions nécessaires. La banque a entrepris une vaste réorganisation de ses structures. Le comité du conseil de banque s'est retiré pour la fin de l'année. Deux cadres du secteur commercial ont été congédiés.

A la suite d'une dénonciation, la Commission des banques a appris en avril 1991 que la Banque Cantonale de Zurich était impliquée dans la tentative, faite en été 1990, de spolier la société Gerolag, Olten. L'actif principal de cette société est constitué par une importante propriété immobilière dans la zone de la gare d'Olten. Un

groupe de spéculateurs formé d'anciens administrateurs de Gerolag avait conçu le projet de s'approprier toutes les actions de la société à un prix bien inférieur à leur valeur effective. Le financement de l'opération devait être assuré par la Banque Cantonale de Zurich. Celle-ci avait accordé au groupe un crédit contre une cédule hypothécaire grevant l'immeuble d'Olten. Les raiders ont déposé cette avance auprès de la Banque Cantonale de Zurich sur un compte à terme, afin d'obtenir contre nantissement de ce compte un crédit de même montant en faveur de Cauca Anstalt, Vaduz, qui était dominée par le groupe. Cauca Anstalt utilisa ce crédit pour acquérir les actions de Gerolag.

La Commission des banques a demandé à la Banque Cantonale de Zurich une prise de position détaillée sur cette affaire et elle a exigé en même temps que la banque oriente les autorités de surveillance cantonales. Le canton a ouvert par la suite une enquête disciplinaire contre les responsables de ce dossier et a infligé des blâmes. Les autorités pénales de Zurich s'occupent aussi de cette affaire. Leur enquête n'est pas encore terminée. De même, le processus visant à extourner les transactions financées par la Banque Cantonale de Zurich est encore en cours.

Dans le cas de la Banque Cantonale d'Appenzell Rhodes-Extérieures, Herisau, des manquements dans le domaine des opérations sur devises ainsi qu'une détérioration intervenue dans des positions de clients conventionnels ont conduit à une forte augmentation des provisions nécessaires. En accord avec la Commission des banques, les autorités de la banque ont pris les mesures nécessaires sur le plan des règlements, de l'organisation et du personnel.

Parmi les affaires dont a dû s'occuper la Commission des banques en 1991, celle de la Banque Cantonale du Valais a révélé diverses défaillances au niveau de l'organisation et du système de contrôle interne. Ainsi, l'absence de consolidation des risques a entraîné un dépassement des plafonds légaux de répartition des risques d'un groupe économique. Cette grave erreur de gestion n'était toutefois pas isolée. D'autres manquements ont aussi été constatés dans la surveillance des activités de crédits ainsi que dans les relations de la banque avec ses représentants. Le non-respect des exigences légales et réglementaires a occasionné d'importants changements sur le

plan de l'organisation générale de la banque. La surveillance a en outre été renforcée par la nomination d'une société de revision externe. Sous l'angle économique, des provisions significatives ont dû être constituées par la banque pour couvrir ce risque.

6. Relations avec d'autres Autorités et des Associations

6.1 Autorités fédérales

La Commission des banques a pris position, à l'intention du Département fédéral des finances, au sujet des interventions parlementaires en vue de la création d'une «centrale neutre d'annonce des dettes», de la portée juridique de ses circulaires ainsi que des capitaux provenant de la drogue et des partis politiques étrangers.

Le chef du Département fédéral des finances a chargé la Commission des banques en novembre 1991, en application de l'article 13 alinéa 3 RO-CFB d'établir à bref délai un rapport spécial sur les problèmes actuels des banques en Suisse. La Commission des banques a relevé que les changements rapides intervenus dans l'environnement économique (niveau élevé des intérêts, crise du marché immobilier, chute de la valeur des gages immobiliers; cf. ch. III p. 200) placent les banques devant de multiples problèmes.

Les crédits hypothécaires accordés exigent des provisions beaucoup plus importantes, la marge d'intérêt devient étroite, de nouveaux fonds propres ne peuvent guère être obtenus, le refinancement des crédits accordés est difficile et coûteux, la liquidité subit des impasses à la suite de l'insécurité générale. Les changements de structure que la Commission des banques prévoit depuis des années (en dernier lieu Rapport de gestion 1990 p. 155) sont en train de se produire rapidement sous la pression des événements. Avec la collaboration des grandes banques, des banques cantonales – dans la mesure où elles le peuvent – et de la Banque Nationale, dont les possibilités semblent cependant être très limitées, il s'agit d'accompagner ce processus d'adaptation sans pertes pour les créanciers et sans affaiblir les économies régionales.

Le 22 octobre 1991, les négociations entre la CE et les pays de l'AELE visant à la création d'un Espace Economique Européen ont abouti à un accord politique relatif à la conclusion d'un traité (Traité EEE), dont l'entrée en vigueur est prévue au 1er janvier 1993 (cf. Rapport de gestion 1990 p. 187 ss et 1989 p. 201 ss, ainsi que ch. 7.2 p. 251 ci-après). Le parafe et la signature du Traité sont prévus au printemps 1992. Le message destiné à évaluer les effets de ce Traité sur le droit fédéral et les adaptations matérielles nécessaires de la loi sur les banques ont été traités en collaboration avec le Département des finances dans le cadre du projet Eurolex (structure de travail de l'administration fédérale pour l'adaptation du droit suisse au droit communautaire). La procédure Eurolex prévoit la publication d'un message général relatif à l'approbation du Traité EEE et de trois messages complémentaires contenant les adaptations législatives. La loi sur les banques et les caisses d'épargne fait partie du troisième paquet législatif. Le projet relatif à cette loi sera publié vraisemblablement dans le courant de l'été. Les banques, par l'intermédiaire de leur association, ont eu l'occasion d'exprimer leurs remarques au cours d'une rapide procédure de consultation.

6.2 Procédure de consultation concernant la loi sur les bourses

Sur l'invitation du Département fédéral des finances, la Commission des banques a pris position sur le projet de Loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières, préparé par le groupe d'experts. Ce projet a rencontré le soutien de principe de la Commission des banques.

Pour l'autorité de surveillance, il y a de bonnes raisons matérielles pour régler dans cette loi les offres publiques d'achat. Cependant, pour ne pas retarder inutilement cette législation, la Commission des banques estime, en accord avec la majorité des avis exprimés lors de la procédure de consultation, qu'il faudrait régler cette matière dans une loi spéciale sur le «marché des capitaux». D'après l'opinion de la Commission des banques cette loi devrait aussi contenir des dispositions modifiées concernant le marché primaire. Indépendamment de l'issue de la discussion sur la politique européenne de notre pays, il serait justifié d'adapter la législation suisse dans ce domaine au

droit européen. Il faudrait aussi revoir les dispositions concernant la communauté et la représentation des créanciers, notamment pour les emprunts étrangers.

La Commission des banques a fait une série de propositions de changement et d'adjonctions et a présenté des suggestions pour la formulation du message du Conseil fédéral. Elles concernaient d'importantes questions du droit de surveillance mais sans remettre en question le projet d'une façon fondamentale. Elles se rapportaient notamment aux relations entre la loi sur les banques et la loi sur les bourses, à des questions de procédure èt aux problèmes de l'activité hors des frontières des bourses et des maisons de titres.

Un poids particulier a été mis sur des règles praticables en matière d'entraide administrative internationale. Elles doivent être efficaces et doivent en outre assurer la protection juridique des informations concernant les clients. La Commission des banques s'est donc prononcée en faveur de garanties de procédure spéciales pour les informations concernant la clientèle qui sont spécialement protégées par le secret bancaire. Mais la Commission des banques n'a pas exclu le principe d'une entraide administrative au sujet de ces données.

D'après l'opinion de la Commission des banques, l'accès au marché financier suisse, qui est traditionnellement ouvert, ne devrait que dans des cas exceptionnels être refusé aux étrangers, ce qui sous-entend que le régime de la réciprocité devrait être rendu un peu plus flexible.

Enfin, la loi sur les bourses devrait aussi prévoir pour les maisons de titres des prescriptions sur la surveillance consolidée du groupe, la répartition des risques et la publicité.

Le projet des experts propose de confier à la Commission des banques la surveillance sur les négociants en valeurs mobilières, sur les bourses et sur les offres publiques d'achat. Si le législateur devait se rallier à cette proposition, la Commission des banques mettrait tout en oeuvre pour remplir ces tâches d'une façon décidée, efficace et concrète. Elle examine actuellement quelles seraient les conséquences, sur le plan des structures, de l'organisation et du personnel, de la prise en charge de la surveillance des bourses.

La proposition de confier la surveillance des négociants en valeurs mobilières et des bourses à la Commission des banques a rencontré un accord fortement majoritaire dans la procédure de consultation.

6.3 Législation sur les services financiers

Le 4 février 1991, le chef du Département fédéral des finances a chargé un groupe d'experts (Prof. Hertig, Hirscowicz et Nobel) d'établir un rapport sur le problème d'une nouvelle loi régissant les services financiers. Le groupe a délivré son rapport le 31 décembre 1991. Il considère qu'il est trop tôt pour légiférer sur le phénomène de «Allfinanz» d'autant plus que l'évolution va vers le développement des lois existantes (surveillance des banques, surveillance des assurances) et l'amélioration de la coordination entre les autorités de surveillance. Cependant, il serait nécessaire de légiférer dans le domaine de la gérance de fortune pratiquée en dehors des banques. De plus, les délimitations faites dans la circulaire de la Commission des banques du 30 septembre 1981 concernant l'application de l'article 1 alinéa 3 lettre b LB (non-assujettissement des gérants de fortune qui n'exercent pas une activité bancaire) ne donnent plus satisfaction. Le groupe a aussi étudié les développements à l'étranger, spécialement dans la CE. Le groupe d'experts propose d'ajouter au projet d'une loi fédérale sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières un chapitre sur la gérance de fortune afin d'arriver rapidement à la réalisation uniforme des travaux de réforme nécessaires. Le projet de loi sur les bourses ne concerne pas que les bourses mais aussi les négociants en valeurs mobilières au sens large si bien que cet élargissement supplémentaire est opportun et politiquement judicieux.

6.4 Banque Nationale Suisse

Lors de leurs deux séances annuelles, la Commission des banques a discuté avec le directoire de la Banque Nationale Suisse notamment:

- des effets de la crise du marché immobilier, spécialement sur les banques régionales ainsi que du soutien que peuvent apporter la Banque Nationale et la Commission des banques;
- des effets de la nouvelle circulaire de la Commission des banques sur la «Constitution et dissolution de réserves latentes»;
- des premières expériences faites avec la nouvelle circulaire édictée conjointement par la Banque Nationale et la Commission des banques sur la liquidité de caisse;
- des intentions du Département fédéral des finances de créer des comptes de placement de la Confédération;
- de l'endettement international.

6.5 Associations

Des délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont rencontrées à deux reprises pour discuter plus particulièrement des sujets suivants:

- les problèmes actuels des banques régionales,
- les possibilités de communiquer certains chiffres clés plus tôt,
- la nouvelle circulaire de la Commission des banques sur les «Directives relatives au blanchiment de capitaux» et le futur renouvellement de la Convention de diligence,
- l'information des banques concernant des décisions importantes de la Commission des banques,
- dans le domaine de la revision, le tarif des frais et la garantie d'une revision suffisamment étendue.

La Commission des banques a discuté avec la Commission technique de revision bancaire de la Chambre fiduciaire (Chambre suisse des experts comptables, fiduciaires et fiscaux) de problèmes comptables et d'évaluation ainsi que de l'application de la nouvelle circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes» ainsi que de la nouvelle version de la circulaire «Forme et contenu des rapports de revision».

6.6 Conférence des institutions de revision

Sur l'invitation du Secrétariat, la conférence des institutions de revision s'est tenue à Berne le 18 novembre 1991. Les principaux collaborateurs des sociétés et associations de revision agréées et les représentants des inspectorats des banques cantonales ont échangé leurs vues avec les représentants du Secrétariat au sujet de l'indépendance et des devoirs d'annonce des organes de revision, de l'estimation des crédits couverts par hypothèque, de l'application de la nouvelle circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes» et du nouveau concept du «Rapport de revision».

7. Affaires internationales

7.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Les efforts entrepris par le Comité conjointement avec les autorités de surveillance des bourses en vue d'établir un système multilatéral de mesure et de couverture par des fonds propres des risques du marché par les banques et les maisons de titres se sont poursuivis (cf. ch. 7.4 p. 252). Mais des divergences d'opinion sont apparues au sein du Comité technique de l'IOSCO (International Organization of Securities Commissions) non seulement au sujet du traitement des risques du marché par la surveillance bancaire mais aussi sur la question de savoir si une coordination avec la surveillance bancaire était tout simplement désirable bien que celle-ci favorise clairement l'égalité dans les conditions de concurrence.

Une enquête de juillet 1988 sur l'efficacité du concept de Bâle en matière de fonds propres a montré que la composition du capital des banques actives sur le plan international n'a pas subi de grands changements. La tendance s'est manifestée de se procurer du capital au moyen des nouvelles formes reconnues par le comité. Il est vrai que des comparaisons entre les pays sont rendues difficiles par les différences qui existent dans les règles comptables. Ainsi, les immobilisations, notamment les immeubles, sont comptabilisés dans certains pays au prix de revient alors que dans d'autres pays l'évaluation à la valeur vénale est admise.

Les travaux en vue de soumettre les risques du marché à des exigences en fonds propres se sont poursuivis. Pour le risque lié aux taux d'intérêt sur les titres à taux d'intérêt fixe et, le cas échéant, aussi sur les instruments dérivés se rapportant au taux d'intérêt, il est fait une distinction entre le risque spécifique lié à l'émetteur et le risque général lié à la durée de l'engagement. La question reste encore ouverte de savoir dans quelle mesure les différents titres doivent être répartis dans un inventaire et dans un compte de fortune. Il y a accord sur le fait que les exigences en fonds propres devant couvrir le risque de la position, c'est-à-dire le risque de changement de valeur des titres de participation, doivent se limiter à l'inventaire.

Les engagements des banques internationales dans les pays à risques se sont de nouveau réduits en moyenne à la suite de leur participation au programme de réduction de dettes et de la vente de créances sur le marché secondaire. Les résultats médiocres des banques en 1990 n'ont pas permis une augmentation du taux des provisions pour les risques-pays. Au sein du groupe des dix, il existe toujours de grandes différences au sujet du nombre des pays à risques qui sont retenus et au sujet du genre de créances pour lesquelles des provisions sont demandées, ce qui rend impossible des comparaisons directes.

Le Comité de Bâle s'est occupé activement du cas de la Bank of Credit and Commerce International (BCCI; cf. ch. 5.5.4 p. 225). Il s'agissait en premier lieu d'identifier tous les problèmes que posait ce cas afin de pouvoir encore mieux appliquer le Concordat de Bâle à la surveillance bancaire sur le plan international.

Le Comité a poursuivi ses discussions de fond au sujet de la surveillance des groupes financiers (cf. Rapport de gestion 1990 p. 187). Cette étude doit servir de base en vue d'une collaboration étendue de la surveillance des différentes activités financières d'un groupe dans différents pays. Dans ce contexte, l'arrêt du Tribunal fédéral dans le cas du Crédit Suisse/CS Holding a rencontré un vif intérêt. Le principe a été admis que la nécessité d'avoir une surveillance consolidée de l'ensemble du groupe est moins impérieuse lorsqu'un groupe est diversifié, c'est-à-dire lorsque les activités financières n'ont que peu de poids dans sa structure d'ensemble. On recherche une surveillance de la tête du groupe mais les bases légales ne sont pas

toujours données. Il faut éviter que le même capital soit utilisé deux fois comme garantie. Les groupes doivent être organisés d'une façon transparente et les actionnaires principaux doivent être connus.

7.2 Communauté Européenne

A la suite de la conclusion du traité sur l'EEE, huit directives du secteur bancaire appartenant à «l'acquis communautaire» doivent être reprises dans le droit suisse, ce qui se réalisera dans le cadre du projet Eurolex (cf. ch. 6.1 p. 244 s.). Toutes les directives de la CE du domaine bancaire en vigueur le 31 juillet 1991 ont été reprises dans le traité sur l'EEE. Les textes encore en suspens dans la CE, notamment ceux concernant la surveillance sur une base consolidée, les gros crédits et le système de protection des dépôts, doivent être introduits ultérieurement dans le traité selon une procédure qui est prévue dans celui-ci. Comme le droit de la CE se base très largement sur les travaux du Comité de Bâle, auxquels la Suisse a participé d'une façon active et intensive, il ne sera pas nécessaire dans le domaine du droit de surveillance bancaire de procéder à des adaptations importantes.

Les principes qui sont à la base des sept directives qui concernent le droit de surveillance bancaire de la CE ont déjà été présentés ces dernières années (cf. Rapport de gestion 1989 p. 201 ss, 1990 p. 187 ss). A côté de l'introduction du principe de la licence unique et du contrôle des succursales de banques par le pays d'origine, la plus grande modification qu'exige le traité sur l'EEE portera sur l'établissement de l'entraide administrative sur le plan international ainsi que l'adaptation de nos règles régissant la comptabilité; pour ce faire, la Suisse bénéficie d'un délai jusqu'au 1er janvier 1996. Il faudra aussi reprendre la directive du Conseil du 10 juin 1991 réprimant l'utilisation du système bancaire à des fins de blanchiment de capitaux. Cette directive oblige notamment les établissements financiers et de crédit et leurs dirigeants à annoncer des transactions douteuses, ce qui soulève des questions juridiques de principe. Il n'est donc pas encore clair de savoir si cette obligation devra être inscrite dans le Code pénal ou si elle devra faire l'objet d'une norme de droit administratif.

7.3 Rencontre tripartite

Lors de la rencontre annuelle des autorités de surveillance de l'Allemagne, de l'Autriche et de la Suisse, qui s'est tenue à Dresde les 18 et 19 août 1991, les participants ont procédé à un précieux échange d'informations et d'idées, en particulier sur l'état de la législation ainsi que sur les directives de la CE dans le domaine bancaire et leur transposition au niveau national.

7.4 International Organization of Securities Commissions

Des progrès ont été accomplis dans l'harmonisation internationale des exigences et des définitions concernant les fonds propres entre la surveillance bancaire et la surveillance des bourses (cf. Rapport de gestion 1990 p. 189 s.). Le Technical Committee de l'International Organization of Securities Commissions (IOSCO), qui peut être comparé au Comité de Bâle sur le contrôle bancaire (cf. ch. 7.1 p. 249) et qui est l'organisation des autorités de surveillance des bourses, a exposé et publié sa position en septembre 1991 dans un mémorandum. Ce document sert de base aux discussions en vue de l'harmonisation, qui est recherchée avec les autorités de surveillance des banques, des exigences minimums en ce qui concerne les fonds propres devant couvrir les risques du marché que présentent les titres de participation et les papiers-valeurs procurant un intérêt. La coopération des représentants des deux parties dans les groupes de travail du Comité de Bâle et de l'IOSCO a permis un rapprochement des points de vue. La participation d'un représentant de la Commission des banques dans le groupe de travail No 3 de l'IOSCO qui s'occupe de la réglementation des participants au marché sert avant tout ce but. Mais elle permet aussi d'acquérir de précieux enseignements pour la surveillance des opérations en valeurs mobilières des banques universelles et des négociants spécialisés dans le commerce des titres.

A la demande des représentants des autorités de surveillance bancaire, le groupe de travail No 3 étudie maintenant aussi le problème de la surveillance des groupes financiers, soit des groupes dont l'activité se déroule surtout dans le domaine financier avec des sociétés qui sont juridiquement indépendantes et qui ne sont parfois soumises ni à la surveillance des banques ni à celle des bourses. Les

autorités de surveillance des bourses des pays connaissant le système de la séparation des banques soit juridique soit de fait se montrent toujours très réservées à l'égard du concept développé depuis la fin des années septante par le Comité de Bâle en faveur de la surveillance consolidée des groupes bancaires. Mais il y a déjà unanimité pour admettre que des banques ou des négociants en titres qui ont reçu une autorisation ne peuvent plus être surveillés séparément des autres membres du groupe, en particulier aussi des holdings irréguliers et des sociétés-soeurs.

7.5 Groupe d'action financière sur le blanchiment de capitaux

La Commission d'experts mise en place par les chefs d'Etats et de gouvernements des pays du Groupe des Sept pour combattre le blanchiment d'argent, appelé Groupe d'action financière sur le blanchiment de capitaux (en abrégé: GAFI; cf. Rapport de gestion 1990 p. 167 s.) compte maintenant les 24 membres de l'OCDE ainsi que Hong Kong et Singapour. Le GAFI s'est donné comme tâche principale de contrôler l'application de ses 40 recommandations édictées en 1990 (cf. Bulletin CFB 20 p. 36 ss) dans les pays membres. Dans ce but, chaque pays doit chaque année faire rapport au sujet de cette application. Mais comme il s'agit d'un propre jugement, chaque pays doit en outre, après trois années à compter de son acceptation des recommandations, se soumettre à un contrôle effectué par un groupe d'experts composé d'autres pays membres. Son rapport est ensuite adopté par le GAFI après audition du pays qui a subi le contrôle et les résultats sont publiés sous une forme résumée. Durant le premier semestre de 1992, quatre pays qui se sont volontairement mis à disposition seront contrôlés. La Suisse ne se trouve pas parmi eux car elle a déjà pris en août 1991 la présidence du GAFI, qui change chaque année. La perspective qu'a chaque pays de devoir soumettre ses propres efforts à un jugement critique conduit les pays membres à appliquer aussi complètement que possible les recommandations du GAFI qui n'ont pas juridiquement parlant d'effet contraignant. Les directives de la Commission des banques du 18 décembre 1991 relatives au blanchiment d'argent (cf. ch. 5.4 p. 219) ont constitué une contribution précieuse dans ce sens. De plus, la Commission des banques met à la disposition du Département fédéral des finances le

chef de la délégation suisse au GAFI ainsi que des experts pour l'examen des pays.

A côté du contrôle de ses propres membres, le GAFI s'efforce d'obtenir une adhésion et une application aussi large que possible de ses recommandations dans des conférences régionales ainsi que dans des contacts bilatéraux entre les différents Etats membres et leurs pays voisins, respectivement les places financières voisines. Dans ce sens, sur mandat du GAFI, la Suisse s'occupe des relations avec la Principauté du Liechtenstein.

7.6 Entraide administrative internationale

Contrairement à ce qui existe dans le domaine civil ou pénal, il n'y a que très peu de réglementations au niveau des lois ou des traités internationaux en ce qui concerne l'entraide administrative, par exemple dans les accords de double imposition. Ces bases juridiques manquent aussi actuellement dans le domaine de la surveillance bancaire. Dans le cadre du Comité de Bâle (cf. ch. 7.1 p. 249) différents principes ont été établis au sujet de la collaboration entre les autorités de surveillance entre elles et avec les autorités de surveillance des marchés financiers lors de la surveillance des banques actives sur le plan international et des maisons de titres. Il faut mentionner le Concordat de Bâle sur les principes régissant la surveillance des succursales étrangères de 1983 et 1990 (cf. Rapport de gestion 1990 p. 186 s.) et un document de base d'avril 1990 concernant l'échange d'informations entre les autorités de surveillance des participants aux marchés financiers. Ces principes ne sont pourtant pas des traités internationaux et juridiquement ils n'ont pas un caractère contraignant.

La Commission des banques a depuis plusieurs années des contacts nombreux avec les autorités de surveillance étrangères. Mais en principe, elle ne communique à des autorités de surveillance étrangères des informations confidentielles concernant des banques particulières qu'avec l'accord de celles-ci et elle ne donne aucun renseignement sur des clients de banques. Des annonces de routine concernant les chiffres du bilan et les fonds propres n'ont été faites

périodiquement, à la demande et avec l'accord des banques suisses concernées, qu'envers le Federal Reserve Board américain.

A côté de contacts informels, l'aide de la Commission des banques se limite actuellement à confirmer qu'une certaine banque est surveillée par elle sur une base consolidée et que cette banque remplit en Suisse les exigences légales. D'un autre côté, avant d'accorder l'autorisation à une filiale, la Commission des banques se renseigne auprès de l'autorité de surveillance de la banque-mère si elle a des objections contre une telle ouverture et si la nouvelle banque sera incluse dans sa surveillance consolidée. La Commission des banques procède de façon analogue lors de l'établissement de succursales juridiquement non indépendantes de banques étrangères en Suisse. Si la Commission des banques retire l'autorisation à une banque faisant partie d'un groupe international ou si les intérêts des créanciers se trouvent gravement menacés, la Commission des banques en avertit sans délai l'autorité de surveillance étrangère sans accord préalable de la banque concernée. Une collaboration plus étroite existe lorsqu'il s'agit de sociétés qui sont soupçonnées d'exercer une activité qui n'est pas autorisée. De plus, il existe souvent le danger que ces sociétés aient commis des délits de droit commun. De telles sociétés essaient fréquemment de se soustraire à toute surveillance en répartissant habilement leurs activités dans plusieurs pays (cf. Bulletin CFB 17 p. 11).

Dans le cadre des préparatifs faits en vue d'un traité éventuel sur l'EEE avec la Communauté Européenne (cf. ch. 6.1 p. 244), la Commission des banques est responsable de la préparation d'une norme sur l'entraide administrative dans la loi sur les banques. Des travaux préparatoires sont aussi entrepris dans ce sens au sujet du projet de Loi fédérale sur les bourses (cf. ch. 6.1 p. 244) et de la revision totale de la loi sur les fonds de placement (cf. ch. I p. 197). Ces normes devront être identiques. Il est de la plus grande importance qu'elles contiennent le principe selon lequel l'utilisation abusive des données protégées dans des buts autres que ceux de la surveillance est interdite.

L'absence actuelle de normes légales expresses ne signifie pourtant pas qu'aujourd'hui toute forme de collaboration de la Commission des banques avec des autorités de surveillance étrangères

serait illégale. Le Tribunal fédéral a eu à trancher cette question en rapport avec une activité bancaire non autorisée. Un collaborateur de la Commission des banques a eu un entretien avec un collaborateur étranger d'une maison de bourse étrangère qui entretenait d'étroites relations avec une société suisse. La Commission des banques a examiné si cette société suisse, compte tenu de son activité, devait être soumise à la loi sur les banques. Elle a envoyé à l'autorité de surveillance étrangère une note relatant l'entretien au cours duquel ce collaborateur avait avancé de graves accusations. Dans son arrêt du 11 novembre 1991, le Tribunal fédéral a confirmé la légitimité de cette façon de faire sans toutefois se prononcer d'une façon générale sur l'entraide administrative.

8. Affaires traitées (statistiques)

8.1 Séances

Lors de 12 séances, dont certaines portant sur deux jours, la Commission des banques s'est occupée de 228 affaires (239 l'année précédente).

8.2 Décisions

Durant l'année 1991, la Commission des banques a rendu 86 (80) décisions qui ont concerné les domaines suivants:

• autorisations en vertu des articles 3, 3bis et 3ter LB	28	(45)
• assujettissement de sociétés financières à caractère bancaire aux articles 7 et 8 LB	–	(3)
• reconnaissance d'institutions de revision bancaire (art. 20 LB)	2	(–)
• changement d'institutions de revision bancaire (art. 39 al. 2 OB)	31	(11)
• fonds propres, liquidité et répartition des risques	2	(2)
• garantie d'une activité irréprochable, organisation interne	6	(2)

• dénonciations pénales	2	(5)
• retrait d'autorisation	1	(1)
• divers	14	(11)

Commes les années précédentes, quelques décisions de la Commission des banques ont fait l'objet de recours de droit administratif au Tribunal fédéral. Compte tenu de la surveillance des fonds de placement, la situation se présente comme suit:

Recours pendants à la fin de 1990	6
Nouveaux recours en 1991	6
Recours tranchés en 1991	4
Recours retirés en 1991	3
Recours pendants à la fin de 1991	5

8.3 Recommandations et annonces de répartition des risques

En se fondant sur les directives générales et la pratique de la Commission des banques, le Secrétariat s'efforce de régler les cas d'espèce tout d'abord par la voie d'une «recommandation» au sens de l'article 5 RO-CFB. Par ces recommandations, le Secrétariat invite la banque à adopter dans un laps de temps déterminé un certain comportement et lui fixe un délai donné pour dire si elle l'accepte. En cas de refus, le Secrétariat soumet l'affaire pour décision à la Commission des banques.

En 1991, 83 (69) recommandations ont été émises. Elles ont toutes été acceptées par les banques. Les recommandations du Secrétariat concernaient les domaines suivants:

• Fonds propres	1	(1)
• Répartition des risques	11	(5)
• Comptes annuels	69	(63)
• Organisation	2	(–)

Le nombre des annonces de répartition des risques selon l'article 21 OB traité par le Secrétariat a diminué à 201 (215).

9. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi

9.1 Etat à fin 1991

• Banques	493	(511)
– en mains étrangères	131	(128)
– succursales de banques étrangères	25	(27)
• Banques Raiffeisen	1185	(1200)
• Fédération vaudoise des caisses de crédit mutuel	13	(13)
• Sociétés financières à caractère bancaire, complètement assujetties	4	(4)
• Sociétés financières à caractère bancaire, assujetties aux seuls articles 7 et 8 LB	112	(128)
• Représentations de banques étrangères	78	(76)
• Banques étrangères autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse	22	(23)
• Institutions de revision agréées pour la revision bancaire	19	(21)

9.2 Autorisations délivrées

Banques organisées selon le droit suisse

- Banque Kankaku (Suisse) SA, Genève; transformation d'une société financière en banque
- Banque Piguet & Cie SA, Yverdon-les-Bains; reprise de Piguet & Cie, Yverdon-les-Bains
- Banque Unigestion, Genève; transformation d'une société financière en banque
- Darier, Hentsch & Cie, Genève; reprise de Darier & Cie, Genève et de Hentsch & Cie, Genève

- FTI – Banque Fiduciary Trust, Genève; transformation d'une société en banque
- Mitsui Trust Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- New Japan Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Okasan Bank (Schweiz), Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Sumitomo Trust and Banking (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque
- Yasuda Trust and Banking (Schweiz) AG, Zurich; transformation d'une société financière en banque

Succursales et agences de banques étrangères

- Banque Internationale de Commerce, Paris; succursale à Genève

Représentations

- Banca Popolare di Sondrio, Sondrio; représentation à Lugano
- Banco Bilbao Vizcaya SA, Bilbao; représentation à Genève
- Banco de Comércio e Industria SA, Porto; représentation à Genève
- S.G. Warburg & Co. Ltd., London; représentation à Genève

Réception de fonds en dépôt par des banques étrangères auprès d'un intermédiaire en Suisse

- Banco de Comércio e Industria SA, Porto

Sociétés de revision

- ATAG Ernst & Young AG, Basel; restructuration du groupe
- REBA REVISION Société de revision des banques régionales suisses, Zurich; reprise des activités exercées par les deux Associations de revision de banques régionales

9.3 Cessation d'activité

Cessation d'activité comme banque

- AKO Bank, Zurich; fusion avec Banque ORCA SA, Genève
- Amro Bank und Finanz, Zurich; fusion avec ANB Amro Bank (Schweiz), Zurich
- Amtsersparniskasse Aarberg, Aarberg; fusion avec Ersparniskasse Biel, Bienne, en Seeland Bank SB, Bienne
- Assets Development Bank SA, Genève; fusion avec Banque DUMENIL-LEBLE (Suisse) SA, Genève
- Banca Privata Edmond de Rothschild SA Lugano, Lugano; fusion avec Banca Privata Solari & Blum SA (Groupe Benjamin et Edmond de Rothschild), Lugano
- Bank in Buchs, Buchs; fusion avec l'Union de Banques Suisses, Zurich
- Bank in Burgdorf, Burgdorf; fusion avec la Société de Banque Suisse, Bâle
- Banque et Caisse d'Epargne du Pays-d'Enhaut, Château-d'Oex; fusion avec la Banque Vaudoise de Crédit, Lausanne
- Banque Hauslage, Wacker & Cie, Genève
- Banque Morgan Grenfell en Suisse SA, Genève; fusion avec Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève
- Banque Worms & Cie (Suisse) SA, Genève; fusion avec Privat Kredit Bank, Zurich
- Caisse d'Epargne et de Prêts de Thoune, Thoune; retrait de l'autorisation
- Darier & Cie, Genève; reprise par Darier, Hentsch & Cie, Genève
- Ersparniskasse Nidau, Nidau; fusion avec Ersparniskasse Biel, Bienne, en Seeland Bank SB, Bienne
- Genossenschaft Arwida für Bauen und Wohnen, Winterthour (auparavant Sparkasse Wülflingen-Winterthur, Winterthour)
- Hentsch & Cie, Genève; reprise par Darier, Hentsch & Cie, Genève

- Hypothekarkasse des Kantons Bern, Berne; fusion avec Kantonalbank von Bern, Berne, en Berner Kantonalbank, Berne
- Hans Kunz, Diskontgeschäft, Grosswangen
- Piguet & Cie, Yverdon-les-Bains; reprise par Banque Piguet & Cie SA, Yverdon-les-Bains
- Rotschild Börsenhandel AG, Zurich; reprise par Rotschild Bank AG, Zurich
- Schweizerische Depositen- und Kreditbank, Bâle; fusion avec la Société de Banque Suisse, Bâle
- Sparkasse Küssnacht AG, Küssnacht; fusion avec la Société de Banque Suisse, Bâle
- Spar- und Leihkasse Biel-Madretsch, Bienne; fusion avec Ersparniskasse Biel, Bienne, en Seeland Bank SB, Bienne
- Spar- und Leihkasse des Amtsbezirkes Büren, Büren a.A.; fusion avec Ersparniskasse Biel, Bienne, en Seeland Bank SB, Bienne
- Spar- und Leihkasse Erlach, Erlach; fusion avec Ersparniskasse Biel, Bienne, en Seeland Bank SB, Bienne
- Spar- und Leihkasse Lyss, Lyss; fusion avec Ersparniskasse Biel, Bienne, en Seeland Bank SB, Bienne

Cessation d'activité comme succursale ou agence d'une banque étrangère

- ANZ Grindlays Bank p.l.c.; succursale à Zurich
- Manufacturers Hanover Trust Company, New York; succursale à Zurich
- SEB Investment Management Skandinaviska Enskilda SA; succursale à Meyrin

Cessation d'activité comme représentant

- Bulgarische Aussenhandelsbank, Sofia
- Finansbank Ltd., Johannesbourg

Cessation de la réception de fonds en dépôt par des banques étrangères auprès d'un intermédiaire en Suisse

- Bell Savings Bank PaSA, Philadelphia, Pennsylvanie, USA
- Privredna Banka Sarajevo, Sarajevo

Cessation d'activité comme société financière à caractère bancaire

- BHB-Finanzierungs-AG, Bâle
- Bilbao Vizcaya Finanz AG, Zurich
- Continental Elektrizitäts-Union AG, Bâle
- Drexel Burnham Lambert Finanz AG, Zurich
- INDELEC Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie, Bâle
- Intergef SA, Zurich
- Kankaku (Suisse) SA, Genève
- Mitsui Trust Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- New Japan Securities (Schweiz) AG, Zurich
- Okasan (Schweiz) Finanz AG, Zurich
- Saitama Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- SBP Finance SA, Genève
- Sumitomo Trust Finance (Schweiz) AG, Zurich
- Unigestion SA, Genève
- WPZ Genève SA, Genève
- Yasuda Trust Finanz (Schweiz) AG, Zurich

Cessation d'activité comme institution de revision bancaire

- ATAG Bankenprüfung, Bâle
- Ernst & Young AG, Zurich
- Revisionsstelle Berner Regionalbanken, Ostermundigen
- Revisionsverband Schweizer Regionalbanken, Zurich

V. Surveillance des fonds de placement

1. Revision de la loi sur les fonds de placement

Le 22 juin 1990, le chef du Département fédéral des finances a nommé une Commission d'experts de six membres pour préparer une revision de la loi sur les fonds de placement, vieille de 25 ans. La commission, placée sous la présidence de M. le Docteur Peter Forstmoser, professeur, Zurich, a été chargée d'établir jusqu'au 31 décembre 1991 un projet de loi, accompagné d'un commentaire. Dans l'opinion du Département fédéral des finances, la revision doit être très étendue, c'est-à-dire qu'elle ne doit pas se limiter à certains domaines mais qu'elle doit traiter toute la loi actuelle ainsi que les différentes propositions et souhaits qui sont actuellement connus. La Commission d'experts a déposé ses propositions. Il est prévu de mettre le projet de loi en consultation au cours du printemps 1992.

La Commission des banques avait déjà, il y a quelques années, relevé la nécessité de réviser la loi sur les fonds de placement (cf. Rapport de gestion 1990 p. 195 s.). Elle apprécie et soutient donc les efforts du Département fédéral des finances de ne pas vouloir seulement adapter la législation suisse sur les fonds de placement au droit communautaire mais de la revoir en profondeur et de la libéraliser. Une loi moderne sur les fonds de placement, accompagnée d'allégements fiscaux (timbre d'émission et droit de timbre) devrait améliorer la capacité de concurrence de la place financière suisse et freiner ainsi l'exode des fonds à l'étranger.

2. Pratique de l'autorité de surveillance

2.1 Fonds de placement immobiliers

2.1.1 Commissions à des sociétés immobilières proches

Pendant l'année 1991, une direction a demandé à la Commission des banques s'il était permis qu'une société qui lui est proche et qui s'occupe d'affaires immobilières soit chargée de la recherche d'acheteurs pour des immeubles du fonds et que les commissions usuelles lui soient payées. La direction faisait valoir que cette filiale

connaissait bien les immeubles du fonds et qu'elle travaillait à des conditions plus favorables que les intermédiaires indépendants car d'une part elle appliquait des taux de commission plus bas et d'autre part la direction renonçait à l'indemnité lui revenant selon le règlement pour la vente d'immeubles. La Commission des banques a examiné la question sous l'angle du devoir de loyauté (art. 14 al. 1 LFP). En vertu de cette disposition légale, la direction est tenue d'éviter tout conflit d'intérêts. Mais il n'est pas interdit à la direction (ou aux sociétés qui lui sont proches) d'exercer une activité pour ses fonds immobiliers. Certes, la direction ne peut pas normalement construire elle-même des immeubles pour le compte du fonds (art. 35 al. 1 LFP). Mais la direction ou une personne qui lui est proche peut collaborer dès le début à la préparation des plans et à la surveillance des travaux. De même, d'autres activités de personnes ou de sociétés proches ne sont absolument interdites que s'il en résulte le danger potentiel que l'investisseur subisse un préjudice. D'après la pratique de la Commission des banques, un tel risque n'existe pas lorsque les prestations sont indemnisées selon un tarif publié par une association et qu'en conséquence il n'y a pratiquement pas de danger que l'investisseur subisse un préjudice (cf. Rapport de gestion 1980 p. 41 s.).

Sur la base de ce qui précède, la Commission des banques a constaté que la direction pouvait payer des commissions d'achat et de vente à des sociétés proches pour autant que ces commissions soient calculées exclusivement selon le tarif de l'Association suisse des gérants d'immeubles, qu'elles ne dépassent pas le 90% du taux maximum de ce tarif et que la direction de son côté renonce à l'indemnité qu'il lui revient selon le règlement du fonds pour son travail lors de la construction, l'achat ou la vente d'immeubles. Enfin, la direction a été tenue de soumettre pour contrôle aux experts indépendants et à l'organe de revision toutes les notes d'honoraires.

2.1.2 **Estimation de la valeur vénale des immeubles**

Le calcul de la valeur vénale des actifs d'un fonds de placement joue un rôle primordial. Il détermine la valeur d'inventaire de la part dont découlent à leur tour les prix d'émission et de rachat. La sous-

évaluation des actifs du fonds entraîne inévitablement une sous-éva-

luation de la valeur des parts du fonds pouvant porter préjudice aux porteurs qui vendent leurs parts et qui exercent leur droit de révocation (art. 21 LFP). L'émission de nouvelles parts, sur la base de valeurs sous-évaluées, a pour conséquence que les nouveaux porteurs acquièrent un bénéfice au détriment des porteurs d'anciennes parts. L'effet est inverse en cas de surestimation de la valeur vénale des immeubles. D'où la très grande importance que revêt cette estimation, surtout en période d'excès. Selon l'art. 4 al. 3 OFP, la valeur vénale d'un avoir correspond au prix qui pourrait probablement en être obtenu si on le vendait au moment de l'évaluation avec le soin indispensable. Contrairement aux fonds de placement mobiliers où la valeur vénale peut être obtenue facilement et à tout moment sur la base de cours boursiers ou sur la base de cours négociés sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés, l'évaluation du patrimoine d'un fonds immobilier repose sur la direction du fonds. Elle doit s'adjoindre, de par la loi, un ou plusieurs experts indépendants, mais conserve la liberté de retenir les estimations des experts ou de s'en écarter. Dans ce dernier cas, elle doit motiver sa décision dans un rapport destiné à l'organe de revision.

L'importance d'une estimation conforme à la loi ne doit pas faire oublier la nécessité d'accorder au déposant la possibilité de se retirer sans dommage. A cette condition seulement il pourra accorder sa confiance envers les fonds de placement immobiliers. Depuis de nombreuses années, l'estimation de la valeur vénale de ces fonds a donné lieu à des discussions (cf. Rapports de gestion 1988 p. 189 s. et 1986 p. 146 s.). Durant l'année 1991, la Commission des banques a d'une part pris connaissance de rachats massifs de parts qu'ont dû effectuer certaines directions de fonds à la suite de la récente baisse des valeurs dans le secteur immobilier due principalement aux Arrêtés fédéraux urgents contre la spéculation foncière, aux taux d'intérêt élevés incitant les investisseurs à déplacer leurs investissements vers d'autres placements offrant des rendements meilleurs et, d'autre part, elle s'est s'occupée de cas où certains indices laissaient supposer que les estimations pouvaient être en dessous des valeurs du marché. Les principaux indices de sous-évaluation étaient en l'occurrence les suivants: taux de capitalisation retenus beaucoup plus élevés que ceux des autres fonds de placement, valeur de l'assurance incendie très élevée et dépassant les différences normalement

admissibles, valeur intrinsèque considérablement plus haute que la valeur vénale, valeur fiscale supérieure à la valeur vénale. Ainsi, par exemple, dans un cas extrême, elle a pris la décision de faire examiner les valeurs vénales de certains immeubles d'un fonds de placement immobilier par deux experts neutres nommés par elle. Les experts déposeront leurs rapports au printemps 1992.

2.1.3 **Europrogramme**

Durant l'année sous revue, la liquidation du fonds de placement Europrogramme International Série 1969 s'est poursuivie (cf. Rapports de gestion 1989 p. 216 s. et 1990 p. 196). A fin 1991, le groupe SASEA Holding était en train de compléter le paiement de la troisième tranche correspondant au 20 % du prix total. La quatrième et dernière tranche devra être payée à fin 1992. Le Tribunal fédéral ne s'est pas encore prononcé sur le recours contre la décision de la Commission des banques prononçant le retrait de l'autorisation à IFI Interfininvest SA et la nomination de Fiducia Bankenrevision AG en tant que gérante.

Pour ce qui est du fonds Europogramme International, le liquidateur du fonds a versé le quatrième acompte de liquidation.

2.2 Fonds mobiliers

2.2.1 **Fonds en warrants**

On trouve des certificats d'options («warrants») depuis des années dans beaucoup de portefeuilles de fonds de placement. Compte tenu de leur volatilité, qui est pareille à celle des «traded-options», la part de ces placements ne dépassait jusqu'ici que rarement quelques pourcents de la fortune du fonds. La question a pourtant été posée pour la première fois de savoir si un fonds – suisse ou étranger – pouvait avoir la majorité ou même la totalité de son porte-

feuille dans de tels titres. Après un examen attentif de la situation juridique, la Commission des banques est arrivée à la conclusion que les warrants, ayant la qualité de papiers-valeurs au sens de l'article 6 alinéa 1 LFP, peuvent être acquis comme placement sans limitation pour autant qu'ils soient cotés à une bourse ou qu'ils soient traités régulièrement sur un marché organisé dont les cours sont régulièrement publiés. En outre, la direction ou le représentant du fonds a l'obligation de relever dans le prospectus et dans les publications éventuelles les risques particuliers que présentent les placements en warrants.

2.2.2 **Transfert de fonds de placement suisses au Luxembourg**

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a donné son feu vert à une transaction, mise sur pied par un groupe bancaire étranger, consistant en un transfert au Luxembourg de six fonds de placement suisses gérés par la société de direction genevoise de ce groupe. Le but de cette opération est de regrouper les activités de fonds de placement du groupe au Grand-Duché, où il dispose déjà de 28 fonds, par ailleurs tous autorisés à faire appel au public en Suisse.

Ce transfert se fera par le biais d'une «Offre publique d'échange» (OPE) dont la Commission des banques a jugé les termes conformes aux dispositions de la LFP et qui offre aux porteurs de parts des fonds suisses différentes alternatives. En cas d'acceptation de l'OPE, ils se retrouveront en possession de parts de fonds luxembourgeois du groupe dont la politique de placement est similaire à celle des fonds suisses. S'ils refusent l'OPE, ils auront toute liberté soit de demander à la société suisse de direction le rachat de leurs parts (art. 21 LFP) jusqu'au terme prévu pour l'OPE, soit d'attendre la liquidation des fonds suisses (art. 28 ss LFP), qui interviendra consécutivement à l'OPE, et d'en recevoir le produit proportionnellement à leur participation. Les portefeuilles des fonds suisses feront quant à eux l'objet d'une vente directe aux fonds luxembourgeois. Toutes ces opérations se dérouleront sous le contrôle des reviseurs suisses et luxembourgeois, lesquels veilleront au respect des prescriptions légales, notamment l'article 14 LFP.

2.2.3 Correspondance entre le nom du fonds et la politique de placement

Lorsque des fonds de placement effectuent des investissements importants dans d'autres titres ou d'autres marchés que ceux que leur nom laisse supposer, il existe le danger que l'investisseur soit induit en erreur sur la politique de placement, ce qu'interdit l'article 41 alinéa 3 LFP et l'article 5 OFP étr. Jusqu'à présent les placements ne correspondant pas au nom du fonds étaient limités à 10% au maximum de la fortune du fonds.

Modifiant sa pratique, la Commission des banques a décidé qu'à l'avenir cette condition serait encore remplie lorsque 25% au maximum (au lieu de 10%) de la fortune du fonds seront investis dans d'autres pays, monnaies ou titres que ceux que laissent présager le nom du fonds, pour autant qu'il existe un étroit rapport matériel, géographique et/ou économique (p. ex. placements en obligations hollandaises libellés en flh par un «DM-Bond-Fund» ou placements au Portugal par un «Spanien-Fonds».

3. Affaires traitées

Durant l'année 1991, 83 affaires (85) ont été traitées par la Commission des banques. Les recours de droit administratif reçus par le Tribunal fédéral sont encore pendants.

4. Développement des fonds de placement en 1991

	nombre au 31.12.		Fortune des fonds au 31.12. en mio frs		Emissions ./. rachats au 31.12. en mio frs	
	1991	1990	1991	1990	1991	1990
Fonds de placement suisses						
Fonds mobiliers et mixtes	194	194	27 123	24 959	- 511	- 987
Fonds immobiliers	32	32	7 049	7 839	-1 047	-1 641
Total	226	226	34 172	32 798	-1 558	-2 628
Fonds étrangers autorisés à faire appel au public	352	224			21 431	9 376

Les rapports mensuels de la Banque Nationale Suisse contiennent d'autres données statistiques (tableaux D 15_1 et 15_2).

Durant l'année sous revue, 5 (23) nouveaux fonds mobiliers suisses ont été créés:

- BSS Swissfund
- FORTUNA RENTENFONDS
- MULTICONVERT JAPAN
- Pasche-America
- Pasche-Europe

Il faut relever plusieurs créations au Luxembourg de fonds du marché monétaire en francs suisses par les grandes banques et des banques cantonales ainsi que les autorisations données pour la première fois à un fonds immobilier allemand ainsi qu'à plusieurs fonds mobiliers italiens.

Les fonds étrangers ont connu une très forte augmentation. Ils ont passé de 224 en 1990 à 352 en 1991. Sur les 128 nouveaux fonds, 121 ont leur domicile au Luxembourg.

A la fin de l'année 1991, la statistique par pays était la suivante:

• Pays sans surveillance équivalente à celle exercée en Suisse (Antilles néerlandaises, Iles Cayman, Islande, Guernsey, Jersey, Iles Vierges britanniques, Liechtenstein, Panama)	39	(43)
• Luxembourg	274	(153)
• Allemagne	23	(23)
• Italie	8	(0)
• Etats-Unis	3	(3)
• Pays-Bas	3	(0)
• Autriche	1	(1)
• Irlande	1	(1)

VI. Surveillance des lettres de gage

Le Secrétariat de la Commission des banques doit s'assurer chaque année que les comptes annuels des centrales d'émission sont bien conformes, quant à la forme et au fond, aux prescriptions légales, statutaires et réglementaires et que les dispositions de la loi sur l'émission des lettres de gage (LLG) sont respectées (art. 42 LLG). Les institutions de revision bancaire examinent, pour leur part, le Registre des gages et la couverture des prêts chez les membres des centrales.

Les revisions opérées en 1991 n'ont donné lieu à aucune remarque particulière.

VII. Commission des banques et Secrétariat

1. Commission des banques

Atteints par la limite d'âge fixée pour les membres des commissions extra-parlementaires, M. Hermann Bodenmann, docteur en droit (membre dès 1969, vice-président depuis 1973 et président depuis 1977), ainsi que M. Amilcare Berra, docteur en sciences économiques (membre depuis 1987 et vice-président depuis 1990) ont quitté leurs fonctions au sein de la Commission à la fin de l'année 1991.

Pour leur activité fructueuse et leur dévouement, ces deux Messieurs méritent une vive gratitude. M. le Président Bodenmann a profondément marqué de son empreinte, pendant de longues années, la surveillance bancaire de notre pays, en toute indépendance et avec beaucoup de persévérance. Il s'est acquis l'estime et la reconnaissance de tous.

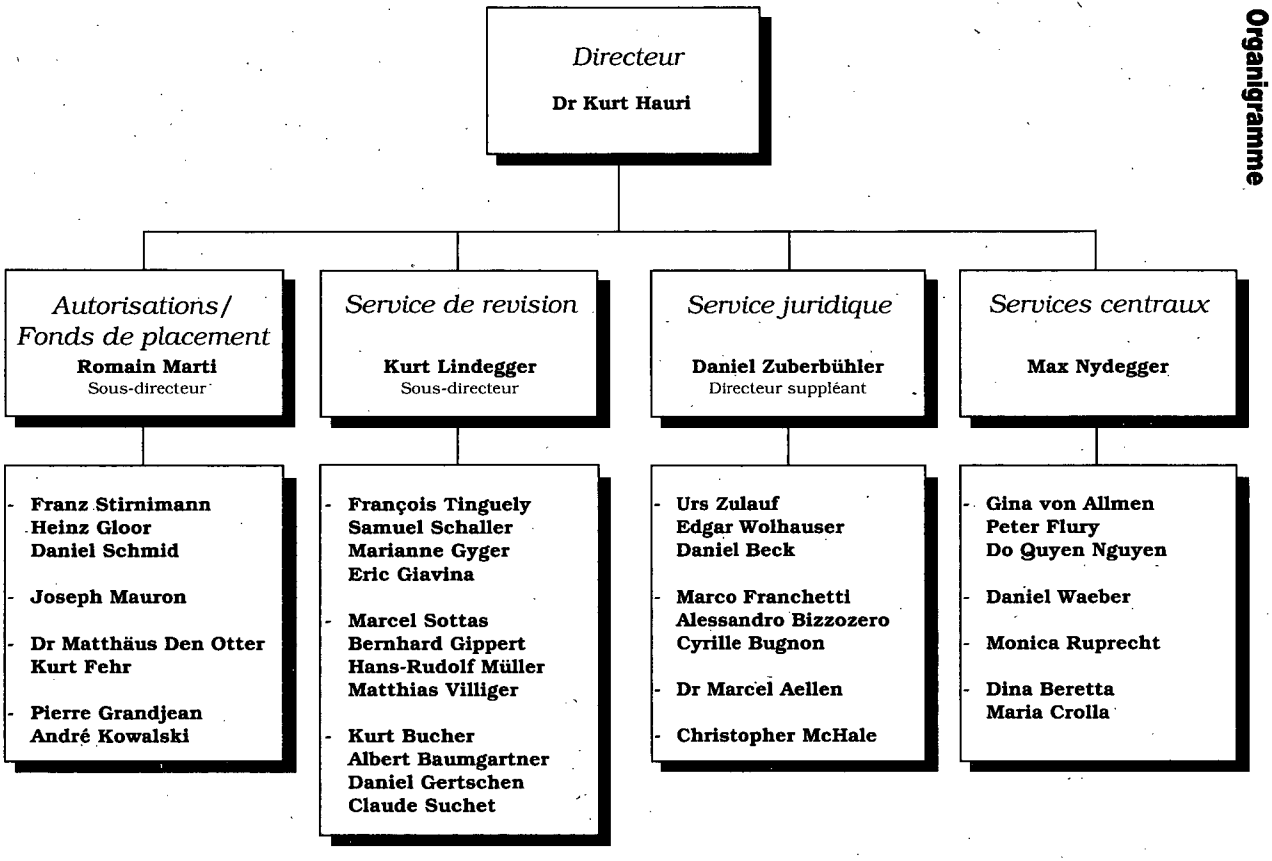
2. Secrétariat

Pour tenir compte des nécessités les plus urgentes, l'effectif du Secrétariat a été augmenté à 41,5 postes de travail. Cet accroissement est nécessaire pour faire face à des exigences toujours plus élevées. Il contribue à assurer une surveillance efficace. On peut constater avec satisfaction la stabilité du personnel.

3. Comptes annuels

	Dépenses		Recettes	
	1991 frs	1990 frs	1991 frs	1990 frs
Autorité et Secrétariat	8 767 177	7 173 723		
Emoluments de surveillance				
– Banques			5 423 416	4 797 912
– Fonds de placement			478 000	555 000
Emoluments d'arrêtés et d'écritures			1 065 971	1 045 134
Report des années précédentes				419 596
Report à compte nouveau	356 081			356 081
Insuffisance de couverture[1]			2 155 871	
	9 123 258	7 173 723	9 123 258	7 173 723

[1] Selon l'art. 1 al. 3 de l'Ordonnance instituant des émoluments pour la surveillance des banques et des fonds de placement du 4 décembre 1978, sont déterminants pour le calcul de l'émolument de surveillance les frais encourus l'année écoulée. L'insuffisance de couverture est reportée, en conséquence, sur l'exercice 1992.


Directeur
Dr Kurt Hauri
Autorisations/ Fonds de placement
Romain Marti
Sous-directeur
Service de revision
Kurt Lindegger
Sous-directeur
Service juridique
Daniel Zuberbühler
Directeur suppléant
Services centraux
Max Nydegger
- Franz Stirnimann
Heinz Gloor
Daniel Schmid
- Joseph Mauron
- Dr Matthäus Den Otter
Kurt Fehr
- Pierre Grandjean
André Kowalski
- François Tinguely
Samuel Schaller
Marianne Gyger
Eric Giavina
- Marcel Sottas
Bernhard Gippert
Hans-Rudolf Müller
Matthias Villiger
- Kurt Bucher
Albert Baumgartner
Daniel Gertschen
Claude Suchet
- Urs Zulauf
Edgar Wolhauser
Daniel Beck
- Marco Franchetti
Alessandro Bizzozero
Cyrille Bugnon
- Dr Marcel Aellen
- Christopher McHale
- Gina von Allmen
Peter Flury
Do Quyen Nguyen
- Daniel Waeber
- Monica Ruprecht
- Dina Beretta
Maria Crolla

EBK CFB